

9. Sitzung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 14. Juli 2020

Anwesend sind:

Bürgermeisterin:	Mag. (FH) Völkl Andrea	ÖVP
1. Vizebürgermeister:	Mag. Falb Martin	ÖVP
2. Vizebürgermeister:	Holzer Othmar	SPÖ
Stadträte ÖVP:	Dummer Gerhard, Ing. Mag. Hödl Herwig, Mag. Koll Felix, Dr. Moser Christian	
Stadträte SPÖ:	Scheele Heinz, Steuer Gabriele	
Stadtrat GRÜNE:	DI Pfeiler Dietmar	
Stadtrat FPÖ:	Pohl Herbert	
Gemeinderäte ÖVP:	Dkkfm. Bartosch Johannes, Franta Martin, BEd, Gaida Siegfried, Handschuh Monika, Hetzendorfer Gregor, Ibraimi Setki, Kopf Eleonore, Ludl Iris, Samer Peter, Weiss Margit, Zagler Matthias	
Gemeinderäte SPÖ:	Erkol Yasar, Gübler Gerda, Mujkanovic Samira, Osmanovic Admir, Pollak Daniel, Mag. Riedler Corinna (ab 19:40 Uhr), Rosenberger Markus, Schuller Alexander	
Gemeinderäte GRÜNE:	Mag. Kamath-Petters Radha, OStR Mag. Klinger Walter, Mag. Kubat Matthias, Ing. Mag. Straka Andreas	
Gemeinderäte FPÖ:	Ćorković Alen (bis 21:30 Uhr), Polacek Klaus	
Gast:	Dr. Baradar Amir (Stadtarzt)	

Entschuldigt:

GR Mag. Trabauer Manuela (ÖVP),
GR Mag. Riedler Corinna (SPÖ) bis 19:40 Uhr
GR Ćorković Alen (FPÖ) ab 21:30 Uhr

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Z-2000, Stadtsaal, Sparkassaplatz 2, Stockerau

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 23:42 Uhr

Tagesordnung:

- I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- II. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.05.2020**
- III. Ergänzungswahl in die Ausschüsse**
 - 1.) Bestellung von Vertrauenspersonen
 - 2.) Ergänzungswahl
- IV. Bericht des Prüfungsausschusses**
- V. Bericht Corona in Stockerau – aktueller Stand**
- VI. Bericht des Stadtrates für Finanzen – Finanzen COVID-19**
- VII. Bericht des Stadtrates für Wirtschaft und Tourismus**
- VIII. Bericht des Stadtrates für Verkehr, Straßen und Infrastruktur – A22**
- IX. Bericht des Umweltgemeinderates**
- X. Anträge der Bürgermeisterin**
 - 1.) Änderung der Zusammensetzung der Schulgemeindeausschüsse
 - 2.) Anstreben der Auszeichnung "Natur im Garten" Gemeinde
- XI. Anträge des Stadträte**
 - a) Ref. III - Finanzen**
 - 1.) Zahlungsvereinbarung über die Leistung eines Baukostenzuschusses für die Errichtung der Rot Kreuz Bezirksstelle Korneuburg
 - 2.) Ankauf eines Containers für Oberzögersdorf
 - 3.) ~~Ersatzanschaffung KFZ für Hauptverwaltung Botendienste~~ abgesetzt
 - 4.) Ankauf von zwei Großspielanlagen für Kindergärten
 - 5.) Kindergarten Schafarik - Verbesserungsmaßnahmen
 - b.) Ref. II - Beteiligungen und Liegenschaften**
 - 1.) Gehsteigflächen N. Heid-Straße – Übernahme in das öffentliche Gut
 - c.) Ref. V - Soziales, Gesundheit, Bildung und Integration**
 - 1.) Kindererholungsaktion 2020

d.) Ref. VI – Sport und Freizeit

- 1.) Sportförderungen – Projektförderungen

e.) Ref. VIII – Verkehr, Straßen und Infrastruktur

- 1.) Vertrag über Wasseraustausch mit EVN

f.) Ref. IX - Verwaltung und Digitalisierung

- 1.) Anschaffung einer Software – Planungsprogramm Lizenz ArchiCard von Graphisoft (Vertrieb Fa. A-Null Bausoftware GmbH)

g.) Ref. X - Wirtschaft und Tourismus

- 1.) Beitritt der Stadtgemeinde Stockerau zur NÖ-Card

~~2.) Gastgartenverordnung~~

abgesetzt

XII. Anträge gem. § 46 Abs. 1 NÖ GO

- 1.) Fahrtkostenbonus für Student*innen
- 2.) Humanitäre Not lindern – europäische Solidarität leben

Gemäß § 47 Abs. 3 NÖ GO in nicht öffentlicher Sitzung behandelt:

I. Anträge des 1. Vizebürgermeisters

- 1.) Berufung Wasserbezugsgebühr
- 2.) Berufung Zahlungserleichterungsbescheid

II. Anträge der Stadträte

a.) Ref. II - Beteiligungen und Liegenschaften

- 1.) Miet- und Pachtverträge
- 2.) Stockerauer Saubermacher GmbH – Erweiterung Dienstleistungsvertrag
- 3.) Stockerauer Saubermacher GmbH – Mietvereinbarung

b.) Ref. IX - Verwaltung und Digitalisierung

- 1.) Personalangelegenheiten

c.) Ref. X - Wirtschaft und Tourismus

- 1.) Wirtschaftsförderung für Lehrlinge im Jahr 2019
- 2.) Ansuchen um Gewerbeförderung
- 3.) Verzicht von Geschäftsmieten in Bezug auf COVID-19

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin Völkl eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Bürgermeisterin Völkl begrüßt das neue Mitglied des Gemeinderates, Herrn Manuel Kurzmann. Herr Manuel Kurzmann wurde heute angelobt. Herzlich willkommen.

Applaus

Ausgeschieden ist Alexander Schuller.

Vor Eingehen in die Tagesordnung werden folgende Tagesordnungspunkte abgesetzt:

XI. Anträge der Stadträte / a) Finanzen / Punkt 3.) –

Ersatzanschaffung KFZ für Hauptverwaltung – Botendienste
und

XI. Anträge der Stadträte / g) Wirtschaft und Tourismus / Punkt 2.) – Gastgartenverordnung
sowie

in der nicht öffentlichen Sitzung: II. Anträge der Stadträte / a) Beteiligungen und
Liegenschaften / Punkt 1.) – bei Miet- und Pachtverträge werden 2 Punkte abgesetzt.

Gem. § 46 Abs. 3 NÖ GO liegen **5 Dringlichkeitsanträge** vor.

- **Dringlichkeitsantrag von Vizebgm. Holzer (SPÖ) -
Helfen wir der Generation Corona – geben wir der Jugend eine Chance**

Vizebürgermeister Holzer: Helfen wir der Generation Corona – geben wir der Jugend eine Chance.

Begründung:

Seit Monaten liegt aufgrund der Corona Krise die Arbeitslosigkeit weit über 10 Prozent und hunderttausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer befinden sich in Kurzarbeit.

Besonders betroffen sind junge Menschen. Mit großer Ungewissheit und Sorge, ob sie einen Job, einen Ausbildungsplatz bzw. eine Lehrstelle finden, blicken sie in eine ungewisse Zukunft. Die Stadtgemeinde Stockerau mit ihren rund 340 Mitarbeitern steht nicht zuletzt aufgrund der in den nächsten drei bis fünf Jahren zu erwartenden Pensionierungswelle und des Bevölkerungszuwachses vor enormen Herausforderungen.

Durch die Aufstockung der Lehrlingsausbildung bei der Stadtgemeinde Stockerau – für Herbst 2020 ist geplant, zwei Lehrlinge aufzunehmen – würden wir der Jugend bzw. der Generation Corona eine Chance geben und die Auswirkungen der angesprochenen Pensionierungswelle abschwächen.

Es wird daher folgender ANTRAG gestellt:

Der Gemeinderat der Stadt Stockerau möge die Frau Bürgermeisterin Andrea Völkl beauftragen, umgehend fünf zusätzliche Lehrlinge (z.B. zwei VerwaltungsassistentInnen, zwei Elektrikerlehrlinge und einen Gärtnerlehrling) aufzunehmen.

Die Bekanntmachung bzw. Ausschreibung ist an weibliche und männliche junge Menschen zu richten und umgehend in den regionalen Medien sowie in den Medien der Stadtgemeinde Stockerau vorzunehmen.

Die Dringlichkeit ist insofern gegeben, da der Beginn eines Lehrverhältnisses üblicherweise spätestens Anfang September erfolgt und durch diese Maßnahme die Stadtgemeinde Stockerau einen Betrag zur Sicherung der Zukunft unserer Jugend leisten würde.

Ich ersuche um Zuerkennung der Dringlichkeit und in weiterer Folge um Zustimmung unseres Antrages.

Abstimmung über Dringlichkeit

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

Die Dringlichkeit ist gegeben und der Antrag wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

- **Dringlichkeitsantrag von StR Dummer (ÖVP) -
Ankauf Liegenschaft**

Stadtrat Dummer: Der Antrag ist für die nicht öffentliche Sitzung.

Wir haben kurzfristig erfahren, dass im Zuge einer Insolvenz unter anderem ein Grundstück im Umfeld des Gewerbegebiets Ost zur Verwertung gelangt.

Die Behandlung in der nichtöffentlichen Sitzung ist erforderlich, weil vertrauliche personenbezogene Daten zur Sprache kommen könnten und um Mitbewerbern keinen Vorteil im Bieterverfahren zu verschaffen.

Die Dringlichkeit ist gegeben, weil das Grundstück für die Stadtgemeinde Stockerau von Interesse ist und die Verwertung durch den Masseverwalter absehbar bevorsteht.

Es wird daher beantragt, diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen und den Antrag in der nicht öffentlichen Sitzung zu behandeln.

Abstimmung über Dringlichkeit

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

Die Dringlichkeit ist gegeben und der Antrag wird am Ende der nicht öffentlichen Sitzung behandelt.

- **Dringlichkeitsantrag von StR Scheele (SPÖ) -
Vertrag mit dem Theaterverein „Spieler“ über die Durchführung einer
Veranstaltungsreihe „Der Floh on tour“**

Stadtrat Scheele: Es soll mit dem Theaterverein „Spieler“, Jaschkagasse 22, 1230 Wien, ein Vertrag betreffend die Durchführung von 12 Veranstaltungen in Stockerauer Gastronomie-lokalen „Der Floh on tour“ abgeschlossen werden. Die Veranstaltungen werden im Dreikönigshof, Restaurant Steiner, Seppel's Heuriger, Ihm's Daylight Art Club, Restaurant Santorini, in der Taverna Filotimo, im Stadtcafé, in der Pizzeria Il Padrone, in der Dorfschenke Oberzögersdorf, in der Buschenschank Karl, im City Hotel Bauer und im Veggie Bräu stattfinden und bestehen aus kurzen gespielten Szenen, Lesungen und Erzählungen.

Jeweils mehrere Schauspielerinnen und Schauspieler, aber auch der Bühnenbildner und die Kostümbildnerin werden sich dem Publikum vorstellen. Insgesamt sind 60 Auftritte einzelner Personen á € 300,-- geplant. Die Stadtgemeinde Stockerau wird den Gesamtbetrag von € 18.000,-- an den Theaterverein „Spieler“ gegen Rechnungslegung (Honorarnoten der Künstler in Kopie) überweisen.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Rechtslage betreffend die Abhaltung von Veranstaltungen war Corona-bedingt bisher sehr unsicher. Erst mit der bislang letzten Covid-19-Lockerungsverordnung wurde klargestellt, dass Veranstaltungen im geplanten Format stattfinden können.

Da die erste der zwölf Veranstaltungen bereits am Donnerstag, 16. Juli 2020 stattfinden soll, ist die Dringlichkeit gegeben.

Es wird der

Antrag

gestellt,

der Gemeinderat wolle die Dringlichkeit zuerkennen und den Antrag in der öffentlichen Sitzung behandeln.

Abstimmung über Dringlichkeit

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

Die Dringlichkeit ist gegeben und der Antrag wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

- **Dringlichkeitsantrag von Vizebgm. Falb (ÖVP) -
Vertrag mit dem Theaterverein „Spieler“ über die Durchführung von zwei
Aufführungen des Theaterstücks „Frühere Verhältnisse“**

Vizebürgermeister Falb: Es soll mit dem Theaterverein „Spieler“, Jaschkagasse 22, 1230 Wien, ein Vertrag betreffend die Durchführung von zwei Veranstaltungen von Nestroys Posse mit Musik „Frühere Verhältnisse“ abgeschlossen werden. Dorothea Parton, Irene Budischowsky, Alfred Pfeifer und Franz Suhrada spielen in der Regie von Christian Spatzek.

Die Veranstaltungen sind ein kleines Ersatzprogramm für die Festspiele Stockerau und werden am 28. und 29. August 2020 im Garten des Belvedereschlössels gegen freie Spende und nur bei Schönwetter stattfinden.

Die Stadtgemeinde Stockerau wird das Gesamthonorar von € 9.000,-- an den Theaterverein „Spieler“ gegen Rechnungslegung überweisen.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Rechtslage betreffend die Abhaltung von Veranstaltungen war Corona-bedingt bisher sehr unsicher. Erst mit der bislang letzten Covid-19-Lockerungsverordnung wurde klargestellt, dass Veranstaltungen im geplanten Format stattfinden können.

Da bis zu den Veranstaltungen Ende August keine weitere Gemeinderatssitzung geplant ist, ist die Dringlichkeit gegeben.

Es wird der

Antrag

gestellt,

der Gemeinderat wolle die Dringlichkeit zuerkennen und den Antrag in der öffentlichen Sitzung behandeln.

Abstimmung über Dringlichkeit

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

Die Dringlichkeit ist gegeben und der Antrag wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

- **Dringlichkeitsantrag von GR Mag. Kubat (GRÜNE) -
Investitionsprogramm für die Zukunft von Stockerau**

Gemeinderat Kubat: Mit dem am 01. Juli 2020 in Kraft getretenen Kommunalinvestitionsgesetzes der Bundesregierung werden konkrete Investitionen von Gemeinden gefördert. Für die Stadtgemeinde Stockerau ist ein maximaler Zweckzuschuss seitens des Bundes in der Höhe von € 1.808.704,48 vorgesehen. Jedes Investitionsprojekt wird mit maximal 50% unterstützt.

Begründung

Als größte Stadt im Weinviertel darf die Entwicklung von Stockerau nicht zum Erliegen kommen. Gerade in dieser herausfordernden Zeit muss die Stadtgemeinde Stockerau investieren, um das wirtschaftliche Fortkommen - insbesondere im Stadtzentrum - und das gesellschaftspolitische Angebot abzusichern. Durch den vorgesehenen Zweckzuschuss des Bundes für unsere Stadtgemeinde mit ca. 2 Millionen Euro können viele notwendige Maßnahmen für die Unternehmer*innen sowie Stockerauer*innen umgesetzt werden.

Die notwendige Unterstützung des Bundes darf nicht ungenutzt bleiben, weshalb jetzt mit den Planungen für diverse Projekte begonnen werden muss.

Antrag

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau soll mit zukunftsfiten und nachhaltigen Investitionen die Förderung im Rahmen des Kommunalinvestitionsgesetzes ausschöpfen. Durch diese Investition in die Zukunft können gleichzeitig Aufträge an regional ansässige Firmen vergeben und Arbeitsplätze in Stockerau gesichert werden.

- Belebung Stadtzentrum
 - Der Verkehrsausschuss soll, wie im Verkehrskonzept aus dem Jahr 2015 vorgesehen, Begegnungszonen am Sparkassaplatz und am Rathausplatz planen, entsprechende Gespräche mit den zuständigen Behörden führen und Kosten evaluieren.
 - Der Liegenschafts- und Beteiligungsausschuss soll sich mit der Planung samt Kostenschätzungen des Kulturjuwels Sebastianikirche befassen. Sie soll zu einer Kultureinrichtung im Sinne eines Ortes der Begegnung als Symbol für ein weltoffenes Stockerau werden und somit zur Attraktivierung des Ortskernes beitragen. Der zuständige Stadtrat soll mit der Bürgermeisterin Kaufgespräche aufnehmen.

- Der Rathausplatz mit seinen Lichtmasten im Westen des Stadtzentrums ist kein einladender Ort zum Verweilen. Eine Veränderung ist mehr als überfällig. Der Wirtschaftsausschuss soll sich mit der Umgestaltung des Rathausplatzes samt Kostenschätzungen befassen. Die Planungen hierfür sollen im Rahmen der im Herbst beginnenden Dorf- und Stadterneuerung eingebettet werden, damit Bürger*innenbeteiligung ermöglicht wird.
- Die innere Siedlungsentwicklung muss unbedingt garantiert werden. Damit können öffentlicher Wohnraum wie auch Gemeinschaftsbüros für Start-Ups geschaffen werden. Deshalb soll der Ausschuss für Stadtentwicklung sich mit der Planung samt Kostenschätzungen für das Bahnhofsareal Nord befassen. Der zuständige Stadtrat soll mit der Bürgermeisterin zur Entwicklung dieses Geländes Gespräche mit der ÖBB aufnehmen.
- Gesellschaftspolitische Maßnahmen
 - Das in die Jahre gekommene Sportzentrum Alte Au braucht eine grundlegende Sanierung. Der Liegenschaftsausschuss soll, wie im Bericht des Prüfungsausschusses vom 10. Jänner 2020 ausgeführt, Maßnahmen zur Rückführung des Sportzentrums von der Kommunalen Immobiliengesellschaft, kurz KIG genannt, in das Gemeindeeigentum einleiten. Danach soll sich der Ausschuss für Sport mit der grundlegenden Sanierung samt Kostenschätzungen befassen.
 - Als Stadtgemeinde hat Stockerau eine Vorbildwirkung. Aus diesem Grund soll sich der Energiebeauftragte mit dem Ausbau von Photovoltaikanlagen samt Kostenschätzungen auf gemeindeeigenen Flächen sowie mit dem weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität befassen.

All diese ausgearbeiteten Planungen mit Kostenschätzungen sollen dem Finanzausschuss spätestens am 30. April 2021 vorgelegt werden, damit die Finanzierungen überprüft und die Förderansuchen für die Umsetzungen gestellt werden können.

Abstimmung über Dringlichkeit

Beschluss:

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	0
	FPÖ	3
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Prostimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	5
	FPÖ	0

Dem Antrag wurde die Dringlichkeit **nicht** zuerkannt.

II. Genehmigung des Protokolls vom 19.05.2020

Bürgermeisterin Völkl: Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll der letzten Gemeinderatsitzung unverlesen zu genehmigen. Es entspricht dem Sitzungsverlauf und es gab keine Einwände.

Vizebürgermeister Falb: Wollte eine Bemerkung zu dem Protokoll machen. Es ist diesmal sehr rasch nach der Sitzung, wofür ich sehr danke, ein Beschlussprotokoll verteilt worden. Wofür wir herzlich danken, weil einer der Beschwerdepunkte war, dass die Protokolle soll lange auf sich warten lassen. Anders als gegenüber Medien behauptet wurde, wird es aber weiter Wortprotokolle geben, solange wir kein Videostreaming mit einer entsprechenden Aufzeichnung haben. Für diese Sitzung wird das Wortprotokoll nachgereicht bis zur nächsten Gemeinderatssitzung.

Vizebürgermeister Holzer: Damit ist im Prinzip meine Frage beantwortet. Ich möchte noch einmal auf die Wichtigkeit eines Wortprotokolls hinweisen. Wenn man Jahre zurückblickt und Jahrzehnte zurückblickt, ist es doch sehr interessant für Stockerauer Kommunalpolitiker, aber auch für Historiker und für die Bevölkerung. Dadurch ist es auch nicht so einfach zu sagen „ich kann mich nicht mehr erinnern“, man kann alles nachlesen und das ist schon sehr wichtig.

Gemeinderat Kubat: Nur eine Frage zum Prozedere. Also, da steht jetzt „Genehmigung des Protokolls“ – d.h. wir genehmigen jetzt das Beschlussprotokoll und dann in der Herbstsitzung genehmigen wir das Wortprotokoll von der Gemeinderatssitzung im Mai. Oder wie ist der Ablauf?

Vizebürgermeister Falb: An sich reicht es nach der Gemeindeordnung, wenn wir das Beschlussprotokoll genehmigen. Wir werden aber auch das Wortprotokoll noch nachreichen und auch genehmigen lassen, solange es ein Wortprotokoll gibt. Die andere Frage ist dann die, über die wir schon mehrfach geredet haben, ob man später ein Video, über die Homepage verfügbar, als Wortprotokoll verfügbar macht.

Bürgermeisterin Völkl: Wenn wir uns darüber einigen.

Abstimmung über Beschlussprotokoll:

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

III. Ergänzungswahl in die Ausschüsse

1.) Bestellung von Vertrauenspersonen

Bürgermeisterin Völkl: Gemäß § 98 Abs 2 und 3 der NÖ Gemeindeordnung werden zur Entscheidung über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Stimmzettel zwei Mitglieder des Gemeinderates, die unter Berücksichtigung der Parteienverhältnisse ausgewählt werden, beigezogen.

Als Vertrauenspersonen werden beigezogen:

von der ÖVP: StR Dr. Moser Christian

von der SPÖ: GR Pollak Daniel

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

2.) Ergänzungswahl

Bürgermeisterin Völkl: Aufgrund des Ausscheidens von Herrn Alexander Schuller aus dem Gemeinderat sind folgende Ausschüsse neu zu besetzen:

IX - Verwaltung und Digitalisierung, Prüfungsausschuss und Mittelschulgemeinde

Weiters ist ein neuer Bildungsgemeinderat und aufgrund eines Mandatsverzichts ein neuer Jugendgemeinderat zu berufen.

Vom Zustellungsbevollmächtigten der SPÖ (StR Heinz Scheele) sind folgende Personen nominiert:

IX – Verwaltung und Digitalisierung	StR Scheele Heinz (statt Schuller Alexander)
Prüfungsausschuss	GR Kurzmann Manuel (statt Schuller Alexander)
Mittelschulgemeinde	GR Mujkanovic Samira (statt Schuller Alexander)
Bildungsgemeinderat	GR Mujkanovic Samira (statt Schuller Alexander)
Jugendgemeinderat	GR Kurzmann Manuel (statt Mujkanovic Samira)

Von der Zustellungsbevollmächtigten der FPÖ (LtgAbg. Ina Aigner) wurde folgender Wechsel in GR-Ausschüssen (aufgrund von Mandatsverzicht) mitgeteilt. Die FPÖ hat von der ÖVP je ein Mandat in den GR-Ausschüssen erhalten.

Folgende Personen sind aufgrund von Mandatsverzichte nominiert:

IV – Kultur und Veranstaltungswesen	GR Ćorković Alen (statt GR Polacek Klaus)
VII – Umwelt, Au, Parkanlagen und Friedhof	GR Polacek Klaus (statt GR Corkovic Alen)

Die Wahlen erfolgen geheim und mit Stimmzettel.

1. Wahl

Für die **Besetzung des freien Mandates (SPÖ) in den GR-Ausschüssen** wird gewählt:

IX – Verwaltung und Digitalisierung	StR Scheele Heinz
Prüfungsausschuss	GR Kurzmann Manuel
Mittelschulgemeinde	GR Mujkanovic Samira

Stimmzettel werden ausgeteilt.
Die Vertrauenspersonen zählen die Stimmzettel aus.

abgegeben Stimmen:	35
gültige Stimmen:	35
ungültige Stimmen:	0

Die obgenannten Personen nehmen die Wahl an.

2. Wahl

Zur **Bildungsgemeinderätin** wird gewählt: **GR Mujkanovic Samira**

Stimmzettel werden ausgeteilt.
Die Vertrauenspersonen zählen die Stimmzettel aus.

abgegeben Stimmen:	35	
gültige Stimmen:	33	
ungültige Stimmen:	2	(Streichungen)

GR Mujkanovic Samira nimmt die Wahl an

3. Wahl

Zum **Jugendgemeinderat** wird gewählt: **GR Kurzmann Manuel**

Stimmzettel werden ausgeteilt.
Die Vertrauenspersonen zählen die Stimmzettel aus.

abgegeben Stimmen:	33	
gültige Stimmen:	32	
ungültige Stimmen:	1	(Streichung)

GR Kurzmann Manuel nimmt die Wahl an.

4. Wahl

Für die **Besetzung des freien Mandates (FPÖ) in den GR-Ausschüssen** wird gewählt:

IV – Kultur und Veranstaltungswesen	GR Ćorković Alen
VII – Umwelt, Au, Parkanlagen und Friedhof	GR Polacek Klaus

Stimmzettel werden ausgeteilt.
Die Vertrauenspersonen zählen die Stimmzettel aus.

abgegebene Stimmen: 34
gültige Stimmen: 28
ungültige Stimmen: 6 (Streichungen)

Die obgenannten Personen nehmen die Wahl an.

Wahlergebnis:

IX – Verwaltung und Digitalisierung	StR Scheele Heinz
Prüfungsausschuss	GR Kurzmann Manuel
Mittelschulgemeinde	GR Mujkanovic Samira
Bildungsgemeinderätin	GR Mujkanovic Samira
Jugendgemeinderat	GR Kurzmann Manuel
IV – Kultur und Veranstaltungswesen	GR Ćorković Alen
VII – Umwelt, Au, Parkanlagen und Friedhof	GR Polacek Klaus

Gemeinderat Polacek verlässt die Sitzung (19:21 Uhr).

IV. Bericht des Prüfungsausschusses

Gemeinderat Kubat: Bericht über die am 12. Juni 2020 in der Stadtgemeinde Stockerau angesagte Gebarungsprüfung durch den Prüfungsausschuss.

Anwesend:

Mitglied des Prüfungsausschusses (Vorsitzender) GR Mag. Kubat Matthias, LL.B.
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Rosenberger Markus
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Kopf Eleonore
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Gaida Siegfried
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Zagler Matthias
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Pollak Daniel
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Polacek Klaus
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Dkkfm. Bartosch Johannes
Buchhaltungsdirektor Zimmermann Walter

Entschuldigt:

Mitglied des Prüfungsausschusses GR Schuller Alexander

1.) Der Vorsitzende begrüßt und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

ISTBESTÄNDE lt. beiliegendem Tagesbericht vom 03.06.2020: € 2.270.364,20.

SOLLBESTÄNDE

BA-CA/Stadtgemeinde	€ 36.696.255,82	
KASSA	€ 90.092,35	
PSK 7332.355	€ 6.097,72	
BA-CA/Siedlung Straußpromenad	€ 94.196,87	
RB 9001	€ 358.654,19	
BA-CA/ARGE ISTMOBIL	€ 0,00	
BA-CA/Bankomatzlg.	€ 97.451,02	
BA-CA/Pflegeheim	€ 387.334,81	
BA-CA/Kartenverkauf	€ 12.855,55	
BA-CA/Organstrafen	€ 109.499,10	
BA-CA/Grundstücke	€ 0,00	
BA-CA/Kontokorrentkred.	€ 0,00	
Gesamteinnahmen	€ 37.852.437,43	

	verbuchte Ausgaben	nicht verbuchte Ausgaben
BA-CA/Stadtgemeinde	€ 33.594.749,15	
KASSA	€ 104.688,02	
PSK 7332.355	€ 4.100,48	
BA-CA/Siedlung Straußpromenad	€ 70.067,40	
RB 9001	€ 369.669,12	
BA-CA/ARGE ISTMOBIL	€ 0,00	
BA-CA/Bankomatzlg.	€ 99.158,89	
BA-CA/Pflegeheim	€ 379.922,14	
BA-CA/Kartenverkauf	€ 14.171,15	
BA-CA/Organstrafen	€ 105.156,27	
BA-CA/Grundstücke	€ 0,00	
BA-CA/Kontokorrentkred.	€ 0,00	
Gesamtausgaben	€ 34.741.682,62	

Gesamteinnahmen-	€ 2.270.364,20	
Gesamtausgaben		

Aus der Gegenüberstellung von Istbestand lt. Tagesbericht und Sollbestand ergibt sich eine vollständige Übereinstimmung.

Der Kassabestand vom 31.03.2020 beläuft sich auf € 20.128,80, dieser konnte aber nicht vom Prüfungsausschuss aufgrund der Corona-Pandemie überprüft werden.

Der buchhalterische Kassabestand vom 12.06.2020 beläuft sich auf € 6.022,48 und stimmt mit dem tatsächlichen Kassabestand überein.

2.) Auflistung aller außerordentlichen Ausgaben während des Shut-Downs (inkl. Angabe der Begründung - Gefahr in Verzug oder unaufschiebbar)

Der Prüfungsausschuss überprüfte alle außerordentlichen Ausgaben während des Shut-Downs aufgrund der Corona-Pandemie zwischen 12.03. und 12.05.2020.

In der Auflistung sind nur die tatsächlichen Kosten aufgeschlüsselt; interne Kosten, die von den einzelnen Gemeindebetrieben verrechnet werden, sind nicht enthalten.

Für Kleinstausgaben wie Markierungsarbeiten gibt es weder Gemeinderats- noch Stadtratsbeschluss. Für sämtliche größere Ausgaben, wie den Ankauf von Laptops gibt es Beschlüsse.

Der Ankauf des Desinfektionsmittel, Plakate, Ärzteberatung, Masken und Acrylscheiben sind keine Investitionen, sondern laufende Ausgaben. Ebenso wie für den Ankauf der Laptops um rund € 8.000,--.

Die Bürgermeisterin dürfte im Rahmen ihrer Notkompetenz Ausgaben aufgrund „Gefahr in Verzug“ oder „unaufschiebbar“ ohne Betragsgrenzen tätigen.

Der Stadtrat dürfte Investitionsausgaben bis € 100.000,-- beschließen.

3.) Kreisverkehr Hornerstraße

Für den Kreisverkehr Hornerstraße gab es keine eigenen Förderungen. Die Kosten belaufen sich momentan auf ca. € 140.000,-- – die Bauzeit hat mit den Arbeiten zur Bahnunterführung im Sommer 2018 begonnen und dauern bis in den Sommer 2020 an.

Der Prüfungsausschuss wird sich in seiner Sitzung im September nochmals der Thematik widmen – die Rechnung für die Gestaltung ist bis zur Sitzung vom 12.06. noch nicht eingelangt. Darüber hinaus wird Herr Buchhaltungsdirektor Zimmermann dem Prüfungsausschuss Auskunft geben, in welcher Höhe der Kreisverkehr budgetiert worden ist und ob die Sponsoring-Zahlung der Raiffeisenbank Stockerau schon erfolgt ist.

4.) Aufstellung der Forderungen und Verbindlichkeiten iHv € 5.000,--, überfällig 1 Monat

Es wurden die Forderungen und Verbindlichkeiten, welche zumindest 1 Monat überfällig sind und die Höhe von € 5.000,-- überschreiten, geprüft.

Viele Steuerberater empfehlen sämtliche Abgaben zu stunden. Dies hatte aber in Stockerau bisher keine großen Auswirkungen bei der Kommunalsteuer. Fraglich ist, ob für Mitarbeiter, welche für Kurzarbeit gemeldet waren oder sind, die Kommunalsteuer davon berechnet wird. Die Tourismusabgabe, welche eine Landesabgabe ist, wird nicht eingehoben. Von diesem Betrag erhält die Gemeinde 95 %, wobei dieser Entfall vom Land Niederösterreich auf Basis des Jahres 2019 ersetzt wird.

Dann gibt es einen Punkt, der in der nicht öffentlichen Sitzung besprochen wird.

5.) Allfälliges:

Der Prüfungsausschuss wird sich im September mit den Altstoffsammelplätzen, im November mit dem Z-2000 und im Frühjahr 2021 mit der Mülldeponie auseinandersetzen.

Beschluss:

einstimmig zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

V. Bericht Corona in Stockerau – aktueller Stand

Bürgermeisterin Völkl: „Corona in Stockerau – Zwischenbericht“

Herr Dr. Baradar wird herzlich begrüßt. Er ist in diesen Covid-Zeiten eine sehr große Stütze und er steht uns Tag und Nacht, 24 Stunden am Tag mit seiner wertvollen Meinung und Expertise zu Verfügung.

Seit dem letzten Statusbericht hier im Gemeinderat hat sich in Bezug auf Corona Covid-19 in unserer Stadt viel getan.

Zurzeit haben wir die vielen Lockerungsmaßnahmen der Bundesregierung, die natürlich Auswirkungen auf unser Leben haben.

Ab 29. Mai 2020 durften die Bäder in Österreich wieder öffnen. In Stockerau hat mit diesem Tag das Freibad wieder geöffnet. Das Hallenbad steht vorerst nur den Leistungsschwimmern und dem Schwimmverein für Kinder zur Verfügung, die Sauna bleibt bis auf weiteres geschlossen.

Die BelvedereBücherei ist seit 18. Mai geöffnet, das Bezirksmuseum bis auf weiteres geschlossen.

Das Sportzentrum wurde mit 3. Mai 2020 für die Leistungssportler im Tischtennis geöffnet. Für den Breitensport waren Freianlagen der Alten Au ab 18. Mai 2020 und der Innenbereich am 3. Juli 2020 mit Corona-bedingten Einschränkungen geöffnet.

Noch Ende Mai gab es einige Corona-Verdachtsfälle in einer Pflegeeinrichtung in Stockerau, die sich zum Glück als negativ erwiesen.

Ab 25. Mai 2020 gab es keine aktiven bestätigten Fälle in Stockerau.

Auch der Bundestrend wies sehr gute Zahlen auf und ab 30. Mai 2020 entfiel die Maskenpflicht in Schulen, ab 15. Juni dann generell bis auf wenige Ausnahmen.

Am 12. Juni 2020 hatten wir in Stockerau leider Verdachtsfälle, die sich bestätigt haben.

Ich würde nun Herrn Dr. Baradar ersuchen, dass er hier aus medizinischer Sicht den Verlauf darstellt.

Dr. Baradar: Einen wunderschönen guten Abend. Ich darf mit den Ereignissen ab dem 12. Juni 2020, die unsere Stadt ein bisschen geprägt haben, fortfahren. Es war so, dass am 12. Juni 2020, das war ein Donnerstag, eine Mutter mit zwei Kindern in das Spital gefahren ist. Sie

wurde dann im Spital entlassen mit der Verdachtsdiagnose eines normalen Infektes. Sie hat dann privat weiter interveniert und es wurde dann durch die BH am Freitag bei ihr zu Hause eine Testung der Kinder durchgeführt. Zum ersten Mal erfahren habe ich am Samstag gegen 22 Uhr. Da hat mich nämlich die Mutter auf dem Diensthandy angerufen und berichtet, dass eben ihr älterer Sohn, das ist ein Volksschulkind aus der Wondrak-Schule, positiv auf Corona getestet worden ist und die Tochter und sie selbst sind jedoch negativ. Ich habe dann gleich die Frau Bürgermeister informiert. Sie hat dann für Sonntag, den 14. Juni 2020 vormittags den Krisenstab einberufen. Da ich mit der Mutter gesprochen habe und die Symptome des anderen Kindes trotz negativen Tests für mich sehr auffällig waren, wurde ich beauftragt, das Kind nochmals anzuschauen und dann dem Krisenstab darüber zu berichten. Das habe ich am Sonntag in der Früh gemacht. Dort musste ich den Krisenstab berichten, dass für mich ein hochgradiger Verdacht da ist, dass das Kindergartenkind auch positiv ist. Daraufhin habe ich dringendst empfohlen, die Kindergartengruppe für Montag einmal zu schließen. Der Krisenstab hat sich der Empfehlung angenommen und hat mich beauftragt, noch einmal das Kind zu testen, weil wir einfach wissen, dass es häufig auch falsche, negative Tests geben kann. Es wurde dann im Krisenstab die familiäre Situation noch einmal reevaluiert. Ich wurde dann beauftragt, auch vier Mitarbeiter, die ein Nahverhältnis haben, die in einer Bürogemeinschaft im Rathaus tätig sind, auch diese zu testen. Das ganze habe ich am Montagvormittag durchgeführt. Im Büro war aber jetzt kein hochgradiger Verdacht, aber es ging einfach nur zur Sicherheit. Wir haben am Montag gegen 17 Uhr, soweit ich mich erinnern kann, die Benachrichtigung bekommen, dass eben alle fünf Personen positiv sind. Nur die Mutter war die einzige, die weiterhin negativ war. Ja, daraufhin haben wir dann nochmals den Krisenstab informiert und die weitere Vorgangsweise koordiniert.

Bürgermeisterin Völkl: Ich danke für die Ausführungen und wirklich nochmals expliziert für deine Unterstützung hier für diese Stadt und die Menschen der Stadt.

Dr. Baradar: Gerne

Applaus

Gemeinderat Polacek nimmt an der Sitzung wieder teil (19:33 Uhr).

Bürgermeisterin Völkl: Am 16. Juni am späten Nachmittag hatten wir dann die Gewissheit, dass alle fünf Tests positiv waren und wie im Krisenstab besprochen, wurden die betreffende Kindergartengruppe des Koloman-Kindergartens und die Schulklasse in der Wondrakschule gesperrt. Im Rathaus gab es ebenso einen Shut-down. 21 Personen, darunter auch ich und die Stadtamtsdirektorin, alle leitenden Mitarbeiter im Rathaus und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Bürgerservice wurden unter Quarantäne gestellt. Der Dienstbetrieb war nur mit schweren Einschränkungen möglich. Dennoch haben wir in dieser Zeit das Volksbegehren klaglos abgewickelt.

Da möchte ich mich ganz explizit bei Elisabeth Schüller bedanken. Sie war eigentlich der letzte Anker oder der Bezug, dass die Arbeit, die Organisation auch weiter reibungslos gelaufen ist, und auch beim Bürgerservice, weil die Abwicklung des Volksbegehrens war wirklich nur unter schwersten Auflagen möglich. Und da sage ich noch einmal Danke.

Applaus

Insgesamt wurden im diesen Zusammenhang mit den Covid-Fällen ein Screening durchgeführt, für dessen Kostenübernahme ich dem Land NÖ und für die reibungslose Durchführung unserem Stadtarzt Dr. Amir Baradar sehr herzlich danken möchte. Fünfhundert Personen sind innerhalb einer Woche im Wege eines Drive-In-Tests getestet worden. Auch im Kindergarten und in der Schule ist getestet worden. Da muss ich wirklich sagen, es war eine außerordentlich sehr, sehr gute Zusammenarbeit mit allen Behörden. Alle haben zusammengeholfen und es hat sehr viel Flexibilität von allen Seiten und ein guter Wille dazu gehört.

Abschließend zu dieser ganzen Covid-Geschichte im Rathaus hat uns dann auch noch die ABC-Abwehr des Österreichischen Bundesheeres unterstützt. Es gab hier eine Desinfektion der Volksschule Wondrak, des Koloman-Kindergartens und auch des Rathauses. Das wurde im Rahmen eines Assistenzeinsatzes durchgeführt, sodass wir auch wirklich alle Bedenken ausräumen konnten für die Weiterführung des Betriebes.

Anfang Juli gab es dann noch einmal mehrere Kinder und eine Kindergartenpädagogin mit Covid-19-Symptomen im Europa-Kindergarten, was wieder zu einer Sperre der betroffenen Gruppe führte. Die Tests verliefen alle negativ.

Derzeit gibt es keine positiven Fälle in Stockerau und insgesamt zwei positive Fälle im Bezirk Korneuburg. Dabei handelt es sich um Reiserückkehrer aus Balkanländern.

Trotz mehrfacher Lockerungen der entsprechenden Bestimmung gibt es vor allem für Veranstaltungen weiterhin große Einschränkungen. Zahlreiche Veranstalter, die Veranstaltungen in den Herbst verschoben oder für den Herbst geplant haben, überlegen bereits eine Absage. Schon unter diesem Gesichtspunkt hat es sich als richtig erwiesen, die diesjährigen Festspiele Stockerau auf das kommende Jahr zu verschieben. Aber um auch heuer schon Appetit auf diese Produktion zu machen, geht der „Floh on Tour“, worüber heute noch zu beschließen sein wird. Auch zwei Aufführungen von Nestroys „Frühere Verhältnisse“ im August stehen für die sommerliche Unterhaltung. Anstelle der beliebten Musikreihe von „Musik an einem Sommerabend“, die in der gewohnten Form heuer nicht durchführbar ist, gibt es an vier Freitagen „Kultur&Kulinarik“ auf dem Sparkassaplatz. Die Genehmigung für die Abhaltung dieser Freiluftveranstaltungen und der entsprechenden Corona-Schutzmaßnahmen liegt bereits vor. Wir freuen uns darauf, Ihnen auch in diesem Jahr zumindest ein bisschen Kultur und Unterhaltung in Stockerau bieten zu können.

Wir haben jetzt unseren Stadtarzt Herrn Dr. Baradar hier in unserer Mitte. Er hat sich bereit erklärt, falls es Fragen von Ihnen gibt, diese sehr gerne zu beantworten.

Gemeinderätin Gübler: Ich hätte nur eine Frage, und zwar welche Schutzmaßnahmen sind das konkret? Gerade beim Sparkassaplatz ist es wahrscheinlich ein bisschen schwierig, weil die Leute warten und gewohnt sind, im großen Ausmaß Veranstaltungen auf dem Platz zu besuchen.

Dr. Baradar: Es ist so, dass es vom Bund Covid-Lockerungsmaßnahmen gibt und es gibt eine Verordnung, in der enthalten ist, wie und unter welchen Voraussetzungen eine Veranstaltung durchgeführt werden kann. Das Ganze muss ein Covid-Präventionskonzept haben, das eben der Stadt, in dem Fall der BH vorgelegt werden muss. Wie wir alle wissen, die beste Prävention ist natürlich Abstand halten. D.h. man muss aus meiner Sicht oder meine Empfehlung, mindestens das, was wir in der Gastronomie an Vorlagen haben, auch umsetzen. D.h. ich kann nur eine bestimmte Anzahl an Leuten an einem Tisch lassen und die einzelnen Tische mittels Abstand

voneinander trennen. Wir haben sicher den Vorteil, dass die Veranstaltung draußen stattfindet. Außerhalb ist es ein geringeres Risiko einer Übertragung, soweit wir das bisher wissen. Weiters kann man natürlich die Plätze begrenzen. Die Mitarbeiter, die von Tisch zu Tisch gehen, also die Kellner auch mit entsprechenden Schutzmasken oder Gesichtsschildern, ich weiß jetzt nicht ganz genau, was jetzt vorgegeben worden ist, auszustatten und so nach Möglichkeit mit Hygieneauflagen möglichst präventiv zu arbeiten. Wie wir alle wissen, wenn zu viele Leute auf einem Platz sind, man verliert schnell, ich will jetzt nicht sagen die Hemmungen, aber man kommt sich doch näher. D.h. es muss auch wachende Augen, sprich Security haben wir vorgegeben, die einfach ein bisschen Auge darauf halten. Es geht da sicherlich nicht darum, massiv einzuschreiten, aber doch mahnend und ein bisschen wachend darüber zu schauen mit der nötigen Vernunft. So ist es derzeit möglich, vom Bund vorgegeben, so eine Veranstaltung in einem gewissen Rahmen durchzuführen.

Gemeinderätin Gübler: Ich freue mich sehr, dass diese vier Veranstaltungen im August stattfinden und natürlich auch mit Stockerauer Musiker. Das mit den Tischen sehe ich nicht so als Problem, aber eher die Personen, die in Gruppen herumstehen. Das ist man am Sparkassaplatz gewohnt.

Dr. Baradar: Das war eines der Hauptthemen. Wenn Stehtische da sind, neigt man dazu seinen Platz zu verlassen und es bilden sich dann Gruppen und man trinkt gemeinsam. Deswegen war in meinem Präventionskonzept der Vorschlag, dass dieses Jahr Stehtische nicht möglich sind, dass man Stehtische wegnimmt, dass man eben wirklich nur im kleinen Bereich seiner Gruppe sitzen kann am zugewiesenen Platz. Es gibt keine Selbstbedienung. Das ist momentan das, wie wir das präventiv machen können. Man kann natürlich auch die Leute auffordern, wenn sie krank sind, nicht zu kommen - auch darauf natürlich ein bisschen zu achten. Aber wir alle wissen, es gibt oder es kann immer sein, dass ein Symptomloser auch fort ist. Das Risiko wird man natürlich immer haben. Ziel der Prävention ist es natürlich, eine Verbreitung zu verhindern. Aber ich glaube, dass es damit ganz gut gelungen.

Stadtrat Pfeiler: Schönen guten Abend von meiner Seite. Danke für den ausführlichen Covid-Bericht. Ich möchte mich auch bei dir Andrea bedanken, dass du, als diese Verdachtsfälle aufgetreten sind, dann immer sehr rasch zum Telefon gegriffen hast und die Fraktionen informiert hast. Das habe ich sehr, sehr positiv empfunden, weil es gerade in dieser Krisensituation einfach gut ist, wenn die Informationen rasch weiter gegeben werden. Also dafür ausdrücklich Dankeschön.

Es wurde gerade geschildert der Verlauf rund um die Covid-Infektionen im Rathaus Mitte Juni, dass es eben am Sonntag, am 14.06. bereits diese Verdachtssituationen gab, auch hinein in die Hauptverwaltung oder ins Rathaus, ohne jetzt Abteilungen nennen zu wollen.

Da möchte ich gerne fragen an den Herrn Stadtarzt Baradar, wenn er da ist, ob hier eine Risikobewertung mit Hinblick auf die Abhaltung des Weinviertel-Tages stattgefunden hat. Ich habe es ein bisschen riskant gesehen, aber ich bin Laie und möchte die Gelegenheit nutzen, hier ihre Einschätzung zu hören. Dankeschön.

Dr. Baradar: Die Weinvierteler-Tage, muss ich vorweg sagen, waren mir nicht bekannt. Ich kann jetzt nur mal Stellung nehmen zum 12. Juni. Als am 12. Juni, am Sonntag der Verdachtsfall da war, war der hochgradige Verdacht einmal von dem zweiten Kind, das ich auch angeschaut habe. Mir war bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar, wie die verwandtschaftlichen Verhältnisse ins Rathaus hinein sind. Das wurde erst im Krisenstab

besprochen. Die vom verwandtschaftlichen am nächsten befindliche Person war ja beschwerdefrei. Wir hatten im Büro, ich glaube, eine Person mit Beschwerden, wo man aber auch sagen muss, die nicht typisch covid-symptomatisch waren. Deswegen wurde das Büro, aus meiner Sicht, nicht so hochpräzisiert gefährdet gesehen wie beim Kind. Aber trotzdem hat der Krisenstab beschlossen, auch wenn da nur eine geringe Gefahr sein könnte, dass am Montag diese betroffenen Mitarbeiter zu Hause bleiben und wir auf den Abstrich warten. Man muss auch gleichzeitig sagen, die BH hatte da überhaupt kein Risiko gesehen, auch beim Kindergarten nicht. Das wurde durch die Stadt und den Krisenstab der Stadt erst reevaluiert und noch einmal so gesehen.

Die Weinviertler-Tage am Montag, dazu muss ich zum jetzigen Zeitpunkt sagen, war, soweit mir bekannt war, eine Veranstaltung, die außerhalb war, mit keiner Person, die eigentlich in einem direkten Kontakt zu den vermeintlichen Covid-Patienten war. Also, das Risiko, auch jetzt im Nachhinein betrachtet, ist eher als gering zu sehen. Um auf ihre Frage konkret zu antworten, ich habe dazu jetzt keine Expertise abgegeben, weil ich davon nicht direkt gewusst habe.

Stadtrat Pfeiler: Dankeschön für die Ausführungen.

Vizebürgermeister Holzer: Auch von meiner Seite ein großes Dankeschön an alle Beteiligten in diesen schwierigen Wochen und Monaten. Allen voran möchte ich mich bei den Bediensteten der Stadtgemeinde Stockerau bedanken, vom Bürgerservice bis zur Versorgung, Müllabfuhr. Es haben alle notwendigen Dienste zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur in Stockerau sehr gut funktioniert. Und wirklich ein recht herzliches Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die unter erschwerten Bedingungen ihr Bestes gegeben haben.

Zweitens hätte ich eine kurze Frage in Bezug auf Veranstaltungen. Es ist ja ein Covid-Präventionsbeauftragter vorgeschrieben. Ich weiß jetzt nicht, nur bei 100 Personen Indoor oder auch bei Outdoor. Wer wird das sein? Was sind das für Voraussetzungen? Was hat der für Verantwortlichkeiten? Und wie soll das umgesetzt werden? Ich vermute, dass die Verordnung dazu noch fehlt oder gibt es die schon? Ich habe das heute nur in den Medien vernommen, dass da was von der Bundesregierung kommen soll. Ich weiß nicht, wer das beantworten kann bzw. wer was darüber weiß?

Bürgermeisterin Völkl: Wir haben jetzt einmal das Covid-Präventionskonzept gemacht für diese Außenveranstaltung. Dann ist die Frage für Z-2000 natürlich, dass wir das machen. Wir haben auch schon mit drei Mitarbeitern auf der Gemeinde gesprochen, wer hier Covid-Beauftragter sein wird. Die Gemeinde steht dahinter, auch mit der fachlichen Expertise von Herrn Dr. Baradar und juristisch begleitet und in enger Abstimmung mit der BH durch Frau Dr. Riedler. Danke Andrea, du hast das Präventionskonzept in Abstimmung mit der BH geschrieben, dass das auch von dieser Seite her passt. Diese Gedanken haben wir uns schon gemacht und da gibt es drei auf der Gemeinde, die festgelegt sind.

Gemeinderätin Riedler nimmt an der Sitzung teil (19:40 Uhr).

Vizebürgermeister Holzer: Was für Verantwortlichkeiten haben diese Personen? Ich frage in die Richtung, weil nicht, dass die dann irgendwann einmal vor einem Richter stehen müssen. Dass man zumindest für die drei eine Versicherung abschließt oder irgendwie eine Entschädigung oder eine Rechtssicherheit diesen Personen gibt. Ich kenne auch keine

gesetzlichen Grundlagen, aber dass man die drei nicht irgendwo im Regen stehen lässt. Das werden ja nicht die obersten Führungskräfte sein.

Bürgermeisterin Völkl: Nein, darum ist es auch über die Gemeinde. Und die Gemeinde, ich stehe da ganz dahinter. So, wie ich jetzt hier sitze. So ist es in einer Gemeinde. Mir ist es genau so klar wie dir, dass man niemanden diese Verantwortung in letzter Konsequenz umhängen darf, sondern dass hier absolute Rückendeckung von der Gemeinde da sein muss. Darum wird für jede einzelne Veranstaltung, wo wir so etwas brauchen, wo wir selbst Veranstalter sind, da wird es ganz speziell erstellt und dann erst wird es freigegeben. Da wird eine Risikoabwägung gemacht. Bei der Musik am Sommerabend ist es genauso. Wir haben Security dabei. Wir haben uns ganz penibel überlegt, wie man was aufstellt, wie die Abstände einzuhalten sind und wo die Besucherwege sind. Es wird keine Tanzfläche geben. Wenn es nicht funktioniert, müssen wir es halt schnell zu Ende bringen. D.h. man wird es unterbrechen und es wird kein nächstes geben.

Vizebürgermeister Holzer: Das Gesagte ist mir alles klar. Ich glaube auch, dass nichts passiert. Nur wenn laut Bundesregierung ein Beauftragter genannt werden muss, nehme ich an, dass dem irgendeine Verantwortung aufgebürdet wird, die man ihm dann nicht abnehmen kann. Dass man das zumindest juristisch prüft. Ich bin auch kein Jurist, aber nicht dass die drei oder einer von den dreien irgendwann einmal Probleme bekommt. Das möchten wir keinem antun. Ich kenne nicht einmal die Namen. Ich habe es das ersten Mal gehört, dass es bereits drei Personen gibt. Bitte prüfen. Ich weiß schon, dass du dahinter stehst.

Dr. Baradar: Ich bin auch kein Jurist. Ich habe jetzt nur mehr damit zu tun. Zum einen, die Mitarbeiter der Stadt betrifft es ja nur, so wie die Frau Bürgermeister gesagt hat, bei Veranstaltung, die die Stadt abhält. Es ist so, dass das Gesetz normalerweise vorsieht, ab einer gewissen Größe einen sogenannten Covid-Beauftragten zu stellen. Mir ist derzeit noch keine Regelung bekannt, witziger Weise, was der haben muss. Es gibt vom Roten Kreuz mittlerweile Online-Kurse, die mehr oder weniger gut halten werden. Die Veranstaltungen, die die Stadt macht, so wie ich es bisher mitbekommen habe - wir übergeben dann das Ganze der BH- Also, wenn das ganze geschrieben ist. Und die BH genehmigt das Konzept. Also, damit haben wir soweit einmal eine gewisse Absicherung. D.h. der Covid-Beauftragte hat ja als Aufgabe das Konzept zu erstellen. Dieses Konzept, wenn es eine kleinere Veranstaltung ist, übergibt man dann der Stadt. Ich darf es dann gegenlesen. Bei größeren Veranstaltungen oder wenn die Stadt selber Veranstalter ist, wir übergeben das Konzept der BH und wir lassen uns das dort absegnen. Die Einhaltung dieser Maßnahmen, die der Covid-Beauftragte auch geschrieben hat, die obliegen sowohl den Covid-Beauftragten als auch dem Veranstalter, der ja auch dieses Konzept unterschrieben hat. Da trifft den Veranstalter dann natürlich eine Haftung, wenn er sagt, ich schreibe was und ich lasse jeden machen, was er möchte. Da wird sicher eine gewisse Haftung da sein, die man natürlich minimieren kann, vor allem wenn man als Stadt dahinter steht. Soweit ist das mir bekannt. D.h. jeder Veranstalter muss einen Covid-Beauftragten haben. Wenn ich also hier im Z-2000 einen Ball veranstalten will, muss ich mich um das Konzept kümmern und das Konzept der Stadt vorlegen. Ab einer gewissen Größe muss ich es auch der BH melden. Dieses Konzept wird dann auch durch die BH, soweit mir jetzt bekannt ist, stichprobenartig überprüft, ob diese Konzepte eingehalten werden. Die Kontrolle obliegt der BH. Frau Bürgermeisterin hat im Sinne des Hausrechtes, kann natürlich noch gewisse Voraussetzungen vorschreiben, wie wir das jetzt z.B. bei den Sportvereinen haben. Die haben auch ein Konzept

der Stadt vorzulegen und die Stadt hat das Hausrecht und sagt, wir möchten, dass das und das noch stattfindet. Soweit meine juristische Expertise.

Vizebürgermeister Falb: Also insgesamt, als Vertreter der Bürgermeisterin – ich wollte auch die Gelegenheit nützen, mich bei ihr zu bedanken, weil sie in dieser schwierigen Zeit die Stadt sehr, sehr umsichtig geführt hat und auch weiter führt in ihrer Verantwortung als Bürgermeisterin und auch extrem offen und intensiv kommuniziert. Sie war auch eine von den Politikern, die dann selber in Quarantäne musste. Und auch in den vierzehn Tagen, wo das Rathaus dann sehr - Stadtdirektorin nicht da war, dann eigentlich nur mehr Frau Schüller da war in den ersten Tagen, hat eigentlich alles sehr reibungslos funktioniert, auch mit den Sitzungen, mit Telefonkontakt usw. und auch die Zusammenarbeit im Krisenstab.

Eine Bemerkung sei mir auch noch erlaubt. Natürlich kann man sich außen hinstellen und sagen „Das passt nicht.“ und „Das passt nicht.“, „Das wird falsch gemacht.“ Ich glaube, das gilt für alle Entscheidungsebenen im Bund, in den Bundesländern, in allen Gemeinden. Die Verantwortung dann in so einer Situation zu haben, ist dann etwas anderes, als sie nur zu betrachten wie sie ausgeübt wird. Ich möchte auch sehr persönlich sagen, weil ich berufswegen mit Verantwortungsträgern im Bund, aber auch im Land sehr, sehr viel zu tun habe in den letzten Wochen in Sachen Corona. Die Situation in Stockerau war ja sehr auffällig, nämlich für alle sehr auffällig, weil wir ja am Anfang der ersten Welle, am 28. Februar 2020, dabei waren und auch sehr am Anfang der zweiten Welle. Das sind ganz interessante, zum Teil noch gar nicht wirklich erforschte Mechanismen und Vorgänge, aber das wurde auch von außen beobachtet. Ich kann nur eines sagen, jeder Gesprächspartner, jedenfalls von mir und wer es von wo anders gehört hat, nenne Namen, hat das, wie das in Stockerau von der Verwaltung, vom Stadtarzt, auch von der Stadtpolitik, auch im Zusammenwirken mit Krisenstab, Fraktionen usw. gemacht wurde, als absolut vorbildhaft beschrieben. Das muss ich ehrlicherweise sagen. Ich hörte auch z.B. die Bemerkung „bei eurem Stadtarzt - ist einfach, wenn wir auch so jemanden hätten.“ Es ist halt so. Diese Bemerkung wollte ich noch machen. Ich glaube, dass es im großen Modus bis jetzt sehr, sehr gut funktioniert hat, auch wenn wir uns alle diese Krankheit weg wünschen. Ich persönlich, das ist eine sehr, sehr persönliche Bemerkung, sehe sie auch nicht als Chance, als Innehalten, als Luftholen. Also diesen Zynismus leiste ich mir nicht, sondern eigentlich ist es eine ganz schwierige Geschichte.

Applaus

Stadtrat Pohl: Dann dürfte ich bitte auch ersuchen, dass man nicht nur auf uns herumreitet mit den Masken. Auch die anderen eigenen Kollegen, dass die Zwiesgespräche die ganz nahe sind, vielleicht nicht stattfinden, dass man die Zettel, die draußen verteilt werden, auch vielleicht jemand ausgibt und nicht einer nach dem anderen mit dem Finger hin greift. Wenn wir das Ganze ernst nehmen und nicht nur Show, die Maske ist größtenteils Show. Ich habe gelernt, man hustet nicht die anderen an. Ich habe gelernt, Abstand halten, Respekt vor den anderen, Abstand halten. Und das sind die wichtigsten Regeln in Corona.

Eines noch ersuche ich bitte die Verwaltung auch, weil wir schon dabei sind, die Homepage aktualisieren, da sind noch die Zahlen vom Juni drauf und die sorgen bei der Bevölkerung teilweise für Verwirrung.

Ja, ich bitte auch darum, das mit dem Covid-Beauftragtem zu klären, was der für Ausbildung braucht und was wir da für Maßnahmen setzen müssen, auch was der für Verantwortungen hat. Othmar, da bin ich schon bei dir, vielleicht braucht man eine Versicherung für den. Aber Othmar, vielleicht können wir das im nächsten Jour fixe klären.

Vizebürgermeister Falb: Weil - diese Frage auch der Zukunft. Meine persönliche Einschätzung, es braucht jetzt auch einen gewissen Mut, dass man das normale Leben wieder in Schwung bringt. Jetzt kann ich sagen, natürlich als Gemeinde „ich mache bis Weihnachten gar nichts“ – als Gastronom, als Unternehmer. Ich glaube, dass alle Vorsicht angebracht ist. Es soll auch niemand Schaden nehmen. Aber ich glaube, dem Grunde nach – und alle waren auch sehr aktiv immer wieder in den Gremien, im Stadtrat, in den Medien usw. auch im letzten Gemeinderat – „man muss etwas tun, man muss die Kiste wieder in Schwung bekommen, die Gastronomen gehören und und und“ – naja dann muss irgendwer einmal anfangen, wieder mit Veranstaltungen und muss das Ding in die Hand nehmen, auch Kulturschaffenden wieder die Möglichkeit für einen Auftritt geben. Ich glaube, dass wir da wirklich mit sehr viel Augenmaß ein Ding entwickelt haben, das wir über dem Sommer – und wir alle können nur hoffen. Natürlich muss man mit der Vernunft der Bevölkerung auch irgendwo spekulieren. Jetzt kann ich natürlich sagen „die Leute haben nicht genug Verantwortungsbewusstsein, machen wir lieber nichts“. Am Ende des Tages wird man sich aber irgendwann einmal trauen müssen, auch wieder ein bisschen zu beginnen. Natürlich hätte uns alle gefreut, wenn wir einen Festspielsommer gehabt hätten, wie wir es gewohnt waren in der Stadt, oder eben die Musik an einem Sommerabend. Die hätten mir in der vorherigen Form auch besser gefallen. Ich glaube, dass es ein guter Mittelweg ist, muss ich ehrlicherweise sagen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Dr. Baradar verabschiedet sich und verlässt die Sitzung.

VI. Bericht des Stadtrates für Finanzen – Finanzen COVID-19

Stadtrat Dummer: Vorweg einmal, herzlichen Dank an Dir. Zimmermann. Der hat jetzt Zeit genug gehabt, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen und hat sehr wertvolle Vorarbeit geleistet und mir die Grundlagen geliefert, auch schon in Richtung Nachtragsvoranschlag, weil der uns auch ins Haus steht. Damit wir da ein bisschen einen Überblick bekommen, welche Auswirkungen Covid-19 auf unsere Finanzen, auf unser Budget hat. Wir haben im Großen und Ganzen hauptsächlich Einnahmen-Ausfälle, die wir verdauen müssen. Der größte Brocken ist dabei sicher der Rückgang bei den Ertragsanteilen. Der ist vom Land mit 3,4% prognostiziert, hochgerechnet zum Vorjahr. Nachdem wir aber im Budget ein Plus geplant hatten, heißt das für uns ein Ausfall von rund € 1,5 Mio. auf das Jahr gesehen.

Bei der Kommunalsteuer liegen wir erfreulich gut. Da wirken sich wahrscheinlich der Spar und die Erweiterung von Hofer aus. Da rechnen wir gegenüber dem Budget nur mit einem Ausfall von € 60.000,--.

Bei den Aufschließungskosten, weil sich da auch wenig tut, und wir vor allem auch das Grundstück im Gewerbegebiet Ost jetzt nicht in drei Teilen sondern in einem verkauft haben, sind Mindereinnahmen von € 250.000,-- zu erwarten.

Die Tourismusabgabe haben wir heuer nicht vorgeschrieben. Das entlastet natürlich die Betriebe. Das wird uns erfreulicherweise durch das Land größtenteils ersetzt, sodass wir vom Budget weggerechnet, nur mit einem Ausfall von € 17.100,- zu rechnen haben.

Die Nächtigungstaxe, nachdem die Hotels also jetzt naturgemäß sehr schwach ausgelastet sind, wird sicher auch einen Ausfall von rund € 15.000,-- mit sich bringen, bezogen auf das ganze Jahr.

Wir haben Einnahmenausfälle bei der Nachmittagsbetreuung der Volksschulen in Höhe von € 58.000,-- zu erwarten. Beim Mittagessen der Volksschulen haben wir Einnahmenausfälle von € 23.100,-- zu erwarten. In der Nachmittagsbetreuung der Kindergärten € 64.400,-- und beim Mittagessen in den Kindergärten € 64.800,--.

Diese Zahlen gehen alle davon aus, dass Corona noch nicht Geschichte ist. Natürlich ist da auch ein gewisser Unsicherheitsfaktor enthalten, aber ich denke schon, dass wir damit rechnen müssen, dass es auch im 2. Halbjahr, vor allem zum Herbst hin noch die eine oder andere Einschränkung gibt.

Bei der Kegelbahn in der Alte Au und bei den Hallenvermietungen haben wir € 135.000,-- budgetiert gehabt in Summe und wir rechnen mit € 75.000,-- weniger Einnahmen, weil der Betrieb sehr stark eingeschränkt ist und war und wahrscheinlich auch in Zukunft noch längere Zeit sein wird.

Bei den Festspielen haben wir vor allem natürlich die Karteneinnahmen, die wir nicht erhalten werden, das Sponsoring und auch sonstige Einnahmen aus Programmverkauf. € 271.000,-- haben wir dafür budgetiert und davon werden wir, so wie es aussieht, nichts bekommen. Also, die € 271.000,-- sind als Ausfall zu verkraften.

Beim Freibad durch den gesenkten Tarif und einerseits auch durch das Wetter und eben die beschränkte Benutzbarkeit rechnen wir mit einem Einnahmenausfall von € 100.000,-- auf das Jahr gesehen. Beim Hallenbad detto mit € 80.000,-- und in der Sauna mit € 70.000,-- auf das Jahr gesehen.

Beim Z-2000 haben wir € 196.500,-- budgetiert und ich rechne damit, dass € 116.500,-- davon nicht realisiert werden können, weil wir da halt wirklich eine sehr kurze Saison haben. Da wissen wir heute noch nicht, ob irgendwelche Veranstaltungen im Herbst stattfinden können.

Und für all die Dinge, die nicht vorhersehbar sind und als Reserve wo ich da noch € 200.100,- eingeplant habe, dann kommen wir auf eine runde Summe von € 3 Mio. Wir hoffen, dass wir die € 200.000,-- nicht brauchen, aber es ist halt zum jetzigen Zeitpunkt mit Bestimmtheit nicht zu sagen, und da ist eine Reserve von knapp 10% sicher angebracht. Also, wir haben € 3 Mio. weniger Einnahmen zu erwarten, als wir im Voranschlag 2020 angenommen haben.

An außerordentlichen Kosten rund um Covid fallen natürlich die Covid-Maßnahmen selbst an. Da haben wir schon einen Großteil ausgegeben, aber ich rechne, dass da noch ein bisschen etwas dazu kommt. Also € 25.000,-- sind hier anzusetzen.

Der Stadtarzt ist zwar schwer unterbezahlt, aber auch hier sind zusätzliche Kosten von € 20.000,-- zu erwarten.

Für die Mietnachlässe, die wir heute noch diskutieren und wahrscheinlich beschließen werden, habe ich einmal € 5.000,-- vorsichtshalber angesetzt.

Dann kommt noch dazu, dass wir auch im Laufe des Jahres ein paar neue Projekte und die Kindergärten zu beschließen haben. Also, ich rechne auch damit, dass wir halt einfach außerplanmäßige Ausgaben haben, die bisher nicht budgetiert waren, in Höhe von € 70.000,--.

Also, in Summe sind das dann € 120.000,-- von zusätzlichen Kosten, schwerpunktmäßig rund um das Thema Corona.

Auf der anderen Seite haben wir natürlich ein bisschen ein Einsparungspotential, vor allem bei den Festspielen. Da fallen eben Kosten für die Organisation und für die Werbung großteils nicht an. Da haben wir € 224.000,-- budgetiert und da ist zu erwarten, dass wir um € 190.000,-- weniger ausgeben müssen. Ebenso für die Künstler, für das Bühnenbild, für das Kostümbild und für die Regie – da waren € 201.000,-- budgetiert und € 140.000,--, glaube ich, werden wir

weniger an Kosten haben werden. Ein Teil fällt trotzdem an, weil halt einfach schon Leistungen erbracht wurden.

Für die Wirtschaftsförderung – da hatten wir einen Budgetposten von € 50.000,--, der heuer auch nicht zum Tragen kommen wird, weil sich das Projekt verzögert.

Beim Roten Kreuz haben wir € 370.000,-- budgetiert. Da haben sich die Kosten um € 70.000,- reduziert auf € 300.000,--. Das ist auch Teil des Nachtragsvoranschlages. Das haben wir schon in einer früheren Sitzung besprochen und auch beschlossen.

Vom Land NÖ bekommen wir aus Rücklagen teilweise einen Ersatz für die Ertragsanteile, für das Minus bei den Ertragsanteilen. Das Land löst seine Reserven auf. Das sind € 22 Mio. im Juli und € 10 Mio. im August und die verteilen sie auf die Gemeinden. Den genauen Schlüssel kennen wir noch nicht, aber wenn das nach der Bevölkerungszahl passiert, dann stehen uns € 340.000,-- zu. Das kann auch nach einem anderen Schlüssel erfolgen, aber ich gehe jetzt einmal von diesen € 340.000,-- aus. Das Land hat auch die Möglichkeit geschaffen, den Kassenkredit auf 20% zu erhöhen. Das werden wir nicht in Anspruch nehmen, weil 1. müssten wir das dann sehr kurzfristig zurückzahlen, und der Kassenkredit für einen Schaden, sozusagen eine Kontoüberziehung für einen nachhaltigen Schaden zu verwenden, ist, glaube ich, nicht kaufmännisch vorsichtig. Und die Kurzfristigkeit – also, ich würde nicht damit rechnen, dass wir das innerhalb eines Jahres zurückzahlen können. Außerdem haben wir den Kassenkredit gar nicht ausgenutzt, die 10%. Wir haben einen Kontostand von plus/minus Null, trotz Krise, trotz aller Einnahmenausfälle und obwohl wir alle Rechnungen regelmäßig und pünktlich bezahlen. Also da nochmals Dank an Herrn Dir. Zimmermann und seinen Mitarbeitern. Wir wirtschaften da wirklich sehr umsichtig. Also, es liegt nicht an der Liquidität, wir können unsere Rechnungen pünktlich bezahlen.

Allerdings müssen wir diesen Schaden, diese € 3 Mio. irgendwie verdauen. Da hat das Land eben auch schon angekündigt, dass es die Möglichkeit geben soll, die Kredittilgungen im 2. Halbjahr zu stunden, sprich eben die Laufzeiten um das halbe Jahr zu verlängern. Wir haben einmal berechnet, was das bei uns ausmacht. Also im Voranschlag hätten wir im 2. Halbjahr Kredittilgungen von € 2.188.800,-- zu leisten. Wenn man einen Gutteil davon stundet, das verteilt sich auf 11 Banken, wenn wir einen Gutteil davon eben verschieben und an die Laufzeit hinten anhängen, wäre das ein Potential von € 2.130.000,-- rund, wo wir uns helfen können bei der Finanzierung, sodass wir diesen Schaden langfristig finanzieren. Lieber wäre mir persönlich, wenn uns die Möglichkeit gegeben wird, dass wir das auf 20 Jahre mit einem günstigen Fixzins kredit finanzieren können. Das gibt es aber derzeit in der Gemeindeordnung nicht. Sollte die Möglichkeit noch geschaffen werden, dann wäre das aus meiner Sicht vorzuziehen, weil wir da einfach günstigere Zinsen haben und klare Verhältnisse.

Wir haben auch geplant im 2. Halbjahr eine Sondertilgung aus den Liegenschaftsabverkäufen von € 331.400,--. Das wäre auch noch eine Reserve, wo wir sagen können, wenn alle Stricke reißen und wir die Reserve bei den Einnahmenabgängen brauchen, dann könnte man auch noch beschließen, müssten wir aber im Gemeinderat beschließen, dass wir diese Sondertilgung auch aussetzen.

Wenn ich das über den Strich zusammenzähle, dann haben wir da jetzt einmal ein Einsparungspotential oder Ausgleichzahlungspotential von € 2.920.000,-- gegenüber den € 3.120.000,-- Mehrkosten bzw. Einnahmenausfälle. Das wäre jetzt ein Fehlbetrag von knapp € 200.000,--. Das ist in etwa die Reserve. Aber es ist durchaus handelbar, sage ich, aber notwendig wird es sein, dass wir dieses Defizit, also diesen Schaden entweder langfristig finanzieren oder diese Möglichkeit zur Stundung der Kredittilgungen in Anspruch nehmen. Sonst können wir das nicht bewältigen.

Das ist einmal das normale Programm. Es sind dann auch noch sonstige außerordentliche Unterstützungen angekündigt. Das eine ist das Investitionspaket des Bundes für 2021 in Höhe von € 1.808.704,--. Da ist es so, dass wir ein Projekt beginnen müssen, das da reinfällt. Da muss echt der Projektstart sein bis zum 31.12.2021 und der Abschluss des Projektes ist der 31.12.2024. Also, da können wir nicht irgendwie kreativ werden, sondern das sollten möglichst konkrete Projekte sein.

Wir haben da auch einiges am Start. Das eine ist der Volksschulzubau. 50% maximal werden gefördert. Beim Volksschulzubau rechnen wir mit Kosten von mindestens € 10 Mio. Da ist auch die thermische Sanierung der beiden Volksschulen enthalten. Sicher ein sinnvolles Projekt, wo man das verwenden könnte. Ein Kindergarten steht bei uns in den Startlöchern. Da wird es auch nicht unter € 5 Mio. abgehen. Auch dafür könnte man das wahrscheinlich sinnvoll einsetzen. Wir haben die thermische Sanierung der Wohnhäuser ins Auge gefasst. Hohe Millionenbeträge, die hier zu leisten sind. Auch da wäre es einsetzbar. Also, es gibt sicher viele Projekte, die in der Pipeline stehen, die wir auch 2021 rechtzeitig beginnen können und wo wir das Geld gut verwenden können.

Wofür ich weniger zu haben bin, sind Prestigeprojekte, die uns nachhaltig Abgänge bringen. Wir haben genug Verlustbringer in der Gemeinde, zumindest hat das Land das so befunden. Da wäre ich nicht bereit, in die Richtung zu investieren, dass man sich da noch eine Baustelle auftut und dafür das Geld dann verwendet.

Was es vom Land auch gibt, ist, die Kinderbetreuung im Sommer wird verdoppelt, statt der üblichen € 250,-- pro Gruppe zahlt das Land € 500,-- heuer. Es gibt ein Programm des Landes NÖ, das mit € 8 Mio. budgetiert wird, wo Rad- und Gemeindewege gefördert werden. Auch ein Programm, wo wir ein Projekt aufsetzen sollten, um das für uns nutzbar machen können.

Es wird € 5 Mio. geben für Gemeindekooperationen. Wir haben ein paar Umlandgemeinden, mit denen wir jetzt schon in verschiedenen Bereichen zusammenarbeiten - Leitzersdorf, Spillern, Hausleiten, Großmugl. Ich glaube, da könnten wir uns auch etwas auf die Beine stellen. Da gibt es einmal 20%, maximal € 20.000,-- für das Konzept für so eine Kooperation und dann können wir eben bis zu € 5 Mio., das ist nicht für uns alleine, das ist für ganz NÖ, aber da können wir doch einen sinnvollen Beitrag vom Land bekommen für ein Projekt, das wir gemeinsam mit unseren Nachbargemeinden auf Beine stellen.

Last but not least gibt es eine Aktion, wo wir 20%, maximal € 100.000,-- bekommen für Kommunalfahrzeuge. Da könnte ein Thema das Müllfahrzeug sein, das wir heuer zurückgestellt haben, aber vielleicht auch das eine oder andere Kommunalfahrzeug, was wir sowieso brauchen, dass wir da beim Land zusätzliche Förderung bekommen können.

Soweit einmal der Ausblick auf die Finanzen.

Stadtrat Pohl: Noch ein kurzer Nachtrag zum Covid-Bericht. Ja, danke Andrea, es sind immer die Informationen an alle Fraktionen gegangen, teilweise habe ich sie aber leider früher aus den Medien erfahren oder über meine Frau über die Kindergartenrunde, und teilweise bitte auch von der Kommunikation her. Es ist eine Warnung von gewissen Sachen gegeben worden, aber dann keine Entwarnung. D.h. die Leute haben zu Hause noch immer gezittert, bin ich jetzt gefährdet oder nicht.

Gerhard danke, dass du unsere Anregung aufgenommen hast und diesen Bericht geliefert hast, weil ich glaube auch, für die Bevölkerung ist es interessant, was da uns alles erwartet und dass sie vielleicht dann auch bei gewissen Forderungen Verständnis haben, dass man nicht allem nachkommen kann und dass die Gemeinde keine Melkkuh ist, die man da ausnutzen kann.

Nur ein paar Kleinigkeiten. Was ich nicht verstanden habe, die Mittagessen im Kindergarten – da hast du gesagt, das sind Mindereinnahmen. Aber die sind ja nicht produziert worden und deswegen sind auch keine Kosten entstanden, hoffentlich.

Stadtrat Dummer: Nein. Natürlich durch das, dass weniger Kinder in der Nachmittagsbetreuung waren und auch nicht zum Essen da waren, haben wir da weniger Einnahmen und haben auch weniger Ausgaben. Das ist da schon mitberücksichtigt. Aber unter dem Strich sind es weniger Einnahmen.

Stadtrat Pohl: Kindergarten – da hast du gesagt, da sind € 70.000,-- Ausrüstung.

Stadtrat Dummer: Das ist nicht nur die Kindergärten, sondern das sind auch neue Projekte, die in nächster Zeit anstehen. Also die Kindergärten sind, wir haben es eh heute auf der Tagesordnung, im Wesentlichen die Spielgeräte und vor allem ...

Stadtrat Pohl: Das hat für mich nicht mit Corona zu tun, darum war ich ein wenig verwirrt.

Stadtrat Dummer: Nein, das war nicht Corona alleine, sondern es ist zwar die Corona-Geschichte, aber es ist gleich insgesamt eine Betrachtung, was uns jetzt auch in Richtung Nachtragsvoranschlag in Summe ins Haus steht, für das heurige Jahr. Das ist schon auf das Jahr gesehen.

Stadtrat Pohl: Alles klar.

Stadtrat Dummer: Und die Positionen, die schon bekannt sind, die habe ich natürlich da gleich mitaufgenommen. Das hat mit Corona nichts zu tun.

Stadtrat Pohl: Und zu den Kindergärten – es freut uns auch, dass die Anregung aufgenommen wurde. Es wird durchgehend Betreuung und dass auch das Land das so sieht. Das ist ganz wichtig bei einem Landeskindergarten. Und wir hoffen und wünschen uns, dass das auch für die nächsten Jahre. Sonst noch einmal herzlichen Dank für deinen Bericht und wenn wir das elektronisch auch noch bekommen, sind wir dann restlos zufrieden.

Stadtrat Pfeiler: Danke für den umfassenden Bericht. Ja, es freut mich, dass hier einige Punkte aufgetaucht sind, die wir frühzeitig bereits angemeldet oder eingefordert haben oder angeregt haben, sagen wir es mal so. Dazu zählt z.B. die Mietnachlässe in den Geschäftslökalen. Du hast gesagt, es gibt heute einen Antrag dafür. Das freut uns sehr. Wir haben da frühzeitig eigentlich uns zu Wort gemeldet in den diversen Jour fixen, dass es hier eigentlich einen Handlungsbedarf gibt und dem wird auch jetzt nachgekommen. Dankeschön dafür.

Gerhard, du hast es erwähnt. Es gibt eben die Bundesförderungen für Investitionen. Du hast auch schon einen Aufriss gegeben, welche Projekte du hier andenkst oder hier angedacht sind. Ich würde mir wünschen, dass wir diese Projekte oder dass wir die Projektliste gemeinsam erstellen. Ich denke, es wäre wichtig in Hinblick auf möglichst mehrheitliche Zustimmungen, dass sich hier jeder und jede irgendwo wieder findet, jede Fraktion mit Anliegen, mit Projektideen, um hier möglichst breit die Investitionsentscheidungen abstimmen zu können. Ich glaube, es ist sehr gut, wenn es hier Investitionsförderungen des Bundes gibt, weil eben gerade in dieser wirtschaftlich schwierigen Situation, volkswirtschaftlich schwierigen Situation und auch individuell für viele Menschen schwierigen Situation es wichtig ist, dass von Seiten der

öffentlichen Hand hier offensive Investitionspolitik und offensive Investitionsmöglichkeiten geschaffen werden.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

VII. Bericht des Stadtrates für Wirtschaft und Tourismus

Stadtrat Moser: Wir haben gerade den Bericht des Finanzstadtrates gehört. Durchaus große Zahlen, kein einfaches Budget. Man kann sagen, die Finanzen sind unter Kontrolle, aber es ist auch klar, dass große Sprünge gerade für die angeschlagene Wirtschaft aus dem Gemeindebudget nicht möglich sind. Es ist aber auch nicht unbedingt notwendig, hier finanzielle Zuschüsse zu geben. Dafür ist in erster Linie der Bund zuständig. Da gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die den Unternehmern alle bekannt sind. Ob das der Härtefallfonds ist, ob das der Fixkostenzuschuss ist, ob das die Überbrückungskredite AWS und andere sind, ob das die Stundungen sind, ÖGK und Finanzamt, ob das die Umsatzsteuersenkung ist in einzelnen Produktgruppen und und und. Da gibt es ganz, ganz viele Dinge. Aber trotzdem war es uns wichtig, auch als Stadtgemeinde, auch als Wirtschaftsausschuss hier Akzente zu setzen, hier ein Paket für die Wirtschaft zu schnüren. Das ist mein Anliegen, allen, die da mitgewirkt haben, zu danken. Es ist in erster Linie die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses unter der Leitung von Hannes Bartosch. Es ist der Wirtschaftskammerobmann Hopfeld, der da immer auch dabei war. Herr Lampl, der auch unter uns weilt, und sein Team haben da tatkräftig mitgearbeitet und ich stehe nicht an zu sagen, dass es auch die Anregungen der GRÜNEN-Fraktion dadurch hier einen Wert für mich und für uns gehabt haben bei der Erstellung dieses Pakets, dieses Wellcome back-Pakets, wie das wir auf Anregung von Corinna Riedler genannt haben. Wellcome back-Paket für die Stockerauer Wirtschaft, bestehend aus drei Maßnahmenbereichen. Der erste Bereich – Maßnahmen zur Hebung der Moral, zur Hebung der Stimmung in der Bevölkerung, aber auch insbesondere bei der Unternehmerschaft. Der zweite Bereich – Maßnahmen zur Umsatzsteigerung und der dritte Bereich – Maßnahmen zur Kostensenkung.

Der erste Bereich für mich der wichtigste. Diese Stimmung zu fördern, die Angst zu nehmen, trotz aller Vorsicht hier ein bisschen voranzuschreiten, weil in einer Stimmung der Angst ist eine Wirtschaft unmöglich. Wenn die Leute sich nur zu Hause aufhalten, nicht nach draußen sich trauen, dann ist ein Aufleben der Wirtschaft einfach undenkbar. Und daher haben wir gerade in dem Bereich uns ganz, ganz viel überlegt. Es wurden einzelne Maßnahmen schon erwähnt. Ich möchte das gar nicht wiederholen. Insbesondere im kulturellen Bereich, aber für mich ist das nicht in erster Linie ein Kulturpaket. Es ist in erster Linie ein Gastronomiepaket. Die Gastronomie, einer der Schlüsselbereiche für die Wirtschaft – Gastronomen sind Multiplikatoren, Stimmungsmacher, da geht ganz, ganz viel aus von den Gastronomen, und darum müssen wir denen, die so lange schließen mussten, einfach Dinge ermöglichen. Daher diese Maßnahmen - „Floh on tour“. Ich habe mir erlaubt, einige Flyer mitzunehmen. Ich habe leider zu wenig für alle, aber die meisten Tische haben einen bekommen. Ich finde, ein super gelungener

Flyer. „Floh on tour“-Start schon in dieser Woche, am 16. Juli und geht bis Ende Juli durch. Super Geschichten, wo Christian Spatzek mit ausgewählten Schauspielern eben durch die Gastronomie wandelt und hier in Kostümen dort ein Musikstück, da eine kleine Lesung, da eine Vorstellung von Schauspielern, dort wiederum ein Blick hinter die Kulissen und und und. Ich glaube, das kann wirklich etwas sein, wo die Leute ein bisschen das Gefühl haben, Normalität kehrt zurück, ein bisschen eine Lebensfreude sich zurück erkämpfen können.

Der zweite Bereich, auch schon erwähnt, diese kleinen Konzerte „Kultur&Kulinarik“, quasi „Musik an einem Sommerabend“ light, obwohl wir das Wort auf gar keinen Fall verwenden sollen.

Das dritte dann noch. Im August bekommen die Gastronomen, das haben wir bei der letzten Stadtratssitzung beschlossen, einen 700-Euro-Gutschein für ein Konzert in deren Gastgarten, in deren Lokal, für ein Konzert mit einem lokalen oder regionalen Künstler. Es muss nicht unbedingt ein Stockerauer sein, kann auch in den Nachbarortschaften ein Künstler sein. So haben wir es jedenfalls festgelegt. Jeder Gastronom kann das, muss es aber nicht in Anspruch nehmen, kann hier auch wieder Kultur seinen Gästen bieten und damit irgendwie attraktiver werden. Das Nestroy-Stück Ende August wurde auch schon erwähnt und daneben gibt es die eine oder andere sonstige Privatinitiative, die da auch eine Rolle spielt.

Neben dem Kulturbereich gibt es in diesem ersten Block dann noch den schon dreimal verschobenen Unternehmerstammtisch. Den haben wir für 16. März geplant gehabt – Shutdown, dann haben wir ihn für 18. Juni anberaumt – Corona neu, Anfang Juli war wieder eine Terminkollision, wir werden es im August verlässlich machen. Wahrscheinlich hier, genauso in diesem Setting, 50 Teilnehmer maximal. Aber wie man es auf Weinviertlerisch sagt, es ist eine zache Partie, dass wir das nicht auf die Reihe bekommen.

Es wird auch ein Stadtfest, ein Erdäpfelfest light geben, in fast gewohnter Form.

Ein Bündel an Maßnahmen zum Wiedererstarken der Normalität.

Bürgermeisterin Völkl: Das Erdäpfelfest schaffen wir mit keinem Präventionskonzept. Von den Einnahmen, von der Frequenz ist das nicht zu stimmen und es ist auch der Wunsch, die Anmerkung, die Einsicht von der WISTO gekommen. Wir hätten das eh probiert. Es war auch wieder Herr Dr. Baradar eingebunden, aber das müssen wir heuer lassen.

Stadtrat Moser: Danke für die Berichtigung. Im Paket war es drinnen und der Wirtschaftsausschuss hat das so gemeint und die WISTO war am Anfang auch in diese Richtung, aber da hat mich die Realität überholt.

Erster Block: stimmungsteigernd, zweiter Block: umsatzsteigernd. Das ist natürlich am schwierigsten. Jeder Unternehmer ist natürlich primär für seine Umsätze selber verantwortlich. Was wir machen können, sind hier Propaganda im besten Sinn des Wortes, ein bisschen eine Werbung, ein bisschen eine Unterstützung. Wir haben hier geplant, da wird gerade die Ausschreibung vorbereitet, eine Stockerauer Wirtschaftsmappe, die in jeden Haushalt getragen werden soll. Jeder Unternehmer bekommt eine A5-Seite, um sich selber und sein Produktprogramm vorzustellen. Das Ganze auch digital auf der Web-Seite der Stadtgemeinde. Diese Wirtschaftsmappe, dieses Heftchen, diese Broschüre mit allen Unternehmer, die da mitmachen möchten - wir rechnen mit ca. 200 – die wird dann in der Folge jedem, der sich neu in Stockerau

anmeldet, ausgehändigt. Auch für die Videodrehs, es wurde auch schon ein paarmal diskutiert, dass wir kleine Videoclips machen für die Unternehmer. Gibt es auch gerade erste Angebote. Ein wichtiger Punkt im Bereich Umsatzsteigerung ist dann noch die Schanigartenregelung. Wir hatten sie auf der Tagesordnung. Wurde abgesetzt, weil das Ganze mit einer Verordnung der Bürgermeisterin beschlossen wurde. Ich glaube, heute beschlossen wurde und morgen in Kraft treten wird. Also ab morgen können dann Gastronomen bis 23 Uhr ihren Schanigarten betreiben. Ich glaube auch, ein schönes Signal und das maximale Ausschöpfen, was die Gesetzgebung hergibt.

Im Bereich der kostensenkenden Maßnahmen möchte ich verweisen auf die Nicht-Vorschreibung der Tourismusabgabe, immerhin € 162.000,--, auf das Paket Mietnachlass. Auch das, ohne jetzt auf Urheberschaften einzugehen, haben wir heute auf der Tagesordnung. Wir haben da in einem breiten Konsens im Stadtrat schon hier Übereinstimmung erzielt, dass wir den Unternehmen, die Betretungsverbote hatten, für die Dauer des Betretungsverbotes hier Mietnachlässe geben wollen und zwar im Ausmaß der jeweiligen Nettomiete. Also durchaus für den einen oder anderen eine wichtige Unterstützung. Die Rechtspositionen dazu sind nicht 100%ig eindeutig, aber uns war es dann schlussendlich wichtig, hier ein klares Signal auszusenden, sowohl für die Gemeinde, was wir heute beschließen können, und auch eine gewisse Empfehlung an die Organe der KIG soll heute dabei sein. Das Ganze soll auch ein Beispiel sein für die Privaten, dass hier, glaube ich, wirklich für die Wirtschaft ein klares Signal angedacht ist.

Soweit in aller Kürze die Zusammenfassung des Pakets. Das Ganze ist natürlich nicht irgendwie der Endpunkt, sondern das soll ein lebendes System sein. Wir werden immer wieder neue Ideen kreieren, neue Vorschläge hören und nach Möglichkeit aufnehmen.

Noch einmal Danke an alle, die mitgemacht haben und im Vorhinein ein Danke an Sie alle für die Beschlussfassung bei den einzelnen Punkten, wo es heute notwendig ist.

Gemeinderat Kubat: Du sagtest eingangs, budgetär große Sprünge sind nicht möglich. Ich glaube, da kollidieren jetzt zwei Welten aneinander. Ich sage, denn ich meine, auch meine Fraktion meint, dass große Sprünge möglich sein müssen. Ich verstehe schon, ich kenne auch die Debatte in Deutschland und so, dass man sehr auf die schwarze Null fixiert ist, und dass man ein ausgeglichenes Budget haben möchte. Das verstehe ich und das ist auch in Ordnung so. Aber ich bin dann der Meinung, wenn ich sehe, ok, die Wirtschaft geht zurück, die Nachfrage bricht irgendwo ein, dass die öffentliche Hand dann die Nachfrage stärkt und stützt und fördert. Also, ich bin für eine offensive Investitionspolitik und für ein offensives Investitionspaket, und das kann ich auch für meine Fraktion so sagen. Darum auch dieser Dringlichkeitsantrag. Der Unterschied zwischen Ausgabe und Investition ist, die Investition ist nachhaltig und da kommt in Zukunft auch etwas zurück. Wir können nicht Stockerau kaputt sparen. Die Ausgabe ist ein schlichter, weiß ich nicht, früher waren es Swap-Geschäfte, wo ich einfach das Geld aus dem Fenster schmeiße.

Zu deinen drei Säulen, lieber Christian. Also ich finde das Paket sehr gut und interessant, dennoch würde ich schon sagen – also wo ich mit dir komplett übereinstimme – Hebung der Moral. Das ist wichtig. Wirtschaft ist Psychologie. Und wenn die Leute nicht mehr ans Morgen glauben und nicht wissen, wie das Morgen ist, dann kaufen sie auch nicht mehr ein, sondern machen Rücklagen, sparen, sind unsicher. Das sage auch schon der damalige deutsche Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, 50% der Wirtschaft ist Psychologie. Und da ist die Hebung der Moral

sehr, sehr wichtig. Keine Frage. Und da ist die Gastronomie ein Schlüssel, weil da treffen sich die Leute, sie gehen raus. Darum war aus unserer Sicht auch der damalige Dringlichkeitsantrag zu den Corona-Ergänzungsmaßnahmen sehr, sehr wichtig, weil da wären die Gratis-Gastgärten drinnen, und da auch für die Gastronomie Kostensenkungen zu machen, weil, wie du schon richtig sagtest, sie besonders lange vom Shutdown betroffen waren und litten.

Das andere ist bezüglich Hebung der Moral und Nachfrage stärken, fördern. Muss ich jetzt auch noch einmal so wiedergeben. Die WISTO-Gutscheine da auch ein Schlüssel sind. Das muss budgetär drinnen sein bei so einem Wirtschaftspaket, dass wir sozusagen 25% dieser WISTO-Gutscheine fördern. Damit können wir die Nachfrage stärken.

Der Bund, du hast es richtig gesagt, hat Hilfspakete geschnürt in großen Ausmaßen, in Milliardenhöhe. Aber auch da bin felsenfest überzeugt, so wie wir auch schon in der letzten Gemeinderatssitzung sagten, der Bund hat sozusagen die Notfallsinfusionen gelegt. Aber die Gemeinde ist vor Ort und kennt ihren Patienten. Das sind die Fachärztinnen und die wissen dann noch sozusagen die genaueste Medikation.

Vizebürgermeister Holzer: Danke für die angekündigten zum Teil beschlossenen oder noch zu beschließenden Maßnahmen. Sehr, sehr wichtig für die Wirtschaft. Ich möchte aber den Kollegen im Gemeinderat und auch dir lieber Christian mitgeben, vergessen wir nicht auf die Arbeiter und Arbeiterinnen, vergessen wir nicht auf Bediensteten, vergessen wir nicht auf unsere Pensionisten und vergessen wir nicht auf die Vereine. Das sind auch vier wichtige Gruppe, die Unterstützung bedürfen. Ich hoffe nicht, dass nicht vorher MinisterInnen, wie es jetzt bei der Kultur war, im Bund zurücktreten, dass auch für die Gruppen etwas passiert. Ich glaube, die Stadt sollte ihres dazu beitragen. Die ersten Schritte werden wir vielleicht heute noch beschließen.

Stadtrat Pohl: Lieber Christian, danke für den Bericht und dass unsere Anregungen größtenteils aufgenommen wurden, weil am Anfang hat es ja geheißen, wir können gar nichts machen und nur Bund und Land werden das finanzieren. Dass Ihr dann so kreativ auch darauf eingegangen seid und wie Ihr das vorgeschlagen habt und wie wir das gemeinsam entwickelt haben. Du hast gesagt, der Unternehmerstammtisch, freut mich, dass der hoffentlich bald kommt, weil ich glaube, die Information an die Bürger, an die Unternehmen ist ganz wichtig und die Unternehmen marketingmäßig zu unterstützen. Du hast gesagt, die Propaganda, diese Unternehmermappe ist in Ordnung, kann aber nur ein erster Schritt sein. Vergessen wir vor allem auch nicht auf vielen, vielen, kleinen Geschäfte, die wir haben. Aber das ist aus meiner Sicht nicht sehr modern. Du hast die Videos schon angesprochen und ich hoffe, das wird nachhaltig verfolgt, weil der Vorschlag ist ungefähr zwei Monate alt.

Ja, Moral – schön dass du das ansprichst, Matthias. Und das hat auch viel mit Angst zu tun, und das ist das, wo wir uns dagegen verwehren. Es geht darum, dass wir die Leute mit Vernunft und Hausverstand handeln lässt und ihnen auch ein bisschen vertraut.

Wir sprechen die ganze Zeit davon, dass wir die Wirtschaft fördern. Dann ersuche ich bitte, dass wir erstens zum Punkt sprechen und auf den Punkt kommen und dass wir dann gemeinsam vielleicht noch vor 23:00 Uhr hinausgehen und die Wirtschaft stärken.

Stadtrat Dummer: Ich habe da jetzt nur kurz den Eindruck gehabt, dass von meinem Bericht irgendwas nicht ganz verstanden worden ist. Wir werden weniger Einnahmen haben und mehr Ausgaben von mehr als € 3 Mio. und wir tun keine Investition, die wir heuer geplant haben, wegfallen lassen. Wir ziehen das volle Investitionsprogramm durch. Die Finanzierung soll überwiegend über die Stundung der Raten erfolgen und über Zuschüsse, die wir vom Land bekommen. Aber die Stadt Stockerau steht zu dem Investitionsprogramm, das wir Ende 2019 beschlossen haben und wir ziehen das auch im vollen Umfang durch. Also, wir sind nicht die, die die Investitionen abwürgen oder verhindern. Das ist das eine. Und der Vorschlag mit den WISTO-Gutscheinen ist genau das, was Sie eigentlich nicht wollten, Herr Mag. Kubat, nämlich Geld beim Fenster rausschmeißen. Weil, wenn man sich damit befasst, der Großteil dieser Gutscheine wird z.B. beim Spar eingelöst. Der Spar ist nicht unbedingt der Betrieb, der sehr stark gelitten hat in der Corona-Krise. Spar ist eine super Firma. Wir sind froh, dass wir sie haben, wir sind froh, dass wir sie dreimal haben in Stockerau, aber es ist, glaube ich, nicht notwendig, dass man den Spar, wenn ich die Bilanz gelesen haben, mit Rekordgewinn und Rekordumsätzen, dass man den Spar fördert. Der macht immerhin 60% der Gutscheineinlösungen aus. Man muss das schon sehr zielgerichtet einsetzen und eben nicht mit der Gießkanne verteilen und beim Fenster raushauen. Wie Sie richtig gesagt haben, aber ich glaube, es ist nicht ganz verstanden worden.

Stadtrat Moser: Was ich noch kurz sagen wollte, ergänzend zu Gerhard Dummer. Uns geht es wirklich nicht darum, hier Urheberrechtsdiskussionen auszulösen. Mir waren alle Vorschläge, egal von welcher Seite, wichtig. Wir haben auch, obwohl die Kollegen von der GRÜNEN-Fraktion jetzt gerade nicht zuhören, wir haben auch deren Vorschläge wirklich ernsthaft geprüft und ich bin dankbar dafür. Die Schanigarten-Geschichte haben wir voll integriert. War zwar auch schon vor einem Jahr in meinem Programm drinnen, aber egal. Schanigarten-Geschichte super übernommen, auch Vorschläge von den Kollegen von der FPÖ. Diese Geschichte mit den Gutscheinen haben wir detailliert im Wirtschaftsausschuss unter Beteiligung der GRÜNEN-Kollegen diskutiert. Es war einfach die überwältigende Mehrheit, das sind fast nur Mitnahmeeffekte, wo wir wenig Impulse, wenig neue Impulse setzen. Dazu noch ein Bürokratiemonster, weil wir in Evidenz halten hätten müssen, welcher Stockerauer den Gutschein bekommen hat und welcher nicht.

Danke für alle Vorschläge und wir haben es wirklich bestmöglichst versucht zu integrieren. Ich ersuche Sie, ich ersuche euch auch weiterhin um die Vorschläge.

Was den heutigen Dringlichkeitsantrag betrifft, ist sicherlich von einem guten Geist getragen, aber gerade das, was die GRÜNE-Fraktion immer wieder fordert, ein umfassendes Konzept, ein Gesamtkonzept ist eben da nicht erkennbar. Das sind halt Schnellschüsse, um eine Förderung mitzunehmen, aber ein gesamtdurchdachtes Konzept ist es jedenfalls nicht.

Stadtrat Pfeiler: Ich möchte auf einen Punkt Bezug nehmen, den Kollege Stadtrat Herbert Pohl genannt hat – kleine Geschäfte fördern. So, wie geht das. Kleine Geschäfte kann man fördern, indem man eben bei Mieten die Nachlässe gewährt, sofern sie eben in Gemeinde- oder KIG-Immobilien eingemietet sind. Kleine Geschäfte kann man fördern, indem man die Bevölkerung animiert, regional einzukaufen. Und da heben wir einfach den Schlüssel der WISTO-Gutscheine identifiziert. Ich möchte nur den Gedanken weiter führen. Glaubst du nicht an deine

WISTO-Gutscheine oder? Es ist 40 zu 60 zwischen Spar und dem Rest, ok. Aber wer war der wirkliche Gewinner in der Covid-Krise? Bitte, das war der Versandhandel, wo die Umsätze irgendwo hingehen, wo die Mehrwertsteuer irgendwo anders anfällt und vielleicht teilweise gar nicht in Österreich. Also, wenn man die Streuung 40 zu 60 betrachtet, muss man aber auch betrachten, welche Streuung davor überhaupt stattgefunden hat.

Bürgermeisterin Völkl: Darf ich jetzt einen Ordnungsruf machen!

Stadtrat Pfeiler: Darum wollte ich nur ganz kurz ausführen, was die Hintergedanken für diese WISTO-Gutscheine waren.

Bürgermeisterin Völkl: Danke für die ausführlichen Ausführungen. Wir sind noch immer bei den Berichten. Das ist eine Information. Aber es wird von einigen Fraktionen halt dazu benutzt, eine Diskussion loszubrechen im Detail, was da nicht hergehört in die Sitzung und die in den Ausschuss gehören. Dankeschön. Ich ersuche um Kenntnisnahme des Berichtes.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

VIII. Bericht des Stadtrates für Verkehr, Straßen und Infrastruktur – A22

Stadtrat Hödl: Einerseits passt der Bericht zur A22 ganz gut, weil wir uns schön langsam im Herbst einer Entscheidung der Behörde vermutlich nähern werden, andererseits weil wir alle auch die Auswirkungen von Corona gemerkt haben. Gerade in den ersten Wochen des Lockdown, es ist ruhig geworden, es ist ruhig geworden in unseren Gärten, in den Grünanlagen, in unseren Wohnungen und ganz besonders natürlich auch in der Au. Das war intensiv spürbar und hat die Wichtigkeit unserer Bemühungen für bestmögliches Projekt für die Erweiterung der A22 besonders hörbar gemacht. Hörbar deswegen, weil wir ganz einfach unsere Vögel wieder gehört haben und die Natur wesentlich besser wahrnehmen konnten.

Ein ganz kurzer, historischer Abriss: 1971 ist die Autobahn als vierspurige Schnellstraße fertiggebaut worden. 2007 dann der sechsspurige Ausbau von Korneuburg Ost bis Stockerau Ost. Die Asfinag war damals bemüht, gleich fortzufahren. Sie hat aber außerrechtliche Bewilligung der BH Korneuburg für den jetzt zur Rede stehenden sechsspurigen Ausbau 2008 die Bewilligung bekommen, eine naturschutzrechtliche Bewilligung 2017, und hat dann 2016 sicherheitshalber einen UVP-Feststellungsantrag gemacht, indem sie sich von der Behörde erwartet hätte, dass diese feststellt, dass der geplante Ausbau nicht dem UVPG unterliegt. In diesem Verfahren hängt die Asfinag nach wie vor, jetzt seit drei Jahren und neun Monaten. Es gab dann noch einen Gemeinderatsbeschluss im Oktober 2017 betreffend die Grundsatzvereinbarung zwischen der Asfinag und der Gemeinde. Dann kam es aber wegen einer, soweit ich informiert worden bin, Kleinigkeit zum Abbruch der Gespräche. Wir haben jetzt die Möglichkeit ein hoffentlich besseres Projekt zustande zu bringen. Zumindest unser Wunsch ist der, der Asfinag nicht zwingend. Wir wirken zusammen. Einerseits die Bürger-

meisterin allen voran, die Mitglieder der Stadtregierung. Ein herzliches Danke an die Stadtverwaltung, die da auch viel Zeit und Hirnschmalz investiert. Wir werden begleitet von Rechtsanwaltskanzlei Onz, wofür ich sehr dankbar bin. Ich arbeite mit der Kanzlei Onz in meinem Brotberuf öfters zusammen. Die sind typischerweise auf Konsenswerber. Ich erlebe sie erstmalig auf der Seite einer kritischen Begutachtung eines Projektes. D.h., die kennen alle Tipps und Tricks, die kennen sich wirklich gut aus. Das ist, glaube ich, einer der besten oder die beste Kanzlei, die man an seiner Seite haben will. Mit dabei an unserer Seite; Kollege Lehner ist heute auch da, die Bürgerinitiative „Grüner Tunnel und Übergang“ und die Bürgerplattform „Lärmschutz 2000“. Ich bedanke mich bei diesen Vertretern, bei diesen Initiativen und darf, wenn Sie es mir erlauben, besonders Ing. Nader auch hervorheben. Es war für mich überraschend, auch da in Kenntnis des Christian Onz, dass er erstmalig ein Mitglied einer Bürgerinitiative um eine enge Mitarbeit ersucht hat. Das spricht für das außerordentliche Wissen, die die außerordentliche Akribie, mit der Ing. Nader da ans Werk geht.

Was ist das Ziel. Das Ziel ist allgemein verstanden, dass es nicht um die Verhinderung des Ausbaus geht, sondern es geht darum, einen bestmöglichen Schutz für die Menschen und für die Au zu schaffen. Wie das geschehen soll, da gehen naturgemäß die Ansichten auseinander. Die Asfinag will es ziemlich bieder und klassisch machen, während es von unserer Seite natürlich um andere Vorstellungen geht.

Um im raschen Tempo weiterzufahren. Was ist aktuell? Neu? Wir hatten im Vorjahr noch ein Gespräch mit dem Geschäftsführer der Asfinag Baumanagement GmbH, mit DI Walcher, in dem er uns maximale Gesprächsbereitschaft kundgetan hat. Das war es dann aber auch schon, weil er hat dann nicht irgendetwas in einem Körbchen mitgebracht, was er uns anbieten kann, sondern er hat unsere Wünsche, die meist eh schon bekannt waren, zur Kenntnis genommen. Das war es sann aber auch schon.

Was sich geändert hat, ist, dass in der Zwischenzeit die Frau DI Vogl nicht mehr Projektleiterin ist, sondern nur mehr die Frau DI Matanowitsch, wobei interessanterweise bei den ganzen nachgereichten Unterlagen von Juni 2020 noch immer Frau DI Vogl als Projektleiterin aufscheint, aber da dürfte nur der Plankopf nicht überarbeitet worden sein.

Getan hat sich im Vorjahr einiges, was die Unterlagen der Asfinag betroffen hat. Die haben da einige Nachreichungsaufträge vom Ministerium bekommen. Die Gemeinde hat die dann am 12.12.2019 bekommen. Vier Gutachten aus den Fachbereichen Wasser, Naturschutz, Luft und Forst mit einer wenig freundlichen Stellungnahmefrist bis 15.01.2020, was natürlich in der Weihnachtszeit und mit umfangreichen Gutachten, die durch Privatsachverständige dann zu beantworten sind. Die Gemeinde hat dann mit Schriftsatz vom 15.01.2020 einerseits auf das Engagement des DI Susker reagiert und ihrerseits zwei Gutachten vorgelegt, nämlich einerseits zum Fachbereich Naturschutz und andererseits zum Fachbereich Verkehr. Warum nicht zu allen Fachbereichen. Erstens weil es sich terminlich nicht so schnell ausgegangen ist und zweitens versuchen wir uns wirklich auf die Kernthemen zu beschränken, wo wir glauben, dass wir gute Chancen haben, durchzukommen. Das ist eben neben diesen Kernpunkten der Verkehrsbeurteilung, der Verkehrsprognosen, der Lärmprognosen auch natürlich der Naturschutz. Wer die Medien in den vergangenen ein, zwei Wochen, war es, glaube ich, verfolgt hat, sind selbst verlassene Feldhamsterbaue unter Schutz und dürfen nicht beschädigt werden. Die Entscheidung hat da durchaus das bestärkt, was ich aus meinen eigenen Verfahren kenne, die Menschen sind eigentlich nicht wirklich im Mittelpunkt des UVP-Verfahrens, sondern du brauchst irgendein exotisches Viech, ein besonders geschütztes Tier, eine besonders geschützte Pflanze, die hat mehr Chance, ein Projekt zu verhindern als Auswirkungen auf Mensch und seine Umwelt. Vizebürgermeister Falb hat es in der letzten Gemeinderatssitzung schon kurz erwähnt. Wir hatten Korrespondenz mit Frau Bundesministerin Gewessler, die zwar freundlich gewesen ist-

Wir haben in der Zwischenzeit aber nicht den Eindruck erhalten, als würde sich die Verfahrensführung besonders ändern. Wir haben dieses eine Schreiben bekommen, haben aber sonst zu mindestens nicht wahrgenommen, eine weitere politische Unterstützung, dass das Projekt vielleicht grundlegend neu überdacht wird und an moderne Gesichtspunkte angenähert wird.

Ganz aktuell, weil wir oder durch die Kanzlei uns regelmäßig Akteneinsicht beim BMVIT nehmen. Wir haben am 24.06. die aktuelle Nachreichung der Asfinag bekommen - 12 Fachberichte, 23 Pläne. Wenig überraschend ist natürlich, dass nach wie vor die Gutachter im Auftrag der Asfinag einerseits zum Fachbereich Verkehr zum Ergebnis kommen, dass es zu einer Erhöhung der durchschnittlichen, täglichen Verkehrsstärken gegenüber dem Plan ohne Maßnahmen im Jahr 2035 bis zu rund 2.200 Kfz pro 24 Stunden kommt und gleichzeitig der Verkehr an der B3 um ca. rund 1.000 Kfz pro 24 Stunden abnimmt. Also, es wird alles besser mit dem Ausbau der Autobahn. Im Fachbericht Lärm – es ist schon öfters diskutiert worden, es ist auch in den vorgelegten Unterlagen „Berichte und Pläne“ drinnen. Es sind vorgesehen Lärmschutzwände an der Richtungsfahrbahn Hollabrunn, direkt am Straßenbankett, was auch in einem Audit des Verkehrsplaners zu Missmut gesorgt hat, weil die Leitblenden zu nahe an der Lärmschutzwand stehen. Lärmschutzwände in Richtungsfahrbahn Hollabrunn bis zu 13 m Höhe. Wie angekündigt, in unterschiedlichen Höhen, die 13 m haben über knapp einen halben Kilometer. Lärmschutzwände in Richtungsfahrbahn Wien, also zur Au hin, auch in der Höhe von 2 m bis 3,5 m. Der Lärmgutachter kommt zu dem Ergebnis, dass aus lärmtechnischer Sicht festgestellt werden kann, dass sich durch die geplanten Maßnahmen wesentliche lärmtechnische Verbesserungen im gesamten Untersuchungsgebiet einstellen und daher keine negativen Lärmauswirkungen auf das Siedlungsgebiet zu erwarten sind.

Was vorher allerdings recht interessant gewesen ist, war die Stellungnahme des Forstgutachters DI Künert, der Rodungsflächen festgestellt hat, die über den Schwellenwert in besonders schutzwürdigen Gebiet liegen. Der ist mit 10 ha festgelegt. DI Künert kommt auf 12,91 ha von Flächen, die direkt gerodet sind bzw. in den letzten 10 Jahren im Umkreis von 1 km vom Bau-feld gerodet worden sind. Man wird sehen, wie sich da die Behörde in weiterer Folge auseinandersetzt. DI Künert hat sein Gutachten jetzt neu aufgebaut, hat das nicht mehr so klar dargestellt, aber das wird ein besonderes Augenmerk sein, wo wir allenfalls auch mit einem Privatgutachter das Forstgutachten uns noch einmal genauer ansehen.

Was jetzt erfolgt ist, ist aufbauend auf die neue Verkehrsprognose. Ein Gutachtensauftrag an die Fachbereiche Lärm und Erschütterungen bzw. Luftschadstoffe, wobei die einen eine relativ knapper bemessene Frist haben und das naturschutzfachliche Gutachten von DI Susker, das schon am 21.01.2020 beauftragt wurde, auch das steht noch immer aus.

Was die Zukunft jetzt bringen wird. Einerseits darf ich auch in diesem Rahmen um Verständnis bitten, dass ich die Vorgehensweise von uns als Gemeinde unterscheiden darf, unterscheiden muss von dem, wie die Bürgerinitiative vorgeht. Wir haben einen sehr genauen Plan, wie wir vorgehen wollen. Wir haben die Unterstützung der Rechtsanwaltskanzlei. Das unterscheidet sich ganz einfach und ich denke, die Maßnahmen der Bürgerinitiative, die wir alle wirklich sehr, sehr schätzen und die sehr wichtig sind und die uns auch in unserer Auseinandersetzung mit der Asfinag erheblich weiterbringen. Das ist wirklich unschätzbar. Aber von der Vorgehensweise unterscheiden sich aus meiner Sicht, aus unserer Sicht die Zugänge, wie man Themen angeht. Wenn die Gutachten, die vom Ministerium, von der Behörde beauftragt worden sind, vorliegen, werden sie der Gemeinde wiederum ins Parteiengehör gestellt werden, möglicherweise wieder mit einer eher kurzen Frist. Warum ich auch für dieses Parteiengehör bitten darf, ist wieder die Unterstützung, Ing. Lehner, seitens der Bürgerinitiative, dass wir das Material wieder mit Ihrer Hilfe und Unterstützung entsprechend sichten können. Seitens der Kanzlei Onz wird jetzt einmal prognostiziert, dass die Behörde unsere Stellungnahme aus dem

Parteiengehör nicht zwingend, überhaupt noch einmal den Sachverständigen zuleiten wird, sondern dass sie dann gleich den UVP-Feststellungsbescheid erlassen wird, wo die Kanzlei Onz noch immer davon ausgeht, dass es im Sinne der Asfinag erfolgen wird. D.h. dass die Behörde feststellen könnte, wird, vielleicht wird, dass der Ausbau der A22 nicht dem UVPG unterliegt, wogegen wir natürlich Rechtsmittel erheben werden.

Ich habe es vorher gesagt, im Gutachten steht drinnen, im Fachbereich Verkehr, dass an der B3 der Verkehr um 1.000 Kfz pro 24 Stunden abnehmen wird. Ich darf zum Abschluss meines kurzen Berichts darum bitten und auffordern, schaffen wir doch selber, dass wir 1.000 Kfz weniger zusammen bringen, und darf hervorheben an dieser Stelle die Initiative von Martin Franta und ihm dafür herzlich danken. Wir sind auf über 10.000 gesammelten Kilometern bei NÖRadlt. Martin danke ganz herzlich für deine Initiative und dass du dich da so reinsetzt. Damit danke ich für die Aufmerksamkeit.

Vizebürgermeister Holzer erwähnt, dass sich auch die Zuhörer Getränke holen können.

Stadtrat Pfeiler: Danke für den Bericht. Nur ganz kurz. Du hast erwähnt, Herwig, dass die Unterlagen jetzt nachgereicht wurden mit 24.06. Wie schaut da jetzt konkret der Fristenplan aus für die Stellungnahme der Stadtgemeinde Stockerau? Das ist mir jetzt ein bisschen zu schnell gegangen, vielleicht habe ich etwas überhört, ich weiß es nicht, aber das würde ich gerne noch einmal nachfragen.

Stadtrat Hödl: Die Ergebnisse, auf die ich mich da berufe und die wir von der Kanzlei ermittelt bekommen haben, da geht es darum, dass die Kanzlei Onz in regelmäßigen Abständen Akteneinsicht beim BMVIT nimmt oder zumindestens nachfragt beim BMVIT, was ist an neuen Ergebnissen rausgekommen. Die Kanzlei bekommt dann teilweise auch recht interessante Emails, die eine gewisse Befangenheit der Behörde vermuten lassen. D.h. es sind periodische Einsichtnahmen, ohne dass das BMVIT selber aktiv ist.

Bürgermeisterin Völkl: Stadtrat Pfeiler hat gemeint, wann wir mit der Stellungnahme dran sind. Oder?

Stadtrat Hödl: Das ist eben kein Versenden des Parteiengehörs, sondern wir können jederzeit zur Behörde gehen und Akteneinsicht nehmen. Schauen, was vor sich gegangen ist, und aus dem heraus gibt es die Erkenntnis, was an Gutachten vorgelegt worden ist. Die Aufforderung zur Stellungnahme wird dann über ein förmliches Schreiben des BMVIT an die Kanzlei Onz ergehen. Das ist jetzt nur Wissen, wie es im Akt des BMVIT aussieht.

Stadtrat Pfeiler: Wenn ich es richtig verstehe, derzeit läuft jetzt sozusagen keine Frist für eine Rückmeldung der Stadtgemeinde Stockerau zu den Unterlagen, die jetzt am 24.06 übermittelt wurden.

Stadtrat Hödl: Genau so ist es.

Stadtrat Pfeiler: Es wird aber erwartet, dass eine derartige Aufforderung mit einer Frist kommen wird. Habe ich das jetzt richtig verstanden?

Stadtrat Hödl: Ja.

Stadtrat Pfeiler: Noch eine zweite Frage. Die Kanzlei Onz ist ja Rechtsanwaltskanzlei, wie du mitgeteilt hast. Wo erfolgt da sozusagen die fachlich inhaltliche Expertise? Wo bezieht die Kanzlei Onz als Rechtsanwaltskanzlei die fachlich inhaltliche Expertise her?

Stadtrat Hödl: Ich habe es versucht zu sagen. Einerseits im massiven Umfang mit massiver Akribie mit viel Aufwand von der Bürgerinitiative und zusätzlich werden nach Einschätzung der Kanzlei Privatgutachtenaufträge vergeben, z.B. an DI Käfer, der mittlerweile auch für uns plant. An den Herrn Föger, wenn ich es jetzt recht in Erinnerung habe, aber das ist die Einschätzung der Kanzlei, wo gibt es die größten Chancen, am Projekt etwas ändern zu können durch ein Privatgutachten. Und die werden dann beauftragt, um nicht zu jedem Gutachten Aufträge zu erteilen, die dann ziemlich viel Geld kosten würden.

Stadtrat Pfeiler: Und das finanzielle Pouvoir besteht, um kurzfristig solche Aufträge erteilen zu können?

Stadtrat Hödl: Ja.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

IX. Bericht des Umweltgemeinderates

Stadtrat Pfeiler: In meiner Funktion als Umweltgemeinderat möchte ich Ihnen heute einen Bericht erstatten.

1. Neue Fördermöglichkeiten im Bereich Radverkehr

Das Klimaschutzministerium hat einen Fördertopf für Investitionen in die Radinfrastruktur mit einem Volumen von EUR 40 Mio. eingerichtet. Neu ist der Förderschwerpunkt für sogenannte Radschnellverbindungen, also qualitativ hochwertige Radinfrastruktur, die ein sicheres und attraktives Befahren über längere Entfernungen hinweg ermöglichen soll. Die Errichtung von Radschnellverbindungen, also z.B. Radverbindungen zwischen Gemeinden oder Katastralgemeinden wird mit einem höheren Fördersatz, nämlich von bis zu 50% der förderfähigen Kosten unterstützt. In Kombination mit E-Fahrradmobilität kann dadurch eine attraktive Alternative für Alltagsstrecken geschaffen werden.

So schafft man dann vielleicht die minus tausend auf der Hauptstraße durch Verlagerung auf den Radverkehr, wie es du Herwig gerade vorweg genommen hast.

In Stockerau bieten sich für derartige Radschnellverbindungen folgende Routenan:

- Von Oberzögersdorf nach Unterzögersdorf über die Tullnerstraße (den Anschluss zur B3 Hornerstraße);
- Von Stockerau nach Leitzersdorf im Abschnitt Am Damm bis zur Gemeindegrenze Stockerau/Leitzersdorf; hier wäre ein gemeinsames Vorgehen mit der Gemeinde Leitzersdorf sinnvoll anzustreben.

- Sanierung der bestehenden Radroute Stockerau – Oberolberndorf im Abschnitt von Postmühlwehr bis zur Gemeindegrenze Stockerau/Sierndorf (die Weiterführung in Sierndorf ist bereits gegeben). Es ist wirklich der Stockerauer-Abschnitt, der im schlechtesten Zustand ist von der Asphaltoberfläche.
- Stockerau – Spillern; Sanierung des Abschnittes südlich entlang der A22 von Kaiserrast bis Gemeindegrenze Stockerau/Spillern (auch dort ist die Weiterführung ab der Gemeindegrenze in Richtung Spillern mit einer wirklich hervorragenden Asphaltoberfläche bereits gegeben)
- An dann auch noch natürlich kleinere Stockerau bezogene Themen.
Die Verbindung in die Katastralgemeinde Leitzersbrunn wäre hier eine Möglichkeit oder ein
- Lückenschluss vom Siedlungsgebiet Neuriss zum Senningbachradweg und weiter zum Donauradweg.

Durch diese Radwege, größtenteils durch Befestigung oder Belagssanierung von bestehenden Wegen, könnten durchgehende Radwegverbindungen in die Katastral- und Umlandgemeinden rasch und attraktiv hergestellt werden können. Diese Maßnahme steht ja auch im Einklang mit dem 28-Punkte-Klimaprogramm für Stockerau, das unter Punkt 17 die Erweiterung des Radwegenetzes vorsieht.

Die Einreichungen sind ab Juli 2020, also bereits jetzt möglich.

Als Umweltgemeinderat empfehle ich natürlich, dass wir für die umwelt- und klimafreundliche Mobilitätsform des Radverkehrs diese Fördermittel für Stockerau lukrieren sollten, zumindest für Teile der angeführten Verbindungen, indem eine konkrete Fördereinreichung ausgearbeitet wird.

2. Schutz des bestehenden Baumbestandes im städtischen öffentlichen Raum

Im 28-Punkte-Klimaprogramm für Stockerau steht unter Punkt 12 und 13 die Pflanzaktionen und Baumpatenschaften. Aus der jüngeren Erfahrung wäre es aus meiner Sicht wichtig und eine Empfehlung, bestehenden und gesunden zukunftstauglichen Baumbestand im öffentlichen Raum mehr Augenmerk beigemessen. Diese Bäume, ältere Stadtbäume leisten einen ganz, ganz wichtigen Beitrag zum Stadtklima. Ein alter Stadtbaum ist schnell umgeschnitten, aber es dauert mehrere Jahrzehnte, bis ein neuer Baum wieder eine entsprechende Klimawirkung in Bezug auf Schatten, Verdunstung, Kühlung entfalten kann. Entsprechende Fachinformationen gibt es beim Baumtag. Da treffen sich die Experten und die haben das ganz gut ausgerechnet, wie lange das dauert, so einen Baum wieder zu ersetzen.

Vorbildlich ist die Stadt Wien, die mit dem Baumbestand sehr sorgsam umgeht, sowohl bei Sanierungsmaßnahmen (Foto 1) und mittlerweile wird Altbaumbestand auch in Neubausiedlungsprojekte eingebettet (siehe Foto 2). Also hier wird aus meiner Sicht sehr besonnen umgegangen. Das ist in meinem Bericht auch mit Fotos dokumentiert.



Foto 1



Foto 2

Ich würde daher empfehlen, dass wir eben den Schutz des Baumbestandes in dieses Klimaschutzprogramm aufnehmen, natürlich ausgenommen Bäume, die eine Gefahr in Verzug darstellen. Da ist natürlich anderwärtig vorzugehen. Das ist ja überhaupt keine Frage. Dieses Thema würde ich gerne im kommenden Umweltausschuss besprechen.

3. Luftgüte

Im Zusammenhang mit Covid möchte ich hier die Berichterstattung aus dem letzten Gemeinderat weiter führen und habe die öffentlich, zugänglichen der Luftgütemessstelle Rudolf-Diesel-Straße für die Monate Mai und Juni ausgewertet und ins Verhältnis zum Vorjahr gesetzt.

Feinstaub PM10 (Tagesmittelwerte)

PM10	1.5.-31.5.	1.6.-30.6.	1.5.-30.6.
2019	13 µg/m3	21 µg/m3	17 µg/m3
2020	13 µg/m3	10 µg/m3	12 µg/m3
Vergleich	-1 %	-51 %	-31 %

Stickstoffdioxid NO₂ (Tagesmittelwerte)

NO ₂	1.5.-31.5.	1.6.-30.6.	1.5.-30.6.
2019	18 µg/m3	16 µg/m3	17 µg/m3
2020	15 µg/m3	13 µg/m3	14 µg/m3
Vergleich	-17 %	-17 %	-17 %

Beim Feinstaub kam es in der Zweimonatsbetrachtung zu einer Reduktion gegenüber dem Vorjahr um 31%, wobei hier zwischen Mai und Juni größere, möglicherweise witterungsbedingte Schwankungen auftreten. Beim Stickstoffdioxid betrug die Belastungsreduktion in beiden Monaten Mai und Juni 17% gegenüber dem Vorjahr. Die Reduktionen liegen somit in einer ähnlichen Größenordnung wie zuletzt für die Vormonate berichtet.

Mittlerweile liegen auch die Zählwerte der A22 für den Monat Mai 2020 auf der Homepage der ASFinAG öffentlich zugänglich vor.

DTVMS (Mo-So)	1.5.-31.5.2019	1.5.-31.5.2020	Veränderung
Kfz	67 992	47 701	-30 %
Kfz > 3,5t hzG	4 619	3 890	-16 %
Kfz <= 3,5t hzG	63 374	43 811	-30 %

DTVMS = durchschnittlich täglicher Verkehr Montag-Sonntag

Der Verkehrsrückgang (Gesamtverkehr) im Mai 2020 gegenüber dem Vorjahr 2019 betrug 30%, beim Schwerverkehr betrug der Rückgang 16%. Aus den sehr ähnlichen Veränderungsraten beim Verkehrsaufkommen und der Luftschadstoffbelastung kann ein erheblicher Einfluss der A22 auf die Luftgüte in Stockerau angenommen werden.

Umso wichtiger ist es eben hier, ganz genau bei dieser Projekteinreichung der Asfinag darauf zu schauen, dass wir hier mit unserer Lebensqualität auch in Zukunft ein lebenswertes Umfeld vorfinden.

Vizebürgermeister Falb: Danke für den Bericht. Es ist ein Bericht, der eine ganze Reihe von Recherchen-Ergebnissen insbesondere enthält, sehr wenig an Aktivitäten. Diese Kritik sei mir erlaubt, aber ich finde es trotzdem wahnsinnig gut, dass all diese Dinge transparent gemacht werden und aufgelistet werden. Mir war z.B. nicht bewusst, ehrlicherweise, die neuen Fördermöglichkeiten im Radverkehr. Wir haben einen wirklich sehr nützlichen Hinweis gefunden. Mich hätte interessiert, wie es jetzt konkret mit den Baumpatenschaften aussieht, was uns da jetzt zu erwarten ist. Gibt es da irgendwelche Zielwerte, die man erreichen will? Wie werden die Geschichten beworben? Was ist mit den Schildern eigentlich, die wir uns vorgenommen haben, die wir auf die Bäume anbringen wollen? Was ist für ein Potential, was gibt es da für mögliche Standorte?

Das Wien vorbildlich ist in vielen Bereichen. Ich bin selbst ein sehr großer Wienfan, ich bin ein Halbtagswiener. Der Hinweis, dass die Stadt Wien sehr vorbildlich mit dem Baumbestand umgeht – da habe ich nur die Rodungsskandale bei den Steinhof-Gründen 2017 und 2019 – also auch in Wien wird der eine oder andere Baum einmal gefällt im Zuge einer Sanierung oder eines Neubaus.

Die Luftgütedaten finde ich auch hochspannend im Kontext der A22, weil du Didi erwähnt hast, dass die Asfinag usw. auf unsere Lebensqualität usw. schauen soll. Meine Frage war, was in Hinblick auf die grüne Umweltministerin es Kontakte allenfalls gegeben hat und Bemühungen, um hier zu einem positiven Resultat zu kommen in unserem laufenden Verfahren. Ich gehe davon aus, dass es da sehr gute Kontakte gibt und auch Informationen, über die man irgendeinmal auch meiner Meinung nach reden können. Muss nicht in diesem öffentlichen Rahmen sein, aber ich glaube, dass da eine gewisse Information nützlich wäre.

Und ganz zum Schluss noch, was mich vom Stand ASZ, wie da deine Einschätzung und dein Projektstand, soweit er von dir betrieben wird, ist.

Gemeinderat Franta: Wir haben nicht auf eine grün-türkise Regierung warten müssen im Jahr 2020 für Radschnellverbindungen. Nein, es gibt seit 2013 bereits vom Land NÖ ein Radgrundnetz, wo Stockerau Teil davon ist. Es gibt Pläne zu den Überortverbindungen. Zusätzlich können diese Pläne, in denen Stockerau vorkommt, bei der Energie- und Umweltagentur des Landes eingesehen werden. Zusätzlich diese ganzen Förderungen, die es gibt, gibt es auch seit etlichen Jahren vom Land NÖ. Es gibt Förderungen für Alltagsradschlüsselprojekte bis maximal € 100.000,-- und 50% der Summe. Zusätzlich gibt es auch Förderungen für Radverbindungen

außer Orts. Also, ich möchte darauf Stellung beziehen, dass wenn nicht auf 2020 warten mussten, das Land NÖ ist bereits seit sieben Jahren aktiv.

Stadtrat Pfeiler: Auf deine Fragen, Martin. Ich denke, du hast es eh vorweggenommen die Thematik Kontakte ins Ministerium, können wir gerne in einer kleineren Runde besprechen. Herausgreifen möchte ich in meiner Beantwortung das Thema Beschilderung der Bäume – wie geht es mit den Baumpatenschaften weiter. Also, es treffen laufend sowohl über Online-Anmeldungen wie auch bei mir, wie auch beim Bauhof Anfragen über weitere Baumpatenschaften ein. Die werden, soweit sie bei mir eintreffen, alle beantwortet, weitergeleitet und in Evidenz genommen für die nächste Bepflanzungssaison im Herbst/Winter 2020/2021. Vor Beginn der Pflanzungssaison werden wir sicher wieder die Möglichkeit eingeräumt bekommen, denke ich, in der Stadtzeitung dafür wieder Werbung zu machen. Die Beschilderung ist insofern in Vorbereitung, dass die Beschilderung derzeit gestaltet wird. Das sind die Layout-Vorschläge, die liegen am Tisch. Andrea, du hast es, glaube ich, auch bei dir am Schreibtisch. Da geht es jetzt darum, das Layout auszuwählen. Entwurfsideen habe ich übermittelt an die Kollegin, die dann das sehr rasch umgesetzt hat, auch in verschiedenen Varianten. Und da liegt es jetzt an dir Andrea, die Letzttauswahl vorzunehmen. Dann können wir schon in die Beschilderung der Baumpatenschaften einsteigen.

Vizebürgermeister Falb: Wie viele haben wir derzeit aktuell? Und wie viele Interessentenbekundungen? Wissen wir das ungefähr?

Stadtrat Pfeiler: Ja, ich habe das in der letzten Gemeinderatssitzung berichtet, wie viele Baumpatenschaften wir hatten. Ich habe jetzt die Zahl nicht mehr im Kopf, aber sie wurde das letzte Mal berichtet. Es war im Bereich 30 bis 40, wenn ich mich jetzt richtig erinnere, aber bitte mich nicht festnageln. Bitte im letzten Protokoll nachschauen. Danke.

Vizebürgermeister Falb: Die Interessensbekundung jetzt für die kommende Pflanzsaison, damit wir da ein bisschen Gas geben können alle miteinander.

Stadtrat Hödl: Du hast einige Radwegvorschläge gemacht. Wir haben am 09.07. einen Verkehrsausschuss gehabt. Ich denke einmal, dass die Erkenntnisse, was wir machen können, nicht erst heute gekommen sind. Es wäre schön gewesen, wenn wir das schon am 09.07. in die Wege hätten leiten können. Und das zweite: Es gibt seit Ende Juni 2019 Aufgrabungsrichtlinien der Stadtgemeinde Stockerau, wo auf den Seiten 22 bis 26 zwingende Maßnahmen zum Baumschutz festgelegt sind.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Um 21:17 Uhr wird die Sitzung für eine kurze Pause unterbrochen.

Um 21:30 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Gemeinderat Ćorković verlässt die Sitzung (21:30 Uhr).

X. Anträge der Bürgermeisterin

1.) Änderung der Zusammensetzung der Schulgemeindeausschüsse

Sachverhalt:

Bürgermeisterin Völkl: Aufgrund der Gemeinderatswahlen 2020 ist auch die Zusammensetzung der Vertreter der Stadtgemeinde Stockerau und der sprengelangehörigen Gemeinden neu zu berechnen.

Nach der Gemeinderatswahl 2019 in Stockerau blieb die Anzahl der Vertreter gleich, auch die Aufteilung der Parteien bei der Stadtgemeinde Stockerau. Es wurde nur eine Ergänzungswahl mit neuen Personen durchgeführt.

Bei der Neuberechnung werden die Schülerzahlen der letzten drei Jahre herangezogen und ein Durchschnitt berechnet. Daraus ergibt sich die Anzahl der Vertreter. Welche Gemeinde wie viele Vertreter in einem Ausschuss hat, berechnet man durch die D'Hondtsche-Berechnung. Danach wird die Anzahl der Vertreter, die der Stadtgemeinde Stockerau zugesprochen wurden, durch die D'Hondtsche-Berechnung auf die einzelnen Parteien aufgeteilt.

Das ergibt:

Mittelschulgemeinde:

Durchschnitt der Schülerzahl:	370 Schüler	
Von 301 bis 500 Schüler:	11 Vertreter	
Aufteilung:	8 Vertreter für Stockerau	vorher 9
	3 Vertreter für sprengelangehörige Gem.	vorher 2
Aufteilung auf Parteien:	ÖVP	4 Vertreter (vorher 5)
	SPÖ	3 Vertreter (vorher 3)
	GRÜNE	1 Vertreter (vorher 1)

D.h. bei der Fraktion der ÖVP muss ein gewähltes Ausschussmitglied abberufen werden.
Derzeit ist vertreten: Bgm. Völkl, GR Handschuh, GR Kopf, StR Hödl, GR Franta

Abberufen soll werden: StR Ing. Mag. Hödl Herwig

Sonderschulgemeinde:

Durchschnitt der Schülerzahl:	40 Schüler	
bis 100 Schüler:	7 Vertreter	
Aufteilung:	4 Vertreter für Stockerau	vorher 5
	3 Vertreter für sprengelangehörige Gem.	vorher 2

Aufteilung auf Parteien:	ÖVP	3 Vertreter (vorher 3)
	SPÖ	1 Vertreter (vorher 2)

D.h. bei der Fraktion der SPÖ muss ein gewähltes Ausschussmitglied abberufen werden.
Derzeit ist vertreten: GR Riedler, GR Rosenberger

Abberufen soll werden: GR Mag. Riedler Corinna

Polytechnische Schulgemeinde:

Hier gibt es keine Änderung.

Durchschnitt der Schülerzahl:	37 Schüler	
bis 100 Schüler:	7 Vertreter	
Aufteilung:	5 Vertreter für Stockerau	vorher 5
	2 Vertreter für sprengelangehörige Gem.	vorher 2

Aufteilung auf Parteien:	ÖVP	3 Vertreter (vorher 3)
	SPÖ	2 Vertreter (vorher 2)

Der Gemeinderat wird um Kenntnisnahme ersucht.

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle zur Kenntnis nehmen:

Aufgrund der Neuberechnung der Vertreter in den Schulgemeindeausschüssen werden

in der **Mittelschulgemeinde**

StR Ing. Mag. Hödl Herwig (ÖVP)

und in der **Sonderschulgemeinde**

GR Mag. Riedler Corinna (SPÖ)

abberufen.

Beschluss: einstimmig zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

2.) Anstrebung der Auszeichnung "Natur im Garten" Gemeinde

Sachverhalt:

Bürgermeisterin Völkl: Die Stadtgemeinde Stockerau strebt die Auszeichnung als „Natur im Garten“ Gemeinde an und verpflichtet sich in Zukunft folgende Kriterien bei der Pflege und Gestaltung ihrer Grünräume zu berücksichtigen:

- Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide, stattdessen wird nach biologischen Prinzipien gestaltet und gepflegt: standortgerechte Pflanzenwahl, Förderung natürlicher Gegenspieler und Einsatz biologischer Stärkungs- und Pflanzenschutzmittel
- Verzicht auf chemisch-synthetische Düngemittel, stattdessen wird organisch gedüngt, um ein gesundes Bodenleben zu fördern, eine gleichmäßige Nährstoffzufuhr zu sichern und widerstandsfähige Pflanzen zu erhalten
- Verzicht auf Torf und torfhaltige Produkte, weil Torf aus Mooren gewonnen wird. Moore sind seltene Biotope, sie zählen zu den wichtigsten CO₂-Speichern der Erde und werden durch den Torfabbau unwiederbringlich zerstört.
- Schutz von ökologisch wertvollen Grünraumelementen (Bäumen, Alleen, Hecken, naturnahe Wiesen, Feucht- und Trockenbiotope, etc.).
- Umstellung der Grünraumpflege auf ökologische Wirtschaftsweisen, wie z.B. Verwendung von Pflanzenstärkungsmittel, biologische Pflanzenschutzmittel oder nichtchemische Beikrautbekämpfung.
- Bei neu zu schaffendem Grünraum oder Umgestaltung bestehenden öffentlichen Grüns werden vorwiegend standortgerechte, regionaltypische und ökologisch wertvolle Pflanzen verwendet.
- Die Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der ökologischen Pflege des Grünraums sowie bei Neu- und Umgestaltungen soll verstärkt werden.

Bei der Umsetzung der oben angeführten Maßnahmen erzielt die Gemeinde einen Gewinn durch eine höhere Lebensqualität für alle. Sie zeichnet sich dadurch als nachhaltig agierende Gemeinde aus, mit Vorbildwirkung für Ihre Bürgerinnen und Bürger.

Bei der Umsetzung einer ökologischen Grünraumbewirtschaftung wird die Stadtgemeinde Stockerau durch ein Bildungsprogramm für die im Grünraum zuständigen MitarbeiterInnen unterstützt sowie von „Natur im Garten“ BeraterInnen begleitet.

Nach einem positiven Gemeinderatsbeschluss wird der Stadtgemeinde Stockerau die Auszeichnung „Natur im Garten“ Gemeinde als Tafel verliehen.

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Anstrengung der Auszeichnung „Natur im Garten“ Gemeinde mit der Verpflichtung, die im Sachverhalt angeführten Kriterien zu berücksichtigen, wird beschlossen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

XI. Anträge des Stadträte

a) Ref. III - Finanzen

1.) Zahlungsvereinbarung über die Leistung eines Baukostenzuschusses für die Errichtung der Rot Kreuz Bezirksstelle Korneuburg

Sachverhalt:

Stadtrat Dummer: Mit Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 19.02.2020 wurde der Kostenanteil der Stadt Stockerau am Neubau der Rot Kreuz Bezirksstelle Korneuburg mit € 300.573,-- festgelegt und genehmigt.

Für die Regelung der Zahlung gab es drei Varianten. Das eine ist, wir zahlen es in drei Jahresraten, und die zweite Variante war das auf 10 Jahre zu finanzieren, gemeinsam mit dem Roten Kreuz, das ein Darlehen dafür aufnimmt, dass wir uns da einfach anhängen. Die dritte Variante ist, dass wir es selbst finanzieren, eigenes Darlehen ausschreiben. Vorgeschlagen wird jetzt, dass die Stadtgemeinde Stockerau sich verpflichten soll, den Betrag von € 300.575,-- innerhalb von 10 Jahren zu begleichen. Der zur Anrechnung gelangte Zinssatz ist mit 0,8750% p.a. auf die gesamte Laufzeit fixiert. Die Zahlungen erfolgen jeweils am 1.3, 1.6., 1.9., und 1.12. jeden Jahres, wobei die erste Zahlung am 1.3.2022 fällig wird. Die Abwicklung erfolgt über ein Konto bei der Sparkasse Korneuburg.

Diese Finanzierungsvariante hat den Vorteil, dass der gesamte Betrag nicht sofort fällig wird und daher die Stadt selbst kein Darlehen ausschreiben muss. Der vereinbarte Zinssatz liegt im Rahmen des derzeitigen Zinsniveaus. Es sichert uns eine gewisse Liquidität, wenn wir das in Raten bezahlen.

Der Gemeinderat wird daher ersucht, die Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und dem Österreichischen Roten Kreuz zu oben genannten Bedingungen zu genehmigen.

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband NÖ, Bezirksstelle Ernstbrunn-Korneuburg-Stockerau über die Zahlung eines Baukostenzuschusses in Höhe von € 300.573,-- für den Neubau der Bezirksstelle Korneuburg mit einer Laufzeit von 10 Jahren, beginnend mit 1.3.2022 – und einem Fixzinssatz von 0,875% p.a. wird genehmigt.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	1178
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

2.) Ankauf eines Containers für Oberzögersdorf

Sachverhalt:

Stadtrat Dummer: Die Dorfgemeinschaft ist an uns herangetreten und sie haben da die Vorarbeiten geleistet. Sie wollen für die Jugend einen eigenen Container beim Fußballplatz zur Verfügung stellen. Das ist ein Wunsch der Dorfgemeinschaft und der Dorfjugend. Sie haben sich da erkundigt. Die Fa. Containex hat zwei sehr gut erhaltene, gebrauchte Container, die dafür geeignet wären.

Für die Katastralgemeinde Oberzögersdorf soll ein Container mit den Abmessungen 6m x 5m x 2,80 m bei der Fa. Containex Container-HandelsgesmbH zu einem Preis von € 4.000,-- netto angekauft werden. Der Transport und die Entladung würden € 380,-netto und die Montage € 450,-- netto betragen.

Diese Containeranlage würde dann die bereits vorhandenen Container, die von den Senioren genutzt werden, und den WC-Container ergänzen.

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Ankauf eines Containers mit den Abmessungen 6m x 5m x 2,80 m bei der Fa. Containex Container-HandelsgesmbH zu einem Preis von € 4.000,-- netto sowie die Kosten für Transport und Montage in Höhe von € 830,-- netto werden genehmigt.

Das ist im Budget nicht vorgesehen. Es ist eine außerbudgetäre Maßnahme und würde in dem Nachtragsvoranschlag dann aufgenommen werden.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

3.) — Ersatzanschaffung KFZ für Hauptverwaltung — Botendienste

abgesetzt

4.) Ankauf von zwei Großspielanlagen für Kindergärten

Sachverhalt:

Stadtrat Dummer: Bei der letzten Spielplatzüberprüfung nach ÖNORM EN 1176-7 (jährliche Hauptprüfung) vom 09.12.2019 durch die Firma HWZ Wallner KG, wurden massive Mängel bei 2 Spielanlagen in den Kindergärten Kloster und Europa festgestellt.

Spielanlagen sind ein wesentlicher Bestandteil für den Außenbereich eines Kindergartens, eine Sperre durch den Sachverständigen wäre eine unzumutbare Beeinträchtigung für unsere Kindergartenkinder.

Beide Spielanlagen sind mehrere Jahrzehnte alt und eine Sanierung wäre aufgrund des Zustandes unwirtschaftlich.

In Absprache mit den betreffenden Kindergartenleitungen wurde ein Kostenvoranschlag für beide Spielanlagen bei der Firma Fritz Friedrich eingeholt. Fritz Friedrich hat schon mehrere Spielanlagen für die Stadtgemeinde Stockerau konzipiert und aufgestellt. Ein zweiter Kostenvorschlag wurde in der KW 23 bei einer weiteren Firma in Auftrag gegeben, zum gegenwertigen Zeitpunkt liegt dieser noch nicht vor.

Das eingelangte Angebot von der Firma Fritz Friedrich wurde von der Stadtgemeinde Stockerau geprüft und sieht für die Anschaffung und den Aufbau beider Spielanlagen einen Gesamtbetrag von € 24.441,81 inkl. MwSt. vor.

Die Stadtgemeinde Stockerau bringt in Eigenregie den Fallschutz für beide Spielanlagen ein, eine Fremdvergabe für diese Leistung wird nicht benötigt und wäre auch nach einer Kostenschätzung unwirtschaftlich. Die Regiearbeiten werden intern mit € 4.500,-- beziffert. Den Fallschutz stellen wie bei der Gelegenheit um auf Kies. Bisher war dort Rindenmulch, der

das Problem hat, das er sich relativ schnell zusammensetzt und auch zu faulen beginnt. Den Kies haben wir von der Fa. Rohrdorfer gratis bekommen. 50 t haben wir schon und 50 t holen wir noch.

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Beide Spielanlagen in den Kindergärten werden adäquat ersetzt und mit der Durchführung der erforderlichen Leistung wird folgende Firma beauftragt:

Firma Fritz Friedrich, Kühau 8, 8130 Frohnleiten mit einer Auftragssumme € 24.441,82 inkl. MwSt.

Regieleistungen für den Fallschutz in der Höhe von € 4.500,-- werden von der Stadtgemeinde Stockerau durchgeführt.

Das Vorhaben ist im Voranschlag 2020 nicht budgetiert und wird im ersten Nachtragsvoranschlag 2020 enthalten sein.

Gemeinderätin Gübler: Eine Frage, weil gerade erwähnt wurde der Kies als Fallschutz. Das gleiche ist ja beim Erholungszentrum auch verwendet worden. Da sind mittlerweile schon ein paar Beschwerden von Eltern an mich herangetreten. Die sagen, das ist nicht ideal für die Kinder- Da gibt es offene Knie und Verletzungen. Kann man da nicht irgendwelche Matten machen? Früher waren eher Matten. Der Rindenmulch ist mir auch klar, das ist auch nicht gerade das Ideale für Kleinkinder, aber der Kies absolut nicht, finde ich.

Bürgermeisterin Völkl: An und für sich ist das vom Land NÖ sehr streng geregelt. Da gibt es genaue Vorschriften, wie der Fallschutz aussehen muss. Da sind einerseits der Rindenmulch und andererseits dieser feine Kiesel. Das ist etwas ganz spezielles. Der Rindenmulch setzt sich sehr schnell zusammen, dass er dann hart ist und dann erfüllt er die Funktion des Fallschutzes nicht mehr. Er verkommt auch recht und wenn das dann feucht ist und schimmelt darunter, ist das vom Hygienischen auch nicht mehr ok. Mit dem Kiesel, das war auch im Bad bei uns so der Hintergedanke und das ist auch so, da können die Kinder auch mit einem Kübel zusätzlich noch spielen.

Gemeinderätin Gübler: Aber wie gesagt, nicht ideal.

Bürgermeisterin Völkl: Auch beim Rindenmulch passieren Verletzungen, wenn die Kinder stürzen.

Gemeinderätin Gübler: Das ist klar.

Bürgermeisterin Völkl: Die Matten verwittern auch. Wir können es sich noch einmal ansehen, aber wir haben das jetzt probiert, auch weil wir die Kooperation mit der Fa. Rohrdorfer haben. Wir haben in einigen Kindergärten das ja auch schon und da sind die Pädagoginnen eigentlich sehr zufrieden damit.

Gemeinderätin Gübler: Ich kann nur sagen, dass Beschwerden vom Erholungszentrum der Eltern gekommen sind, wegen der Verletzungsgefahr von dem Kiesel.

Stadtrat Dummer: Es ist ein sehr feiner Kies. Wir haben eben schon im Schafarik-Kindergarten und auch im Kloster-Kindergarten diesen Fallschutz teilweise mit Kies. Und da heben wir eben die Erfahrungsberichte eingeholt und die Kindergartenpädagoginnen und die Leiterinnen waren eigentlich sehr zufrieden und auch sehr dafür, dass wir das austauschen.

Gemeinderätin Gübler: Und die Matten – gibt es die nimmer mehr?

Stadtrat Dummer: Ich denke, die sind nicht mehr zulässig, aber im Detail weiß ich es nicht.

Bürgermeisterin Völkl: Wir nehmen das Thema mit und besprechen es noch einmal.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ich finde es gut, dass diese Anschaffungen von den Großspielanlagen in Angriff genommen werden. Ich habe ein paar Fragen auch vorbereitet an die Frau Bürgermeisterin oder an dich als Stadtrat. Und zwar danke erstens einmal für die Ausführung zum Kostenvoranschlag. Da habe ich eine Frage vorbereitet gehabt, und du hast gesagt, es ist nicht nachgereicht worden nach dem 23. Juni. Die Frage ist aber trotzdem, könnte in Zukunft vielleicht an zwei, drei Firmen ein Kostenvoranschlag ausgeschickt werden, damit man dann Vergleichsangebote hätten. Dieser Betrag erscheint hoch für die Spielgeräte, ist aber eh in dem Bereich. Die sind einfach kostenintensiver. Aber in Zukunft bitte ich um zeitnahe Aussendung.

Stadtrat Dummer: In der 23. Kalenderwoche haben wir den schon ausgeschickt.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ja, Anfang Juni, genau. Die zweite Geschichte ist, wie schaut es mit Sonnenschutz aus bei diesen Großspielanlagen allgemein? Ist daran gedacht? Weil gerade in den Sommermonaten ist oft dort eine große Sonneneinstrahlung.

Stadtrat Dummer: Ist nicht vorgesehen. Ist dort auch nicht möglich. Wir haben Sonnenschutz in allen Kindergärten, bei den Sandspielplätzen hauptsächlich und eben auch bei den Wasserspielplätzen. Aber diese Geräte sind relativ hoch. Nach Möglichkeit versuchen wir sie dort zu platzieren, wo ein Naturschatten ist, wo entsprechend Bäume sind. Aber explizit ist das da nicht enthalten, ein Sonnenschutz.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Gut. Und dann noch zum Thema Fallschutz, aber das wurde jetzt eh geklärt oder erörtert. Und das nächste ist, wir hatten das im Bildungs- und Sozialausschuss und ich bin verwundert zur Vorgehensweise hier bei uns im politischen Gremium, warum das unter Finanzen und nicht unter Bildungs- und Sozialausschuss drinnen ist, obwohl wir das kurz angerissen haben.

Stadtrat Dummer: Weil es primär um die Finanzierung geht, aber das ist im Prinzip.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ich dachte schon auf so eine Antwort, aber da möchte ich generell sagen, da müssten die meisten oder fast alle Punkte unter Finanzen sein. Das sei hier einmal gesagt von meiner Seite.

Bürgermeisterin Völkl: Stadtrat Dummer hat sich der Sache angenommen. Die Kindergärtnerinnen, die Pädagoginnen sind direkt zu mir gekommen und ich muss da jetzt ehrlich sagen, das ist ein wenig eine Altlast, was in den letzten Jahren nicht passiert ist. Die Kindergärten und die Schulen hat ja jetzt Philipp Lampl, wo die Fäden zusammenlaufen und Herr Stadtrat Dummer hat das begleitet.

Stadtrat Dummer: Es sind halt diese Mängel schon seit mehr als fünf Jahren, immer wieder dokumentiert. Jetzt sind sie halt so grob, dass nichts mehr zu reparieren ist. Die Geräte sind aber an sich alt, aber im Prinzip hat der Gutachter immer wieder, jedes Jahr machen wir diese Überprüfung, darauf hingewiesen. Jetzt hat er gesagt, jetzt geht es nicht mehr, jetzt müssen wir sperren.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ich bedanke mich auch für dieses Engagement. In Zukunft, ich bin Teilnehmerin beim Bildungs- und Sozialausschuss und ich würde mir wünschen, dass die Mitglieder von dem, Ausschuss hier auch betraut werden und dass diese Themen vielleicht auch im Bildungsausschuss behandelt werden – adressiert an meine Stadträtin.

Stadtrat Dummer: Ich möchte aber nur ergänzend sagen. Es gibt eine ganze Liste von Mängeln. Das sind jetzt nur diese zwei Spielgeräte, aber es gab eine unendlich lange Liste an Mängeln bei den Schaukeln, bei den Sandkisten, der Sand nicht ausgetauscht oder so. Da wurde eben Herr Deutsch vom Bauhof damit befasst und eben auch die Tischler und da hat es jemanden gebraucht, der das koordiniert. Und nachdem ich mit Herrn Deutsch in einem sehr engen Austausch stehe, hat dann eben Herr Lampl dankenswerterweise sehr viel Arbeit in diese Richtung investiert, den Zustand zu erheben. Wir haben das alles besichtigt in den Kindergärten. Haben geschaut, was kann man mit unseren Handwerkern machen. Da haben wir auch schon vieles bereinigt. Wir haben viele Spielgeräte gerettet und Mängel behoben. Das sind halt jetzt sozusagen die Spitze vom Eisberg, die zwei, da ist nichts mehr zu machen, die müssen wir jetzt sanieren. Es hat uns doch ein paar Monate auf Trab gehalten, vor allem Herrn Lampl und Herrn Deutsch und mich haben sie immer nur gefragt, können wir uns das leisten.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

5.) Kindergarten Schafarik - Verbesserungsmaßnahmen

Sachverhalt:

Stadtrat Dummer:

Durch die bauliche Gestaltung des Kindergartens ergibt sich in den Sommermonaten eine massive Sonneneinstrahlung auf diverse Gruppenräume. Die Raumtemperaturen steigen nachweislich auf bis zu 37 Grad. Ein untragbarer Zustand für unsere Kindergartenkinder und Angestellte.

Es besteht daher die Absicht, in den betroffenen Gruppenräumen eine bauliche Adaptierung in Form von Außenrollos oder Verdunkelfolien vorzunehmen. Eine gleichzeitige Umsetzung beider Maßnahmen wäre aus derzeitiger Sicht nicht sinnvoll.

Basierend auf einen Kostenvoranschlag für Verdunkelfolien (KV in der Beilage) und einer vorläufigen Kostenschätzung für die Option mit Außenrollos, übersteigen die Kosten keine € 10.000,00.

Aufgrund des akuten Handlungsbedarfs vor den heißen Sommermonaten und in Hinblick auf den fehlenden KV für die Außenrollos wird eine Deckelung des Gesamtbetrages in Betracht gezogen.

Ursache dafür sind zum einen die großen Fensterflächen und zum anderen das Blechdach mit der sehr geringen Dämmung. Es ist ein flaches Blechdach, sind nur 12 cm Dämmung. Auch das haben wir uns sehr genau angesehen und eben versucht, wie können wir das ehestmöglich sanieren. Wir haben für das Blechdach und für die Verbesserung der Dämmung einen Kostenvoranschlag eingeholt. Da ist der erste mit € 66.000,--. Das ist heuer nicht wirklich machbar, braucht auch einen gewissen Vorlauf und eine Planung. Und eine Sofortmaßnahme, die man umsetzen könnte, die sinnvoll wäre, ist, dass man eben aus einem Mix mit Rollläden, mit alugeschäumten Rollläden bei den großen Fenstern, und mit Thermofolien zumindest die ost- und südseitigen Fenster von der Sonneneinstrahlung schützt, damit es eben nicht mehr zu dieser Überwärmung kommt. Wir sehen einen dringenden Handlungsbedarf. Basierend auf den Kostenvoranschlägen, die wir bis jetzt bekommen für die Verdunkelfolien. Will man alles mit Verdunkelfolien macht, wären das € 8.000,-- + MwSt. und für Außenrollos haben wir einmal ein erstes Angebot bekommen, das sich auf € 6.000,-- plus MwSt. beläuft für einen Teil der Fenster. Aus dem heraus können wir sagen, dass die Kosten dieser Maßnahmen die € 10.000,-- nicht übersteigen werden inkl. MwSt. Und nachdem akuter Handlungsbedarf ist, in dem Fall würden wir schon noch ganz gerne ein paar Kostenvoranschläge einholen. Die haben wir auch angefordert, aber bisher nur überall einen bekommen. Wir ersuchen, dass wir ein Budget bekommen für die Sanierung. Budgetiert ist es nicht, müssten wir auch in den Nachtragsvoranschlag aufnehmen. Aber wir wollen so rasch wie möglich, dort Maßnahmen setzen, um gegen diese Überwärmung irgendetwas zu unternehmen.

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtgemeinde Stockerau beschließt einen Kostenrahmen von € 10.000,-- für Maßnahmen zur Eindämmung der Hitze in den Gruppenräumen des Schafarik-Kindergartens und des Turnsaals. Das Vorhaben ist, wie gesagt, im Voranschlag 2020 nicht budgetiert und wird im 1. Nachtragsvoranschlag 2020 enthalten sein.

Gemeinderätin Gübler: Eine Frage zu den Verdunklungsfolien. Ist es da nicht recht finster, braucht man da nicht recht viel künstliches Licht, wie stellt man sich das vor?

Stadtrat Dummer: Im Sommer, wenn es eben sehr hell ist, ist es von außen nicht einsichtig, aber sehrwohl von innen nach außen sehr gut durchsichtig diese Folie. Wenn es umgekehrt ist, wenn es draußen finster ist und drinnen das Licht brennt, dann sieht man zwar nicht hinaus aber gut hinein. Darum würden wir diese Folie eher bevorzugen, oben im Turnsaal gibt es so eine Galerie von Fenstern, die Oberlichter, dass wir dort die Folien verwenden, und dass wir im unteren Bereich in den Gruppenräumen die Rollläden verwenden.

Gemeinderätin Gübler: Ist z.B. auch angedacht gewesen eine Klimaanlage? Ist das einmal durchdacht gewesen?

Bürgermeisterin Völkl: Man muss sagen, dass ist eine Notmaßnahme, die überschaubar ist. Das Haus ist baulich für einen Kindergarten nicht optimal geeignet. Das muss man sagen und das war es von Anfang an nicht. Die Räume sind zu niedrig und der Turnsaal ist eigentlich ein Backofen. Das sind jetzt einmal die ersten Maßnahmen, dass man heuer über den Sommer kommt. Was man dann weiterführend machen muss, das muss man eh schauen. Aber das sind andere Kosten, die schüttelt man nicht aus dem Ärmel.

Stadtrat Dummer: Klimaanlage wäre natürlich wesentlich teurer. Das ist das eine und dann es ist auch technisch aufwendiger, weil ja die Leitungen dafür nicht vorgesehen sind, weder die Stromleitungen noch die ganzen Außengeräte und all diese Dinge. Ebenso wie wir überlegt haben, ob wir beim Dach etwas machen kann. Das war auch eine Überlegung, aber da sind auch die Kosten € 66.000,-- und die Handwerker sind alle gut ausgelastet. Die Vorlaufzeiten, wenn ich heute einen Handwerker möchte, da sind zwei, drei Monate nichts. Für uns ging es eben darum, dass wir sagen, wie können wir rasch mit einem vertretbaren Aufwand, € 10.000,-- ist auch kein Taschengeld, aber mit einem vertretbaren Aufwand da zumindest eine Verbesserung erreichen. Das Ideale wäre natürlich eh, wäre auch für mich das liebste, 25 Grad den ganzen Sommer.

Gemeinderätin Gübler: Ich finde es eh eine tolle Idee und sofort reagiert. Wie gesagt, war nur eine Frage wegen der Klimaanlage, ob die auch angedacht wird.

Stadtrat Dummer: Sicher berechtigt. Wir haben schon vor, eben dann für das nächste Jahr ein Gesamtkonzept für diesen Kindergarten zu erarbeiten. Das ist wirklich nur eine Notfallsmaßnahme.

Stadträtin Steuer: Lieber Gerhard, ich möchte natürlich nicht verabsäumen, mich persönlich zu bedanken, dass du, weil das an und für sich meinen Ressort betrifft, diese Investitionen tätigt, trotz, wie wir es jetzt gehört haben, so vieler Einnahmehausfälle. Dankeschön. Und weil schon so viel Lob und Dank heute gefallen ist, möchte ich Philipp Lampl und sein Team vom

Bürgerservice danken, weil die haben sich der Sache angenommen. Ich bin sehr wohl in diese Sache immer involviert. Radha, wie du weißt, Philipp Lampl war im letzten Ausschuss in unserer Runde dabei und hat eigentlich diese Sache schon angeschnitten und uns eigentlich schon informiert diesbezüglich darüber.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Im Amtsbericht ist die Rede, dass Jalousinen und Folien zu tragen kommen. Hier wird gesagt „und“ und im Amtsbericht steht „oder“. Wissen wir schon, was konkret gemacht wird?

Stadtrat Dummer: Der Letztstand, ist noch in Entwicklung, aber der Letztstand ist der, wie ich gesagt habe, im Erdgeschoss sind eher die Rollläden angedacht, auch Wunsch von den Pädagoginnen und von der Leiterin, und in den Oberlichtern beim Turnsaal sind eher die Folien vorgesehen. Wenn sich da jetzt nicht technisch noch irgendein grober Nachteil ergibt, weil wir haben ja relativ breite Fenster, die sind über 3 m breit zum Teil, das ist mit Rollläden auch nicht so einfach. Da haben wir eben den Vorschlag, dass wir da zweigeteilte Rollläden verwenden, trotzdem sind die Fenster hoch und breit. Darum haben wir auch diese Sonneneinstrahlung. D.h. das Bewegen dieser Rollläden ist nicht so einfach.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ich habe noch einen Appell für die Weiterbearbeitung dieses Themas, was den Schafarik-Kindergarten betrifft, aber auch andere Bildungseinrichtungen und Schulen, wo wir wissen, dass oftmals Hitze auftritt, also in den Volksschulen. Aber da tun wir jetzt eh. Es gibt diese Auflistung der Energieeffizienz von KIG-Gebäuden aus dem Jahr 2011, dass man die bitte, ich habe mit dir lieber Stadtrat Koll gesgtern konferiert und das weitergeschickt, dass das miteinbezogen wird und neu adaptiert und noch einmal neu angeschaut wird, dass diese Energiewerte da miteinfließen oder neu gemacht werden. Der Schafarik-Kindergarten weist tatsächlich die schlechtesten Energiewerte auf.

Stadtrat Dummer: Es ist mit Sicherheit so. Für die Volksschulen, das war auch mit ein Grund, wieso wir das Projekt neu aufgesetzt haben. Bei den Volksschulen ist uns auch ein wichtiges Thema die thermische Sanierung der beiden Bestandschulen sowieso, aber natürlich auch des Turnsaals West. Das ist ein langes Problem, das schon vor uns hergeschoben wird. Die thermische Sanierung für die ganzen Gemeindewohnungen, da sind wir auch an der Ausarbeitung. Da gibt es schon Analysen, Studien, Berechnungen, auch was das an CO2-Einsparung bedeutet. Das ist uns ein großes Anliegen, auch in der KIG, aber da ist sicher auch die Gemeinde gefordert mit der Übernahme von Haftungen für die Finanzierungen. Da reden wir zwischen € 35 Mio. und € 50 Mio., was die Sanierung unserer Wohnhäuser kostet. Aber das ist sicher ein wichtiges Vorhaben für die nächsten Jahre. Die Häuser sind 60, 65 Jahre alt. Es ist nichts Wesentliches gemacht worden. Es sind Wohnungen saniert worden, aber die Häuser sind thermisch auf einem Stand von 1950, 1960. Da ist sicher viel Potential drinnen in Richtung Energieeffizienz. Das werden wir auch nutzen wollen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Bürgermeisterin Völkl: ich bedanke mich beim Finanzstadtrat, dass er sich um alle Themen, große und kleine in der Stadt annimmt und schaut, was er zusammen bringt, wo wir noch einen Euro locker machen können.

b.) Ref. II - Beteiligungen und Liegenschaften

1.) Gehsteigflächen N. Heid-Straße – Übernahme in das öffentliche Gut

Sachverhalt:

Stadtrat Koll: In der Katastermappe der Stadtgemeinde Stockerau sind in der Nik. Heid-Straße Nr. 61 bis 85 Grundstücke im Bereich der öffentlichen Verkehrsfläche Gehsteige ausgewiesen. Bei den Liegenschaften Nik. Heid-Straße 57 und 59 wurden noch keine eigenen Grundstücke geschaffen, welche ebenso in das öffentliche Gut abzutreten sind.

Mit diesen betroffenen Eigentümern wurde vereinbart, dass ein entsprechender Teilungsplan auf ihre Kosten erstellt wird und die entsprechenden Teilflächen in das öffentliche Gut abgetreten werden.

Die gegenständlichen Ab- und Zuschreibungen sollen nach den Sonderbestimmungen des Liegenschaftsteilungsgesetzes gemäß §§ 15 ff grundbücherlich übertragen werden.

Die Anträge an das Vermessungsamt Korneuburg sollen genehmigt werden.

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Anträge an das Vermessungsamt Korneuburg betreffend Ab- und Zuschreibung von Gehsteigflächen in der Nik. Heid-Straße werden genehmigt.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

c.) Ref. V - Soziales, Gesundheit, Bildung und Integration

1.) Kindererholungsaktion 2020

Sachverhalt:

Stadträtin Steuer: Für die Kindererholungsaktion 2020 soll pro im Gemeinderat vertretenen Mandatar ein Betrag von € 50,-- als Subvention gewährt werden.

Insgesamt sollen hierfür € 1.850,-- aufgewendet werden.

Die Aufteilung soll wie folgt erfolgen:

ÖVP	€ 900,00
SPÖ	€ 550,00
GRÜNE	€ 250,00
FPÖ	€ 150,00

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Kindererholungsaktion 2020 wird ein Betrag in Höhe von € 1.850,-- gewährt, der wie folgt aufgeteilt wird.

ÖVP	€ 900,00
SPÖ	€ 550,00
GRÜNE	€ 250,00
FPÖ	€ 150,00

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Stadträtin Steuer: Bitte Frau Eder Doris mitzuteilen, was mit dem Geld passieren soll. Für meine Fraktion schon sagen, dass wir den Fußballkindern, die ein Ferienlager veranstalten, dieses Geld zur Verfügung stellen.

Bürgermeisterin Völkl: Für die Fraktion der ÖVP kann ich sagen, unsere Gedanken gehen in die gleiche Richtung, dass für Kinder, die im Sommer betreut werden, durch Covid ist natürlich der Betreuungsschlüssel Mehrkosten für die Vereine. Und wir werden das auch für eine Aktion zur Verfügung stellen.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Wir werden als GRÜNE-Fraktion dem Judoclub Stockerau das Geld zur Verfügung stellen, die Kinder während der Ferien unterstützen.

Stadtrat Pohl: Wir werden das Ganze spenden an „Lernen unter Sternen“, wie alle Jahre wieder.

d.) Ref. VI – Sport und Freizeit

1.) Sportförderungen – Projektförderungen

Sachverhalt:

Sportunion Stockerau

Stadtrat Pohl: Im Sinne der Richtlinien für Sportförderungen betreffend den Bereich Projektförderungen wurde von der Sportunion Stockerau ein Antrag abgegeben. Dieser Antrag wurde vom Gemeinderatsausschuss VI - Sport und Freizeit geprüft.

Folgende Empfehlung wird vom Gemeinderatsausschuss VI - Sport und Freizeit abgegeben.

Verein	Empfehlung
Sportunion Stockerau Projekt "Ugotschi Holiday Actiondays" Dieses Projekt wird 3mal je eine Woche (MO-FR) von 09:00 bis 17:00 Uhr in der Turnhalle der Volksschule West abgehalten (Betreuungszeit beginnt schon um 07:30). Täglich findet eine Sport- und Erlebnisprogramm statt, Verpflegung (Jause, Mittagessen) wird zur Verfügung gestellt. Ein Team von ausgebildeten Übungsleiter*innen in Zusammenarbeit mit Sportstudierenden und Pädagogen*innen aus Stockerau sorgt für optimale Betreuung und für ein tolles Programm. Aufgrund der aktuellen Bestimmungen und der Hygienemaßnahmen (COVID-19) wird eine zusätzliche Betreuungsperson für jede der drei Wochen benötigt. Dadurch erhöhen sich die Kosten.	€ 2.000,--

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Sinne der Richtlinien für Sportförderungen in Bezug auf Projektförderung sowie auf Empfehlung des Gemeinderatsausschusses VI - Sport und Freizeit wird der

Sportunion Stockerau
eine Projektförderung in Höhe von € 2.000,--

für das Projekt "Ugotschi Holiday Actiondays" gewährt.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Sachverhalt:

SV Stockerau

Stadtrat Pohl: Im Sinne der Richtlinien für Sportförderungen betreffend den Bereich Projektförderungen wurde vom SV Stockerau ein Antrag abgegeben.
Dieser Antrag wurde vom Gemeinderatsausschuss VI - Sport und Freizeit geprüft.
Folgende Empfehlung wird vom Gemeinderatsausschuss VI - Sport und Freizeit abgegeben.

Verein	Empfehlung
SV Stockerau Herzensprojekt zur Erhaltung der Jugendarbeit Durch das gemeinsame Auftreten mit dem FC Stockerau wird der Verein um weitere 50 Kinder und 5 Trainer*innen vergrößert. Die Förderung dient der Erhaltung der Jugendarbeit und bezieht sich auf das Spieljahr 2020 für die Nachwuchsjahrgänge 2016 und 2017, U6, U7, U8, U9, U10, U11 und U12, der Förderung der Kinder und der weiteren Ausbildung der Trainer*innen. Kosten: Teamwear ca. € 5.500,-- Trainingsequipment: ca. € 500,--	€ 2.000,--

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Sinne der Richtlinien für Sportförderungen in Bezug auf Projektförderung sowie auf Empfehlung des Gemeinderatsausschusses VI - Sport und Freizeit wird dem

SV Stockerau

eine Projektförderung in Höhe von € 2.000,--

für das Projekt "Erhaltung der Jugendarbeit" gewährt.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Stadtrat Pohl: Danke im Namen der Vereine.

e.) Ref. VIII – Verkehr, Straßen und Infrastruktur

1.) Vertrag über Wasseraustausch mit EVN

Sachverhalt:

Stadtrat Hödl: Ich darf Sie vielleicht für den Antrag nur bitten, sich gedanklich in das Jahr 2013 zurückzusetzen, wo die Wasserversorgung der Stadtgemeinde Stockerau für kurze Zeit nicht gesichert gewesen ist im Zusammenhang mit dem Donauhochwasser. Es geht hier um einen Vertrag mit einem Wasseraustausch mit der EVN, dessen Geschichte auch schon seit dem Jahr 2014 anhängig ist und die Lösung eigentlich klar und einfach ist.

Zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und der EVN Wasser GmbH soll ein Tauschvertrag bezüglich der gegenseitigen Abgabe von Trinkwasser im Rahmen der technischen und mengenmäßigen Möglichkeiten abgeschlossen werden.

Eine Verpflichtung zur Lieferung oder Abnahme von Trinkwasser besteht jedoch für keinen der beiden Vertragspartner. Der Austausch findet an einer neu zu errichtenden Übergabestelle – Übergabeschacht Stockerau (Notversorgung) statt.

Diese Übergabestelle wird im Auftrag und auf Kosten der Stadtgemeinde (aufgrund der Fördermittel) im Bereich der Anschlussstelle Stockerau A22-Mitte errichtet.

Lt. Kostenschätzung betragen die Errichtungskosten um die € 125.000,-- netto.

Die EVN Wasser beteiligt sich an den Kosten für die Errichtung der Übergabestelle im Ausmaß von 50%, leistet jedoch höchstens einen Betrag von € 62.500,-- netto. Der Restbetrag ist von der Stadtgemeinde Stockerau zu bezahlen.

Die Kosten für die Errichtung der Übergabestelle sind im Voranschlag 2020 vorgesehen.

Die Übergabestelle bleibt im Eigentum der Stadtgemeinde Stockerau, wird von dieser gewartet und instandgehalten.

Das Übereinkommen läuft auf unbestimmte Zeit, kann von beiden Seiten jederzeit mit einer einjährigen Kündigungsfrist aufgekündigt werden, wobei aber beide auf die Dauer von 30 Jahren auf das Kündigungsrecht verzichten.

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Tauschvertrag zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und der EVN Wasser GmbH bezüglich der gegenseitigen Abgabe von Trinkwasser im Rahmen der technischen und mengenmäßigen Möglichkeiten und die für die Errichtung des Übergabeschachtes Stockerau (Notversorgung) vorgesehene Kostenschätzung in der Höhe von € 125.000,--, wobei sich die EVN Wasser mit 50%, max. € 62.500,-- beteiligt, werden beschlossen.

Ein Wort noch dazu. Es geht um die Beauftragung der gesamten € 125.000,--, die dann von der KPC gefördert werden, und aus diesen förderungstechnischen Gründen der Antrag auf die € 125.000,-- mit der vertraglichen Regelung, dass dann die EVN die Hälfte bezahlt.

Gemeinderat Erkol: Ich habe zwei Fragen dazu. Wer wollte diesen Vertrag, die Gemeinde oder die EVN? Über welche Mengen sprechen wir vor allem für den Verkauf?

Stadtrat Hödl: Die Vertragserstellung ist erfolgt von der EVN und es ist unschwer zu erkennen, dass es ein EVN-Vertrag ist in Abstimmung mit der Stadtgemeinde Stockerau und einer Ziviltechnikerkanzlei. Wir reden über eine wechselseitige Notversorgung und nicht für einen Wasserverbrauch. Deswegen ist es auch wasserrechtlich insoweit nicht bewilligungspflichtig. Würde ich wirklich gewisse Mengen vor Augen haben, die ich jedes Jahr, jedes Monat, jede Stunde, Sekunde verkaufen will, dann würde es dafür eine wasserrechtliche Bewilligung benötigen. Da geht es um eine Notversorgung, wie das Zusammenbrechen des Grundwasserfeldes Bisamberg durch Kwizda, wie die Verkeimung des Brunnens der Stadtgemeinde Stockerau. D.h., wenn ein derartiger Notfall eintritt, wenn sich beide Seiten einig sein, dass ein Notfall vorliegt, dann wird im erforderlichen Ausmaß das Wasser wechselseitig zur Verfügung gestellt. D.h., es ist ja noch nicht vorhersehbar, ob wir das Wasser von der EVN beziehen oder die EVN das Wasser von uns. Es geht nicht um irgendeinen Wasserhandel oder um irgendein Wassergeschäft, es geht wirklich nur um die Notversorgung.

Stadtrat Pohl: Diese Kostenlimitierung, du hast es beim Amtsbericht gesagt, es ist ein typischer EVN-Vertrag. Ist die Frage, ob wir uns das alles gefallen lassen müssen und es ist die Frage, ob der Nutzen nicht eher bei der EVN ist als bei uns, weil was bei uns noch zusätzlich auffällt,

sind diese Wartungsarbeiten, Instandsarbeiten. Ich frage mich, ob die budgetiert sind und wie hoch die ungefähr sein werden, ob das auch schon abschätzbar ist.

Stadtrat Hödl: Das, was ich gemeint habe, offenbar nicht richtig gesagt habe, ist, dass es durchaus typisch ist, ich mache solche Verträge auch für mein Unternehmen. Dass wir die Gemeinde als Errichter nehmen, weil die wesentlich höhere Mittel aus Förderungen lukrieren kann. D.h. das macht für die Stadtgemeinde wesentlich mehr Sinn als für die EVN, diese Kostenteilung, wenn wir in Vorleistung gehen, weil wir das voll bei der KPC geltend machen können. Was die Wartung und die Instandhaltung betrifft, ist nach Aussage von Kollegen Sinnhuber, wenn ich es jetzt richtig im Kopf habe, einmal im Monat eine Kontrolle vorgesehen. Es sind keine elektronischen Bauteile, es sind gute alte mechanische Schieber, die dann zu öffnen sind, allenfalls zu spülen sind bei Bedarf, das war es dann.

Stadtrat Pohl: D.h. keine großen Kosten. Und wir hoffen das.

Bürgermeisterin Völkl: Ja.

Stadtrat Pfeiler: Wir haben uns diesen Wasservertrag auch angesehen und haben einige Fragen. Zum einen war dieser Preis von 50 Cent pro m³. Der ist doch relativ gering. Wie ist der Preis entstanden? Gibt es da eine Preiskalkulation dafür? Das ist einmal die erste Frage, die wir da hätten.

Stadtrat Hödl: Es geht um eine Notversorgung und im Fall dass ein Vertragspartner in Not gerät, geht es nicht darum, dass der andere möglichst viel das Geld lukriert. Es sollen die Gestehungskosten damit abgegolten werden und es geht nicht darum, dass man Geld damit macht. Das ist nicht der Sinn und der Hintergrund dieses Vertrages.

Stadtrat Pfeiler: Wir würden uns – du hast jetzt eh ein paar Fälle geschildert, die unter Notversorgung oder Notbetrieb zu sehen sind. Wir würden uns da wohler fühlen, wenn diese Notumstände, die sozusagen das Öffnen dieser Schieber auslösen, irgendwo vertraglich definiert sind, weil unsere Sorge ist, dass das der Beginn von Wasserverkauf an die EVN ist. Darum wäre uns sozusagen die Klarstellung, was diese Notversorgung betrifft, im Vertrag eigentlich sehr wichtig gewesen.

Bürgermeisterin Völkl: Im Vertrag ist eindeutig festgeschrieben, dass es nur mit beiderseitiger Einwilligung geht. Einer sagt, ich bin in Not, mein Wasser ist verunreinigt, ich kann meine Menschen nicht mehr versorgen, dann muss der andere sagen, ja ich bin in der Lage, ich habe genug Wasser und ich gebe dir Wasser. Das ist nach diesen Katastrophen und Hochwässern, die wir hatten, eigentlich der Hintergrund gewesen, in so einem größeren Leitplan, dass man sich gegenseitig in Notzeiten, was ich sehr sinnvoll und sehr gut finde, hilft. Das liegt dem zu Grunde.

Stadtrat Hödl: Ich glaube auch nicht, dass wir in einer Aufzählung, in einer beispielhaften eine Verschmutzung durch Kwizda drinnen hätten. Wir hätten es vermutlich nicht drinnen, dass durch ein Pegelrohr in unserem Grundwasserfeld Oberflächenwasser in das Grundwasser eingetreten ist. Aufzählungen sind aus meiner Sicht ganz einfach vollkommen sinnlos, weil diese

Notfälle nicht alle taxativ erfassbar sind. Es kann Leitungsbrüche geben, es kann ein Flugzeugabsturz sein, es kann, weiß ich nicht, ein Tanklaster umfallen. Wir können 20 Seiten Beispiele schreiben. Ich halte davon überhaupt nichts und ich bin ständig Verfasser von Verträgen.

Stadtrat Pfeiler: Ich habe es eh zum Ausdruck gebracht, dass sozusagen eine verbale Fassung, eine vertragliche Fassung, wie sozusagen der Notbetrieb zu verstehen ist und wann er aktiviert wird und wann er wieder deaktiviert wird, wäre für uns einfach wahnsinnig wichtig gewesen in diesem Vertrag.

Noch zum wasserrechtlichen Konsens. Also, es ist sichergestellt, dass zum einen die Brunnenkapazität dadurch gewährleistet ist, weiterhin oder nicht überschritten wird.

Stadtrat Hödl: Wir haben eine 10 bis 20 Meter hohe Mächtigkeit des Grundwasserfeldes. Wir haben auch in der Prognose des Landes NÖ für die Wasserversorgung 2050 keine Verminderung des Grundwasserfeldes Tullnerfeld, in dem wir uns bewegen. Und wir haben auch beim großen Brand der Isover, wo alles gepumpt wurde, was überhaupt zur Verfügung stand, keinerlei Auswirkungen auf den Grundwasserstand gehabt. Das ist vollkommen unbedenklich. Wir haben einen wasserrechtlichen Konsens über 300 Sekundenliter aus dem Grundwasserfeld. Der ist nachhaltig gesichert und mehr als das, was nachhaltig gesichert und genehmigt ist, kann auch nicht entnommen werden.

Stadtrat Pfeiler: D.h. eine weiterführende Genehmigung oder weiterführende Gutachten sind aus deinen Darstellungen her nicht erforderlich, weil das im bestehenden wasserrechtlichen Konsens gedeckt ist.

Stadtrat Hödl: Genauso ist es.

Vizebürgermeister Falb: Ich wollte nur ausführen, dass die EVN an und für sich ein Unternehmen ist, wo 80% im Besitz der öffentlichen Hand ist, nämlich des Landes NÖ und der Wiener Stadtwerke. Also, wir reden nicht von Gazprom.

Vizebürgermeister Holzer: Vorweg einmal, von der Sozialdemokratie wird es zu diesem Antrag natürlich eine Zustimmung geben, jedoch erlauben Sie mir eine Bemerkung und zwei Fragen.

Eine Privatisierung durch die Hintertür, durch die Vordertür oder eine Halbprivatisierung, auch wenn die EVN zu 75% in öffentlicher Hand ist, kommt für die Sozialdemokratie in Stockerau natürlich nicht in Frage. Ich sehe aber die Gefahr bei diesem Vertrag nicht. Ich weiß, im Katastrophenfall, Hochwasser und so kann die Stadt durchaus profitieren. Es geht ja bis 2014 zurück, wie damals die EVN die Wasserleitungen entlang der A22 gebaut hat, gab es schon die ersten Gespräche. Daher wird das natürlich die Zustimmung geben.

Die eine Frage zum Preis – habe ich rausgehört, kann man nicht wirklich beantworten, wie hoch die Herstellungskosten für Stockerau sind. Ich nehme an, viel höher als die reinen Wasserherstellungskosten sind es nicht.

Stadtrat Hödl: Du kannst jetzt nicht das ganze Wasserleitungsnetz, Wasserzähler und sonst irgendetwas dazu rechnen, sondern es ist der Brunnenbetrieb. Das deckt die Fixkosten ab.

Vizebürgermeister Holzer: Genau. Wenn wir verkaufen.

Stadtrat Hödl: Wir reden von einem Notfall.

Vizebürgermeister Holzer: Wird es sicher nicht zum Nachteil der Stadt sein. Eine Frage – mögliche Kapazität, wenn wir zukaufen müssen. Wie lange könnte die EVN Stockerau versorgen, weil ich glaube, wir brauchen 2,5 Millionen Kubikliter Wasser im Jahr mit Leitzersdorf.

Stadtrat Hödl: Wir haben, glaube ich, eine durchschnittliche Wasserentnahme von 20 bis 30 Sekundenliter. Das geht aus der Leitung von der EVN raus.

Vizebürgermeister Holzer: Hochwasserfall – 3 Wochen könnte uns die EVN versorgen.

Stadtrat Hödl: Die haben ja die großen Brunnen und die großen Versorgungsanlagen. Ja, es sollte auch beim nächsten Donauhochwasser. Es war nur ein Sondenrohr, über das das Oberflächenwasser eingedrungen ist. Diese Möglichkeit eines nochmaligen Schadens ist natürlich ausgeschlossen. Normalerweise sollte bei einem Hochwasser wie 2013 nichts mehr passieren.

Vizebürgermeister Holzer: Eine Frage stellt sich noch. Wir reden von 50 Cent pro Kubikmeter. Es kann ja sein, dass wir da 100.000, 200.000, 300.000 m³ zukaufen müssten, das sind ja enorme Summen. Wer entscheidet dann? Müsste dann ein Gemeinderatsbeschluss sein.

Stadtrat Hödl: Ja. Auf der anderen Seite sind ja sowieso die Fixkosten, die wir uns damit gleichzeitig ersparen. Also wir hätten keinen budgetären Mehraufwand, weil wenn ich von Kollegen Sinnhuber richtig informiert worden bin und davon gehe ich aus, dann sind das unsere eigenen Gesteungskosten und wenn unsere Brunnen ausfallen, dann haben wir das als Kostenersparnis für Pumpaufwand und Instandhaltungsaufwand.

Vizebürgermeister Holzer: Davon gehe ich auch aus. Nur wenn es ein Gemeinderatsbeschluss ist, damit ist auch die versteckte Privatisierung mehr oder weniger ausgeschlossen.

Bürgermeisterin Völkl: Wir haben das auch diskutiert. Wir haben die gleichen Bedenken. Ich habe dann auch selber mit dem Planungsbüro gesprochen. Herwig hat alles ausgeforscht, dass wir sozusagen alles wissen und das alles am Tisch liegt. Für eine Privatisierung des Wassers stehen wir überhaupt nicht. Es ist für den Katastrophenfall, für den Notfall. Ich würde auch ersuchen, dass man das in der Bevölkerung so kommuniziert. Wenn Not ist und eine Katastrophe passiert, wird natürlich wieder mit allen Mitgliedern, Stadtrat, Gemeinderat kommuniziert.

Gemeinderat Polacek: Der Schieber möge nie geöffnet werden in einem möglichen Notfall. Aber wenn der Schieber nicht da ist, dann müsste eine andere Organisation, nämlich die Feuerwehr das Trinkwasser für Stockerau bereitstellen. Mir ist lieber bei einem Hochwasser oder Flugzeugabsturz, möge auch nie passieren, dass die Feuerwehr die Keller auspumpt und nicht mit dem Auto hin und her fährt und Wasser führt. Bitte das auch zu bedenken.

Stadtrat Hödl: Beziehungsweise halte ich dann die Wasserversorgung für keineswegs optimal, wenn wir über einen Feuerweherschlauch von der einen Wasserleitung in die andere was rüber pumpen wollen, sondern in einem Notfall sollen Notmaßnahmen vorhanden sein. Danke Klaus.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	2 (Kamath-Petters, Kubat)
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	3 (Pfeiler, Klinger, Straka)
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	11
	GRÜNE	0
	FPÖ	2

f.) Ref. IX - Verwaltung und Digitalisierung

1.) Anschaffung einer Software – Planungsprogramm Lizenz ArchiCard von Graphisoft (Vertrieb Fa. A-Null Bausoftware GmbH)

Sachverhalt:

Vizebürgermeister Falb: Ein Antrag, den wir in der letzten Gemeinderatsausschusssitzung besprochen haben.

Die Tätigkeiten des Bauamtes Stockerau umfassen unter anderem die Entwurfsplanungen im Straßenbau und Einreichplanungen von gemeindeeigene Bauvorhaben. Derzeit werden die Entwurfs- und Einreichplanungen mit der Hand angefertigt, bzw. Vetragfirmen für die Planungen beauftragt.

Für eine rasche interne Planung wäre ein Planungsprogramm (ArchiCad) nötig, welches die Kosten für Fremdvergabe (kleiner Entwurfsplanungen) verringern würde. Ein weiterer Vorteil der Software ist die Erstellung von 3d-Bildern sowie animierte Videos, welche für eine Präsentation bei Bedarf erstellt werden können.

Die Firma A-Null Bausoftware GmbH ist der einzige Anbieter in Niederösterreich für diese Software und es wurde ein Anbot mit drei Varianten eingeholt.

Variante 1:	ArchiCad BIM-Paket	€ 8.490,00 netto
Variante 2:	ArchiCad Lizenz mit Wartung (ArchiCard)	
	Für 36 Monate	€ 8.680,00 netto
Variante 3:	ArchiCad Lizenz – ohne Wartung (ArchiCard)	€ 6.300,00 netto

Aufgrund bestehender Kenntnisse der Software wird die Variante 3 empfohlen.
Die Kosten werden in das 1. Nachtragsbudget 2020 aufgenommen.

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Lieferung des Planungsprogrammes Variante 3 (ArchiCad) wird die Firma A-Null Bausoftware GmbH gemäß Anbot vom 27. Mai 2020 Angebotsnummer 279269 mit einer Nettoauftragssumme in der Höhe von netto € 6.300,00 beauftragt.
Die Kosten werden in das 1. Nachtragsbudget 20 aufgenommen.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Danke für den Antrag. Es ist eine gute Sache, dass wir in der Stadtgemeinde jetzt auch so ein Planungssoftwaretool haben. Ich habe noch eine Frage. Warum wird im Antrag davon gesprochen, dass wir ein Tool anschaffen ohne Wartung? Kann das damit zusammenhängen, dass der Bautechniker große Ahnung besitzt und diese Wartungsmöglichkeiten nicht notwendig sind in den nächsten Jahren?

Vizebürgermeister Falb: Genau, das ist der Hintergrund.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ok, Dankeschön. Und dann habe ich einen Appell und zwar. Ich nehme einmal an, dass dieser Bautechniker ziemlich gut ist mit dieser Sache und dass vielleicht andere Mitarbeiter, Mitarbeiterinnen auch eingeschult werden, dass das nicht zu einer Mehrbelastung kommt und in ein paar Jahren vielleicht zu einer Überforderung kommt. Oder können andere Mitarbeiter auch mit dem bereits umgehen, oder Mitarbeiterinnen?

Vizebürgermeister Falb: Nach meinem Informationsstand nicht, aber wir können natürlich dafür sorgen, dass das Wissen verbreitet wird in dem Punkt.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

g.) Ref. X - Wirtschaft und Tourismus

1.) Beitritt der Stadtgemeinde Stockerau zur NÖ-Card

Sachverhalt:

Stadtrat Moser: Die Stadtgemeinde Stockerau strebt eine Aufnahme bei der Niederösterreich-CARD an.

Als Ausflugsziel wäre das Freibad Stockerau vorgesehen.

Das Ausflugsziel muss zu 100% die vorgegebenen Kriterien und Bedingungen für CARD-Ausflugsziele 2021/2022 erfüllen (siehe Beilage).

Der Antrag ist bis Ende August 2020 einzureichen.

Das Ausflugsziel wird dann auf eine Evidenzliste für die CARD-Saison 01.04.2021 bis 31.03.2022 gesetzt. Die Letztentscheidung über die Aufnahme obliegt der Geschäftsführung der NÖ-Card-GmbH.

Der Wirtschaftsausschuss hat diese Sache beraten und einstimmig befürwortet. Die detaillierten Unterlagen stehen auf der Plattform und auch die Vorteile, die damit verbunden sein sollen. Es geht aus meiner Sicht nicht nur um eine mögliche Umsatzsteigerung im Freibad. Es geht nicht nur um eine Frequenzsteigerung in der Stadt. Es geht nicht nur um eine gewisse Umwegrentabilität für Gastronomie und andere Unternehmen. Für mich ist es auch stark eine Frage der Ehre, dass wir als größte Stadt im Weinviertel hier auf dieser Plattform, auf dieser überregionalen Werbemöglichkeit mitspielen.

Der Gemeinderat wird ersucht, die Aufnahme der Stadtgemeinde Stockerau mit dem Freibad bei der NÖ-Card zu beantragen.

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Aufnahme der Stadtgemeinde Stockerau mit dem Freibad Stockerau bei der Niederösterreich-CARD wird beschlossen.

Stadtrat Pfeiler: Grundsätzlich ist es eine positive Sache. Als ich die NÖ-Card hatte, habe ich mir auch immer gedacht, warum ist da Stockerau nicht dabei. Grundsätzlich befürworte ich das sehr stark. Ich wollte nur fragen, wie groß ist dann in etwa der Abgeltungsbetrag, den man für einen Freibadbesuch bekommt? Ist das in einer Bandbreite zumindest abschätzbar?

Stadtrat Moser: Die konkreten Bedingungen für den Beitritt und was wir den NÖ-Card-Besitzern bieten, das ist noch festzulegen, ist noch auszuhandeln. Es geht im Wesentlichen darum, dass die, die eine NÖ-Card haben, dann einen verbilligten bzw. einmaligen freien Eintritt haben. Das hängt dann immer vom Preis ab. Es ist ein relativ kompliziertes System,

aber der Schmäh ist eigentlich, Leute zu motivieren, nach Stockerau zu kommen, die wir sonst nicht hätten. Unter dem Strich erwarten wir im Freibad mehr Einnahmen, aber es wird kein riesiger Betrag sein. Aber es soll jedenfalls unterm Strich auch ein ökonomischer Vorteil für das Freibad sein.

Stadtrat Pfeiler: Ja, ich versteh das. Die Präsenz hat an sich schon einen gewissen Wert und ist dann sozusagen ein Mitnahmeeffekt. Der Hintergrund der Frage über die Abgeltung für einen Besucher oder Besucherin ist der, dass da oft über die Saisonkartenpreise diskutiert wird und Saisonkartenbesucher bringt eh nur einen Euro. Und im Lichte der Diskussion hat mich einfach interessiert, wie viel bekommen wir von einem NÖ-Card-Besucher.

Stadtrat Moser: Von der NÖ-Card GmbH bekommen wir nichts. Aber einmalig ausnutzbar.

Vizebürgermeister Holzer: Meine Frage zielt in die ähnliche Richtung. Im Prinzip eine gute Sache und es sicher eine Werbung für unser Freibad. Aber bei der NÖ-Card geht ja nicht genau hervor. Es gibt ja auch die Möglichkeit, dass man das ganze Jahr mit der NÖ-Card gratis in diese Sehenswürdigkeiten rein darf. Also, wenn das der Sinn sein soll, dann müsste man nein sagen.

Stadtrat Moser: Es ist so, dass man den genauen Deal mit dem NÖ-Card-Besitzer des Systems auszuhandeln ist. Konkret ist es so, dass bei Eintrittspreisen bis € 9,99 wir hier entscheiden können, ob der jeweilige NÖ-Card-Inhaber nur einmalig einen Gratis Eintritt hat, oder einen mehrfachen Gratis Eintritt. Wir würden uns klarerweise für einen einmaligen Eintritt entscheiden, ohne dass es abgesprochen ist. Aber es kann nicht sein, dass eine NÖ-Card quasi eine Saisonkarte ersetzt. Auf die Idee ist eigentlich niemand gekommen bisher.

Vizebürgermeister Holzer: Und das lässt sich administrieren oder brauchen wir dann eine Software im Freibad, wo die Nummer aufgeschrieben wird, dass er schon einmal da war.

Stadtrat Moser: Ich kenne das genaue System nicht, aber ich gehe davon, dass es wie bei allen anderen Ausflugszielen in Österreich, dass da ein Terminal geben wird, oder eine Karte, wenn die präsentiert wird, hat die eine eindeutige Nummer, und wenn die schon einmal da war in dem Kalenderjahr dann berechtigt sie eben nicht zu einem weiteren Eintritt. Man muss da sicherlich keine Liste führen oder sonst irgendetwas vergleichen.

Vizebürgermeister Holzer: Im Prinzip eine gute Sache aber sie ist nicht ausgegoren. Es sind so viele offene Fragen. Es geht eigentlich um das nächste Jahr. Vielleicht kann man das zurückstellen.

Stadtrat Moser: Wir beantragen quasi jetzt die Aufnahme bei der NÖ-Card und danach tritt man in Verhandlungen ein für die Präzisierung dieser Dinge. Wir haben lange überlegt, welche andere Destination kann dafür in Frage kommen. Wir sind auf keine gekommen im Wirtschaftsausschuss, die diese zahlreichen Kriterien hinsichtlich Öffnungszeit, hinsichtlich Entgeltlichkeit und anderer Dinge nur ansatzweise entsprechen würden. Alle Bedenken, die heute jetzt gekommen sind, kamen auch im Wirtschaftsausschuss. Wir werden uns sicherlich nicht über den Tisch ziehen lassen. Man muss den Prozess aber starten.

Vizebürgermeister Holzer: Wir werden unsere Zustimmung geben und vertrauen auf Stadtrat Dummer, dass er da schaut, dass wir da nicht zu viel herschenken.

Gemeinderat Pollak: Viele der Fragen, die ich hatte, sind ja schon beantwortet bzw. noch nicht soweit geklärt. Eine wichtige Frage ist, glaube ich, wird es, wenn wir die NÖ-Card für unser Bad haben, weiterhin die Ermäßigung für Saisonkarten mit der NÖ Familien-Card geben? Oder ist das eine Art Ablöse dieser bestehenden Ermäßigung?

Stadtrat Moser: Ich kann nur sagen, die NÖ-Card wendet sich klarerweise an den überregionalen Besucher. Alles, was sonst an Ermäßigungen da ist, wird aus meiner Sicht ungeschmälert beibehalten bleiben.

Gemeinderat Pollak: Dann wäre es unbestritten, wenn wir einen einmaligen freien Eintritt wählen, und die NÖ-Familien-Card fordert, dass wir 250 Eintritte mit dieser Karte pro Saison haben. Ich hoffe, dass wir das schaffen, aber ich vertraue drauf, dass die Werbung das bringt. Du hast schon gesagt, es wird keine weiteren, anderen Einrichtungen geben, auf die wir das ausdehnen. Ich sehe vielleicht, wenn ich mir die Unterlagen ansehe, ein Problem, und zwar. Die NÖ-Card verlangt, dass das Ausflugsziel während der gesamten Card-Saison offen ist. Das werden wir mit einem Saisonbetrieb vielleicht so nicht schaffen. Oder wisst Ihr da Beispiele, wo das schon gelungen ist.

Stadtrat Moser: Ich habe es jetzt nicht so gelesen, dass das jetzt wirklich 12 Monate durchgehend offen sein muss.

Gemeinderat Pollak: Es ist zumindest ein Tag pro Wochenende gefordert in der Card-Saison, und die ist, glaube ich, ein Jahr.

Stadtrat Moser: Ich glaube auch, Fossilienwelt und so Dinge haben auch ihre Wintersperre.

Gemeinderat Pollak: Dann ist meine Frage dahingehend zerstreut.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

2.) ~~Gastgartenverordnung~~

abgesetzt

XII. Anträge gem. § 46 Abs. 1 NÖ GO

1.) Fahrkostenbonus für Student*innen

Gemeinderätin Mujkanovic:

Antrag zur Aufnahme auf die Tagesordnung gem. §46 Abs. 1 NÖ GO
Fahrkostenbonus für Student*innen

*Auch Studierende sind Leistungsträger*innen unserer Gesellschaft. Zwei Drittel der Studierenden müssen neben der universitären Ausbildung arbeiten und viele von ihnen müssen sich das Studium überhaupt ganz alleine finanzieren.*

Während Schülerinnen und Schüler sowie Lehrlinge vom Top Jugend Ticket, mit dem sie um €70.- jährlich durch Niederösterreich, Wien und das Burgenland fahren können, profitieren können, geht die Gruppe der Student*innen leer aus. In Zeiten der Klimadebatte ist die Förderung von öffentlichen Verkehrsmitteln nicht nur eine effektive, konkrete und ehrliche Maßnahme zur Eindämmung des Klimawandels, sondern auch eine Investition in unsere Zukunft. Durch die Corona-Krise sind nun viele Studierende in die Kurzarbeit oder gar in die Arbeitslosigkeit gerutscht – die finanziellen Auswirkungen werden in den Leben der meisten Student*innen noch lange deutlich spürbar sein.

Mit einem Fördertopf in Höhe von € 15.000.- könnte die Stadtgemeinde Stockerau eine Förderung von maximal € 50.- pro Student*in und Jahr veranschlagen und damit diese Leistungsträger*innen entlasten.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau möge beschließen:

Die Einrichtung eines Fahrkostenbonus für Studierende in Höhe von € 15.000.- jährlich. Pro Student*in gilt ein Limit von maximal € 50.- in einem Kalenderjahr.

Wir wissen, dass zwei Drittel der Studierenden in Österreich arbeiten gehen müssen, um sich das Studium überhaupt finanzieren zu können. D.h. neben einem Vollzeitstudium müssen sie daneben noch arbeiten gehen. Was wir gleichzeitig auch wissen, ist, dass Studierende, die in Stockerau wohnen und in Wien z.B. studieren, rund € 600,-- jährlich aufbringen müssen alleine für Fahrtkosten zum Studienort. Zum Vergleich: Schülerinnen und Schüler und auch Lehrlinge bis zum 24 Lebensjahr profitieren vom Top-Jugend-Ticket, mit dem sie um € 70,-- jährlich in der gesamten Ostregion, sprich in Wien, Niederösterreich und Burgenland fahren können, womit sie wollen, so oft sie wollen und wohin sie wollen. Grundsätzlich ist es so, dass vor allem die finanzielle Situation der Lehrlinge vergleichbar ist mit der der Studierenden. Wir können diesen erstrebenswerten Zustand der € 70,-- jährlich in diesem Gremium hier natürlich nicht

herbeiführen für Studierenden, was wir aber machen könnten, ist, dass wir einen Fahrtkostenbonus von rund € 15.000,-- jährlich einrichten für die Studierenden, mit dem wir die rund 300 Studentinnen und Studenten in Stockerau mit € 50,-- pro Person fördern könnten jedes Jahr. Das bedeutet, ein Monatsticket von der Gemeinde sozusagen gefördert. Das ist sehr viel Geld für die Studierenden in vielen Fällen, in vielen Monaten. Grundsätzlich ist es so, dass sich jetzt viele auch fragen, wieso wir das tun sollten. Es gibt sehr viele Gründe dafür. Der eine ist natürlich, dass die finanzielle Situation von Haus aus sehr häufig eine schwierige ist, in diesem Alter und dieser Ausbildungssituation. Andererseits wissen wir, dass auch die Corona-Krise, die wir alle zusammen jetzt durchleben, vor allem die Schwächsten in der Gesellschaft finanziell am härtesten trifft. Und auch eine Krise, die jetzt in dem Moment ein wenig in den Hintergrund gerückt ist, uns aber sicher wieder einholen wird, ist die Klimakrise und die Klimadebatte. Auch da wäre es so, wenn wir diesen Fahrtkostenbonus heute beschließen, so hoffe ich, hier auch eine ehrliche und effektive Maßnahme setzen könnten und in unsere Zukunft investieren könnten.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat möge beschließen:

Die Einrichtung eines Fahrtkostenbonus für Studierende in Höhe von € 15.000,-- jährlich. Pro Student und Studentin gilt ein Limit von maximal € 50,-- in einem Kalenderjahr.

Ich bitte um Zustimmung. Danke

Stadtrat Pohl: Ja, es ist eine gute Sache, weil wir immer gesagt haben, wir wollen unsere Jugend in Stockerau behalten. Es ist ein lebenswertes Stockerau, dass sie hier bei uns leben und in Wien oder in St. Pölten oder wo anders studieren. Danke für diesen Antrag. Was mir leider wie in vielen Sachen fehlt, sind einfach die Umfeldbedingungen. Was sind die eigentlichen Kosten? Was wird z.B. vom Land gefördert? Was entstehen an Kosten und wie hoch sind dann diese € 50,-- pro Person, die hier anfallen? Ganz habe ich nicht verstanden, die Leistungsträger sind sie, aber gleichzeitig sind sie die schwächsten der Gesellschaft. Es sind vielleicht zukünftige Leistungsträger. Und für mich ist da das Klima kein Thema, denn wenn die eh kein Geld haben, dann fahren sie sicher nicht mit dem Auto sondern fahren eh öffentlich. Darum habe ich den Antrag nicht ganz verstanden

Wir beantragen bitte, dass für weitere Umfeldbedingungsklärungen, Rahmenbedingungen klären, was das alles wirklich kostet, der Antrag dem Ausschuss zugewiesen wird.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Vielen Dank für den Antrag, Frau Kollegin. Es gibt hier nichts hinzuzufügen außer einen Satz, dass wir auf eine breite Zustimmung hoffen, und dass wir uns die Verlängerung dieses Beschlusses und die Anhebung des Betrages für nächstes Jahr dann wünschen.

Gemeinderat Zagler: Bis zu € 50,-- für jeden Studenten ohne jegliche Einschränkung klingt vielleicht im ersten Moment gut, doch wir alle wissen, gut gemeint ist nicht immer auch gut gemacht. Geld mit der Gießkanne auszuschütten, anstatt es dort einzusetzen, wo es wirklich benötigt wird, kann ich einfach nicht unterstützen. Gerade einen Fahrtkostenzuschuss halte ich hier mit der Begründung der Corona-Krise für unpassend. Die meisten Stockerauer Studenten studieren wohl in Wien und auf diese ist der Antrag nicht einmal beschränkt. Das Semesterticket für die Wiener Linien wurde bereits in den Monaten Juli und August erweitert, was € 60,-- spart. Zudem werden für die Fahrt Stockerau-Wien im Regelfall Monatstickets gekauft, welche man während des Lockdowns und der Uni-Schließung, die in vielen Fällen noch immer anhält, einfach nicht kaufen musste. Dadurch konnten Studenten sich zum Teil sogar Geld sparen, da die Ausgaben für die Fahrt oftmals sogar günstiger waren als regulär. Das haben mir auch einige meiner Freunde bestätigt. Auch ganz allgemein ist die Unterstützung der Fahrtkosten keinesfalls Gemeindeaufgabe. Gerade deswegen bin ich froh darüber, dass das Land NÖ mittlerweile € 100,-- Zuschuss pro Semester gewährt. Der vorliegende Antrag zielt zudem darauf ab, die Fahrtkosten zu unterstützen, damit öffentliche Verkehrsmittel gefördert werden, gleichzeitig ist er nicht darauf beschränkt. Anspruchsberechtigt werden auch Studenten, die mit dem Auto zur Uni oder zur FH fahren, was aber wiederum der Begründung zuwiderläuft. Werte Kollegen, das ist der falsche Punkt zum Ansetzen. Wir sollten nicht mit der Gießkanne jemanden ein bisschen was geben, sondern wenn, dann dort unterstützen, wo es wirklich benötigt wird.

Vizebürgermeister Holzer: Meines Wissens wurde im Ausschuss schon darüber gesprochen und es gibt auch ausgearbeitete Richtlinien für die Zuschussgewährung.

Gemeinderätin Mujkanovic: Ja die gibt es. Und die sind auch im Sozialausschuss besprochen worden. Grundsätzlich ist es schon so, dass es einen Entwurf gibt für die Richtlinien, der auch im Sozialausschuss besprochen wurde. Es ist natürlich so, dass das ganze darauf abzielt, die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zu fördern und darauf einzuschränken. Das steht auch in den Richtlinien. D.h. es müssen mehr als € 50,-- nachgewiesen werden, dass quasi mehr als € 50,-- an Fahrtkosten mit öffentlichen Verkehrsmittel auch getätigt wurden. In dem Fall wären diese Studentinnen und Studenten dann anspruchsberechtigt diesbezüglich.

Zur Frage von Stadtrat Pohl bzw. zu dem Ganzen, was da vom Land gefördert wird und was nicht. Grundsätzlich belaufen sich die Kosten für ein Monatsticket auf um die € 50,-- monatlich für Studierende. Diese werden nicht vom Land gefördert. Das, was vom Land NÖ gefördert wird, ist das Semester-Ticket in Wien, das eigentlich € 150,-- kostet für ein Semester und da werden € 100,-- vom Land NÖ gefördert. Somit bezahlen die Studentinnen und Studenten € 50,-- pro Semester. Die sind aber in diesen von mir genannten € 600,-- auch schon drinnen. D.h., wenn wir uns ausrechnen, dass die Studierenden ungefähr 10 Monate von den 12 nach Wien pendeln müssen, wenn wir die vorlesungsfreie Zeit wegrechnen, sind das rund € 500,-- und jeweils diese zweimal € 50,-- für die beiden Semester, sind das rund € 600,-- am Beispiel eines Studenten oder einer Studentin mit Fahrtweg nach Wien.

Stadtrat Dummer: Meine Meinung - € 15.000,-- für die Gemeinde ist wahrscheinlich nicht die Welt. € 50,-- für einen Studenten sind natürlich auch nicht die Welt in Österreich. Man studiert

in Österreich gratis. Ich war 2008 ein paar Wochen in Uganda und habe dort Dolmetscher gehabt, Studenten, die mir erklärt haben, was sie zahlen. € 400,-- pro Semester Studiengebühr in Uganda, wo das Einkommen also doch deutlich niedriger ist als wie in Österreich das Durchschnittseinkommen. In Österreich gibt es seit vielen Jahren keine Studiengebühren. 2011 war ich dann in der Republik Moldau. Da hatte ich auch einen Studenten, der mir übersetzt hat. Die haben damals auch schon € 250,-- für das Studium bezahlt. Also, wir jammern in Österreich da schon auf einem sehr hohen Niveau. Die Studenten-Tickets sind eben ermäßigt ist Österreich. Das Monatsticket kostet € 51,-- von Stockerau nach Wien und wenn man Wien noch dazu hat, die Kernzone, dann kostet es € 69,50, wenn ich mir das richtig angesehen habe. Da kann ich das ganze Monat 30 Tage Stockerau – Wien und in Wien spazieren fahren. Ich glaube, dass da schon vom Start her sehr viel Förderung gibt. Das ist ungefähr der Hälfte Tarif vom Normaltarif für das Monatsticket. Ich glaube, dass da in Österreich schon sehr viel für Studenten getan wird. Gratisstudium auf einem sehr hohen Niveau, viele Unterstützungsmöglichkeiten und auch Finanzierungsmöglichkeiten fürs Studium, das in vielen Ländern in Europa und auch auf der Welt in der Form nicht gibt.

Gemeinderätin Riedler: Ich wollte nur dazu sagen, auch wenn meine Studienzeit vielleicht jetzt ein bisschen länger her ist. € 50,-- ist sehr viel für einen Studenten. Vom gratis Studieren sind wir weit entfernt. Ich weiß nicht, wo es gratis ist. Ich habe dafür Studiengebühren bezahlt. Auch die sind notwendig, wenn ich nicht in der Mindestzeit bin. Warum bin ich nicht in der Mindestzeit, weil ich arbeite. Warum arbeite ich, damit ich mir mein Studium leisten kann. Das ist irgendwo ein kleiner Kreis, wo € 50,-- sehr hilfreich sind. Deswegen plädiere ich auf jeden Fall dafür, dass man diesem Antrag die Zustimmung gibt.

Stadtrat Pfeiler: Eigentlich wollte ich mich nicht zu Wort melden, aber die rege Debatte hat mich jetzt veranlasst, doch mir ein paar Dinge zusammen zu schreiben. Zum einen, der Begriff „Gießkanne“ – das kann ich überhaupt nicht teilen, denn die Studentinnen und Studenten, die aus einer familiären Situation kommen, die es sich leisten können, mit dem Auto auf die Uni oder FH zu fahren, die können das eh nicht in Anspruch nehmen, weil der Nachweis eines ÖV-Tickets erforderlich ist, wie es in den Unterlagen und in den Besprechungen ja dargelegt wurde. D.h. wir haben schon einen sozialen Lenkungseffekt auf jene Studierende, die eben aus welchem Grund auch immer mit den öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind. Also Gießkanne und kein Lenkungseffekt muss ich hier in Abrede stellen. Ein bisschen verwundert bin ich an, dass das gar nicht nur auf die nach Wien Studierenden eingeschränkt ist. Das Argument verstehe ich überhaupt nicht, warum man einen Unterschied macht, warum man irgendwie auseinander dividieren will Studierende, die auf einer FH in Krems studieren oder in Wien studieren oder in Tulln studieren oder in St. Pölten auf eine FH gehen. Also, das Argument kann ich gar nicht teilen oder verstehe ich einfach nicht, warum da hier irgendwas auseinander dividiert werden soll.

Und die jungen Menschen in Stockerau zu halten – Herbert du hast das erwähnt als Zielsetzung. Wenn man sich jetzt in die individuelle Entscheidungssituation von Studierenden versetzt, dann stellt sich das in der Regel so dar. Habe die Fahrtkosten, wohne in Stockerau, habe mehr Anfahrtszeit, die ich für meine Erwerbstätigkeit nicht heranziehen kann, oder gehe ich nach Wien in eine WG. Habe dann günstigere Fahrtkosten und habe möglicherweise auch mehr

Erwerbsmöglichkeiten nebenbei. In der individuellen Entscheidungssituation sind unsere Studierenden und wenn wir wollen, dass wir diese jungen Erwachsenen in Stockerau halten wollen, weil wir z.B. wollen, dass sie in Stockerau einkaufen, dass sie in Stockerau Abendlokale besuchen, und ganz allgemein das städtische Leben mitbeleben, dann sollte uns diese € 50,-- es wert sein. Ich glaube, es gibt schon unterschiedlichste, positive Aspekte, die hier eine Zustimmung nicht allzu schwer machen sollten. Bedanken möchte ich mich bei dir Samira. Du hast es sehr gut vorbereitet und hast da alle Zahlen im Effeft herausgebracht. Also, da gibt es, glaube ich, überhaupt keine offenen Themen mehr.

Stadträtin Steuer: Ich möchte mich auch kurz melden zu diesem Thema. Mein Kollege, Herr Stadtrat Pfeiler, hat es auch schon gesagt, ich stoße jetzt in das gleiche Horn wie er. Was wollen wir eigentlich mit dieser Förderung bewirken? Diese Förderung ist für unsere Jugendlichen. D.h., sprich, unsere Jugend ist einfach unsere Zukunft und eben eine Abwanderung nach Wien eigentlich zu verhindern, haben wir den Vorschlag gemacht, d.h. die Samira hat den Vorschlag gemacht, diese Förderung zu tätigen bzw. zu gewähren vom Gemeinderat. Was passiert, wenn der Jugendliche nach Wien abwandert, er trinkt kein Bier mehr in Stockerau, er kauft sich kein T-Shirt mehr in Stockerau. D.h. es leidet nicht nur die Gastro sondern auch die Wirtschaft darunter. Den ganzen Antrag noch einmal in meinen Ausschuss zurückzuverweisen, muss ich ehrlich sagen, wir haben das wirklich ausführlich diskutiert. Es gibt Richtlinien und es sind sehr viele Fragen in diesem Ausschuss gestellt und auch beantwortet worden. Deswegen möchte ich gerne, dass dieser Antrag heute hier abgestimmt wird. Ich könnte mir jetzt z.B. vorstellen, wer weiß, ob dieser Topf wirklich mit den € 15.000,-- komplett ausgeschöpft wird. Warum probieren wir es nicht einmal wirklich, dass man sagt, ok. testweise auf ein Jahr, schauen wir, was passiert. Es weiß ja keiner, was passiert in der Zukunft. Und machen wir einfach Nägel mit Köpfen und stehen wir zu unseren Jugendlichen, Studierenden in Stockerau.

Gemeinderätin Mujkanovic: Zu dem, dass in Österreich das Studieren gratis ist. Das stimmt nur bedingt. Nicht nur dass Studiengebühren jetzt auch, wenn ich die Mindeststudienzeit überschreite, fällig sind, sondern die Fachhochschulen, die hier explizit mit drinnen sind, die sind ja sowieso von Haus aus nicht gratis. Die haben diese € 400,--, die in Uganda bezahlt werden, sowieso schon mit € 363,-- pro Semester, die man bezahlen muss. Das Argument ist nur bedingt richtig in dem Fall. Und überhaupt, dass man in Österreich gratis studiert, wenn man bedenkt, was da noch an Kosten anfallen für das Studium, Kosten für Bücher, Skripten, die müssen die Studierenden auch selber tragen. Es gibt aber auch Länder wie z.B. Luxemburg, wo der öffentliche Verkehr generell ganz gratis ist. Das wäre auch ein Beispiel, das wir uns hernehmen könnten.

Gemeinderat Franta: Wer Dr. Google befragt, kommt drauf, dass die Lebensverdienstsummen zwischen Studierenden und Lehrlingen und nicht Studierenden nahezu identisch sind. Seit Jahren arbeitet die ÖVP an Leistungsgerechtigkeit, dass man selber etwas schaffen und streben kann. In der amerikanischen Verfassung steht das Streben nach Glück. Das würde sehr gut zu uns passen. Und hier wird schon wieder nivelliert. Es werden Förderungen ausgeschüttet, statt dass Leistungen belohnt werden. Wer die Studien überschreitet, soll sich fragen, ob er im richtigen

Studienzweig ist. Es werden gute Handwerke in Stockerau gebraucht und gesucht. Und zugleich sehnen wir uns nach der nächsten Förderung – wo ist die Leistung.

Gemeinderat Kubat: Über Leistung, wenn ich das so höre, denke ich mir dann, der nächste Schritt wird dann eine Neiddebatte sein oder was auch immer. Der Punkt ist, wenn wir so amerikanische Verhältnisse haben wollen, dann wissen wir bei den Universitäten, dass a) sich nur die reichen Jugendlichen, von reichen amerikanischen Familien sich ein Studium leisten können. Und die, die es sich nicht leisten können, bekommen von einer Bank einen Kredit und sind, wenn sie mit dem Studium fertig sind, hochverschuldet und am Ende des Tages arbeiten sie, arbeiten sie, arbeiten sie, nur um diesen Kredit zu tilgen. Auf so amerikanische Verhältnisse möchte ich nicht hinstreben. Wichtig ist, Bildung soll frei sein, Bildung soll jedem oder jeder Person möglich sein. Wir wissen ja, dass Startbedingungen für die Zukunft gleich sein sollen. Da geht es viel um Chancengleichheit. Wenn wir jetzt sprechen über Leistungsdebatten etc., was ist Leistung, was versteht man unter Leistung. Ich denke mir, wenn ein Student, eine Studentin an der Uni hockt, die Vorlesung besucht und dann am Abend sich zurückzieht, für die Prüfungen lernt, eine 60, 70 Stunden-Woche in manchen Wochen hat, dann erbringt diese Person auch eine Leistung. Und eines Tages wird sie arbeiten gehen und wir wissen ja, dass dann Studenten, Studentinnen ein besseres Einkommen haben und dann auch mehr Steuern zahlen. Und das kommt dem Staat zugute. Wichtig ist aus meiner Sicht hier die Chancengleichheit. Wir reden jetzt über € 15.000,--. Da verstehe ich manchmal den Gemeinderat nicht. Weil das muss ich jetzt schon sagen, manchmal beschließen wir Sachen in Millionenhöhe innerhalb von ein, zwei Minuten, wo keine große Debatte ist, und jetzt, wo wir über € 15.000,-- reden, wo es viel um Chancengleichheit geht und um die Förderung von Jugendlichen, reden wir über eine halbe Stunde, was im Endeffekt am Ende des Tages einen Euro pro Stockerauerin, pro Stockerauer ausmacht.

Vizebürgermeister Holzer: Ich sehe, dass es eine sehr schwierige Diskussion ist. Kollege Pohl hat bei seiner Wortmeldung kurz gesprochen, noch einmal in den Ausschuss. Ich habe ursprünglich gesagt, im Ausschuss wurde schon gesprochen. Aber ich glaube doch im Sinne einer Lösung für die Jugendlichen, für die Studentinnen und Studenten, kann die SPÖ damit leben, dass wir wirklich noch einmal im Ausschuss darüber sprechen und eine Form finden, mit der alle damit leben können. Wir haben heute schon einige Beschlüsse gefasst, die den Kindern, den Jugendlichen zugutekommen. Also, an die € 15.000,-- soll es wirklich nicht scheitern. Wir stimmen zu, dass wir im Ausschuss noch einmal darüber sprechen.

Vizebürgermeister Falb: Ich wollte nur eine Korrektur vornehmen. Mir ist jetzt kein Beschluss in Millionenhöhe bekannt, der hier ohne Debatte von statten gegangen ist.

Abstimmung über Antrag von Stadtrat Pohl – der Antrag wird in den Ausschuss verwiesen:

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	1 (Riedler)
	GRÜNE	5
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	0
	FPÖ	2

2.) Humanitäre Not lindern – europäische Solidarität leben

Gemeinderätin Kamath-Petters: Wir haben letztes Mal schon den Antrag eingebracht und er wurde an den Ausschuss verwiesen und jetzt wird er noch einmal von mir vorgelesen. Letztes Mal schon habe ich mich bedankt bei meinem Kollegen Walter Klinger und auch bei der SPÖ für die gemeinsame Verschriftlichung des Antrages. Ich bin sozusagen das Sprachrohr für meinen Kollegen Klinger.

Bürgermeisterin Völkl: Wir können auch abstimmen. Soll verlesen werden?

Stimme aus dem Hintergrund: Er liegt auf.

Bürgermeisterin Völkl: Wenn die Mehrheit dafür ist, dass wir ihn nicht verlesen, dann diskutieren wir ihn.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Gut, dann habe ich jetzt das Wort. Werde aber trotzdem die drei Punkte, die drei Argumentationen vorbringen, warum wir dafür sind. Und zwar:

Wie auch im Ausschuss auch mit Kollegen Pohl vor allem diskutiert. Er hat mir Fragen gestellt, wie es z.B. mit der Betreuung aussieht. Es geht um 10 Flüchtlingsfamilien, die wir von Griechenland aufnehmen wollen, die wirklich dort in Not sind, die keine Bildung haben, keine Nahrung, keine medizinische Versorgung. Wir wurden mit ein paar Fragen konfrontiert, die berechtigt sind und die ich hier gerne im Vorfeld, bevor ist sie noch einmal gestellt bekomme, beantworten möchte. Und zwar geht es um Betreuung und Unterbringung und um Beschäftigung.

Es ist so, wenn wir 10 Familien aufnehmen. Wir haben ein breites Netzwerk an karitativen Einrichtungen, Religionsgemeinschaften, viele Ehrenamtliche, die vor 5, 4, 3, 2 Jahren bewiesen haben, wirklich engagiert zu unterstützen. Zur Unterbringung: Und zwar geht es nicht darum, dass die Flüchtlinge irgendwie Almosen erhalten sollen. Es wird immer das Bild

gezeichnet, ja du kommen dann alle zu uns und wohnen da gratis in irgendwelchen Einrichtungen von der Gemeinde. Nein, wir wissen alle, dass die Beihilfen und Gelder bekommen zum Wohnen. Da werden der Stadt keine Kosten anfallen. Im Gegenteil. Wir wissen auch hier, wie wir hier im Gemeinderat vertreten sind, dass die Asylwerbenden oder die Schutzsuchenden hier, die Väter oder Mütter arbeiten könnten und die gemeinnützige Beschäftigung wieder antreten könnten. Das sind jetzt einmal vorab Erklärungen, bevor es zur Debatte kommt.

Stadtrat Dummer: Mein Eindruck – Stockerau hat sich seit dem tragischen Fall von Koloman doch sehr deutlich weiterentwickelt und ist, was den Umgang mit Fremden betrifft, doch sehr humanitär in vielerlei Hinsicht. Ich glaube auch, dass wir das bewältigen können. Und wenn die Anforderungen an uns gestellt werden, weil es wirklich die Notwendigkeit gibt, Flüchtlinge aufzunehmen - das haben wir auch 2015 bewiesen - dann sind wir immer eine der ersten Städte, die Bedacht werden und die auch Lösungen finden, tragfähige Lösungen, solche Leute zu versorgen. Das Problem mit den Flüchtlingen in Griechenland ist ein sehr tiefgreifendes, ein sehr vielschichtiges und es ist von Stockerau aus nicht zu lösen. Das ist, glaube ich, auch nicht die Aufgabe des Gemeinderates der Stadt Stockerau, dass wir die Flüchtlingsproblematik löst. Ich habe natürlich Ideen dazu. Ich habe Gedanken. Das Problem bekommt man nur in den Griff, wenn es nachhaltigen Frieden in Syrien gibt. Wenn wir 10 Flüchtlinge jetzt aus Griechenland holen, dann sind morgen 50 neue da, weil dann gibt es Hoffnung und dann gibt es einfach auch einen Zuzug. Das ist, glaube ich, nicht die Lösung. Dass Stockerau bereit ist, das ist, glaube ich, unbestritten, dass Stockerau da auch immer in der ersten Reihe steht, wenn Unterstützung gefordert ist. Das ist, glaube ich, selbstverständlich. Aber den Schritt da jetzt die Regierung aufzufordern oder die EU zu fordern, das ist, denke ich, nicht der richtige Weg. Es gibt eine schwere Problematik und die Problematik dort ist fürchterlich, das stimmt, aber die Lösung aus meiner Sicht ist nicht, dass wir da im Gemeinderat sagen oder erklären, wir sind bereit, 10 Flüchtlingsfamilien aufzunehmen. Das sind wir, aber die Erklärung, diese Publizität, das nach außen treten, das öffentlichkeitswirksame oder medienwirksame bekunden, ist, glaube ich, in dem Fall nicht angebracht und auch nicht notwendig. Das ist meine Meinung dazu.

Gemeinderat Erkol verlässt die Sitzung (23:10 Uhr).

Stadtrat Pohl: Gerhard hat schon viel von dem gesagt, was auch uns am Herzen liegt. Ihr habt den Gesamtkontext betrachtet, sehr gut aufbereitet, darum will ich auch etwas zum Gesamtkontext sagen. Wir reden hier von syrischen Flüchtlingen, wo der Krieg 2010 begonnen hat und 2015 haben die Leute begonnen zu wandern. Wenn an heute schaut an die Grenze der Türkei, Griechenland, dann weiß man, warum das Ganze passiert ist, wer dahinter steckt. Ja, die Griechen brauchen unsere Unterstützung, aber an Grenze und mit Hilfe vor Ort. Wenn wir hier die Schleusen öffnen, dann wäre das das falsche Zeichen für die Flüchtlinge. Bitte auch die Begriffe Asyl, Wirtschaftsflüchtlinge oder Sozialflüchtlinge, wie sie größtenteils sind, hier nicht verschieben und es wäre für die Schlepper, und da steht eindeutig ein Land dahinter. Ein falsches Zeichen, auch wenn man nur in kleinen Maßen den Druck nimmt und damit die Schleusen öffnet. Das wäre auch aus unserer Sicht eindeutig das falsche Zeichen.

Gemeinderätin Riedler: Ich wollte nur zu dem Thema dazu sagen, dass ich es wirklich erschreckend finde, von Familien in Not in Griechenland von Wirtschaftsflüchtlingen zu sprechen. Ich finde auf jeden Fall, dieser Antrag ist unterstützenswert. Wir sollten und da eher

auf das rückzubeziehen, dass das Asylwerbende sind. Sie bekommen hier ein Verfahren, dass entschieden wird, ob sie asylberechtigt werden.

Vizebürgermeister Holzer: Zum einen möchte ich sagen, die Bereitschaft, dass Stockerau Flüchtlinge aufnimmt, war immer da. Ich höre von Kollegen Dummer, dass sie auch jetzt da wäre. Daher ist es meiner Meinung gar nicht so schlimm, diesem Antrag zuzustimmen. Die Entscheidung liegt sowieso nicht in unserem Bereich. Wenn wir diesen Antrag heute beschließen, dann werden wir den sicher nicht den Schleppern schicken. Die Angst brauchst du nicht haben. Es geht um Hilfe für Familien mit Kindern in Flüchtlingslagern. Wenn Stockerau die Bereitschaft bekundet, wir würden uns beteiligen, und viele, viele andere Gemeinden folgen, vielleicht denkt dann die Bundesregierung auf europäischer Ebene nach. Es wird die Zeit kommen, wo auf europäischer Ebene über Flüchtlingsquoten diskutiert werden wird. Und es wird auch Österreich sicher wieder welche aufnehmen müssen. Dann hätte es der liebe Herr Bundeskanzler Kurz viel leichter, wenn er schon einige Gemeinden hat. Er braucht dann kein Quartier suchen, irgendwo auf einer Alm oder sonst wo. Stockerau würde zur Tradition stehen. Wie gesagt, seit 1956 – Ungarnkrise, diverse Krisen – Stockerau hat immer geholfen, bei Kriegen, bei Tschernobyl, bei vielen Aktionen und mehr ist es momentan nicht, als dass die Stadtgemeinde Stockerau die Bereitschaft bekundet, Flüchtlingsfamilien, armen Menschen in den Flüchtlingslagern zu helfen.

Stadtrat Pfeiler: Der Antrag umfasst ja beides. Es geht um die humanitäre Not von Menschen, Familien, Kindern zu lindern, die derzeit unter unmenschlichen Bedingungen, prekären Bedingungen in griechischen Lagern leben. Und es geht auch darum, europäische Solidarität zu leben. Als die Jugoslawienkrise war, waren wir auch froh, dass andere europäische Länder Fluchtsuchende aus dem ehemaligen Jugoslawien auf ihrer Flucht vor diesen furchtbaren Kriegen aufgenommen haben. Bekannte von mir haben heute Freundschaftsbande und Verwandtschaftsbande, die bis nach Schweden und über ganz Europa verteilt sind. Damals waren wir auch froh, dass es möglich war, die Fluchtsuchenden eben in einem solidarischen Europa gut zu verteilen und hier neue Heimat europaweit anzubieten. Jetzt ist es halt so, dass Österreich nicht direkt am Brennpunkt einer Krise ist. Sondern jetzt ist es so, dass ein anderes europäisches Land hier stark betroffen ist, weil es unmittelbar angrenzt. Jetzt geht es darum, diesen Menschen zu helfen und diesem europäischen Staat, der wirtschaftlich ohnehin schwierige Zeiten hinter sich gebracht hat, zu unterstützen. Heute auf ORF.at habe ich gelesen, Griechenland treibt Geflüchtete in Obdachlosigkeit. Das ist nicht von irgendeiner NGO geschrieben oder von sonst wem, sondern vom ORF publiziert, dass hier von dem überfüllten Flüchtlingseinrichtungen – ich möchte das gar nicht vorlesen, ich kann es gerne verteilen – eine wachsende Zahl von Geflüchteten mit schweren gesundheitlichen oder psychischen Problemen werden gezielt in die Obdachlosigkeit gedrängt und von finanzieller Unterstützung abgeschnitten. Viele der Geflüchteten sind äußerst schutzbedürftig. Ihnen erzählen Opfer von sexueller Gewalt, Folter, Misshandlung, ältere Menschen, chronisch Kranke und und und. Ihr könnt das alles nachlesen.

Abschließend wünsche ich uns allen etwas. Ich wünsche uns allen, jedem und jeder, die hier sitzt, dass keiner von uns in eine derartig persönliche Lebenslage kommt, die uns zur Flucht zwingt. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

Gemeinderätin Mujkanovic: Grundsätzlich ist es unbestritten, dass diese Menschen der Spielball globaler Interessen oder globaler Politik sind. Das ist uns allen klar. Jetzt können wir natürlich Ping Pong spielen und sagen, die sind zuständig und die sind zuständig. Ich finde, es

ist aber dieser Debatte und uns allen nicht würdig. Ich glaube auch, dass wir am Ende des Tages nicht die Schlepper oder bestimmte Länder irgendwie hier bestrafen, dadurch dass wir Menschen nicht aufnehmen wollen, sondern am Ende des Tages genau die Menschen, die wahrscheinlich am Ende des Tages am wenigsten dafür können.

Stadtrat Pohl: Ja, ich habe ein Herz für Kinder, ich habe ein Herz für Familien, ich habe selbst Kinder und Familie. Das ist eine sehr emotionale Geschichte. Und gerade mit diesen Familien und Kindern wird gespielt. Wir haben es 2015 an den Grenzübergängen gesehen, wo die Familien vorgeschickt wurden, und wir wissen alle, was danach kam. Alle diese Gefährder oder wie sie genannt werden. Das wird bewusst gemacht. Und dann sind die Schleusen aufgegangen. Daher ist es aus unserer Sicht einfach nicht der richtige Weg. Abgesehen von Corona und dass man da ein bisschen auf die Stockerauer schauen sollten. Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende. Asyl ist um politisches Asyl, wenn einer vom Assad in Syrien verfolgt wird, dann kann er im nächsten Land um Asyl ansuchen. Das ist Asyl, politisches Verfolgen. Die anderen sind Kriegsflüchtlinge, auch aus Syrien, ja, dort herrscht Krieg, und dann gibt es viele, die sich anhängen, aus Afghanistan oder aus anderen Gründen, und das sind Wirtschafts- oder Sozialflüchtlinge, die unser System wollen. Heute wieder Zahlen, wenn du schon ORF zitierst, 140.000 stehen am Balkan. Nur um bewusst zu machen, was da alles auf uns zukommt. Die Schleusen zu öffnen und den Nachströmenden ein Zeichen zu geben, ja kommt, das Tor ist offen, ist aus unserer Sicht der falsche Weg.

Gemeinderat Rosenberger: Ich habe auch am Anfang gehadert mit dem Inhalt des Antrages, und zwar gehadert deswegen mit mir, weil ich es grundsätzlich beim Bund sehe, wer sich darum kümmern muss und eigentlich kümmern sollte. Und es tut sich dort ganz einfach, was das angeht, nicht wirklich viel. Für mich ist es eine Verpflichtung ganz einfach, klar, Sozialdemokrat, auch für Leute da zu sein, die keine Lobby haben, die einfach irgendwo sitzen und nicht weiter wissen und nicht wissen, wie es morgen weitergeht. Und genau deswegen ist es für mich ganz einfach unheimlich wichtig, diesen Antrag zu unterstützen, um ein Zeichen zu setzen. Ein Zeichen zu setzen dafür, dass wir da sind, dass auch wir Stockerauer da sind. Entscheiden werden wir es nicht, wer kommt, ob wer kommt. Das liegt beim Bund. Ich bitte auch für die Unterstützung für diesen Antrag.

Gemeinderat Samer verlässt die Sitzung (23:30 Uhr).

Gemeinderat Kubat: Ich finde die Wortwahl sehr interessant. Die Schleusen öffnen. Da denke ich an ein Wasserkraftwerk und Staudamm, der Wasser zurückhält. Also, das ist nicht die richtige Wortwahl meiner Meinung nach. Das andere ist, was ist die Alternative. Wollen wir die Menschen dort weiterhin leiden lassen. Als die Bomben auf Stockerau flogen, war mein Großvater Heribert Moser zehn Jahre alt. Er ist auch dann geflüchtet aus Stockerau. Als ich ihm heute erzählte, dass wir so einen Antrag zu beraten haben im Gemeinderat, hat er zu mir gesagt, weißt du Matthias, als er Flüchtling war, war es wichtig, dass er dann aufgenommen wurde. Und da geht es um gesellschaftspolitische Verantwortung. Und als christlich, sozialer Mensch, der mein Großvater ist, ist er sehr dankbar gewesen, dass er Schutz bekommen hat, dass andere Menschen ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft gerecht geworden sind und ihm aufgenommen haben. Wir sprechen hier von 10 Flüchtlingsfamilien, die ihre Heimat verlassen haben, alles, was sie geliebt haben, zurück gelassen haben, und ihr Leben riskiert haben, um Schutz zu finden und jetzt in Griechenland hadern und leiden. Wir als Stadtgemeinde Stockerau können ein Symbol setzen, dass wir sagen, ja, wir bekennen uns, dass wir 10 Flüchtlings-

familien aufnehmen. Wir sind aber auch uns bewusst, dass es natürlich größere Lösungen braucht. Und deswegen auch die Aufforderung an Bund für ein asylgerechtes, europaweites Asylgesetz. Ich bitte jetzt wirklich jeden Gemeinderat, jede Gemeinderätin sich ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung in dieser Hinsicht bewusst zu sein, denn hätte es die Menschen nicht gegeben damals, dann wäre mein Großvater wahrscheinlich hier in Stockerau gestorben.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Danke für die vielen Wortmeldungen. Da sind viele Sachen vermischt worden. Ich glaube, da hat sich die FPÖ die letzten Jahre von Seele reden müssen. Da geht es um ganz etwas anderes. Ansonsten verstehe ich die kontroversiellen Ausführungen. Ein Appell von meiner Seite noch. Es geht wirklich um einen geordneten Zugang. Das hat überhaupt nichts mit Schlepper, überhaupt nichts mit irgendwelche Typen und Gefährder zu tun. Da können wir gerne einmal bei einem Spritzer oder bei einem Bier oder bei einem Kaffee eine Grundsatzdebatte führen aber nicht da. Die Leute dort sind wirklich in Gefahr.

Beschluss: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	16
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	2

Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Prostimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	0

Dringlichkeitsanträge

- **Dringlichkeitsantrag von Vizebgm. Holzer (SPÖ) -
Helfen wir der Generation Corona – geben wir der Jugend eine Chance**

Vizebürgermeister Holzer: Ich glaube, ich habe ihn heute schon einmal verlesen, gestern an alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ausgesendet. Ich ersuche um die Verlesung Abstand zu nehmen. Mein Antrag ist euch bekannt. Ich würde mir wirklich wünschen, wenn dieser Antrag durchgeht. Es geht wieder um junge Menschen. Die Stadtgemeinde Stockerau verträgt diese fünf zusätzlichen Lehrlinge und ich habe dazwischen mit Vizebürgermeister Falb,

Personalausschuss gesprochen. Wir sind natürlich einverstanden, wenn der Antrag angenommen wird, dass man im Ausschuss noch darüber redet, ob jetzt wirklich, wie es in der Klammer bezeichnet ist – zwei Elektriker, ein Gärtner – wenn die Möglichkeit besteht einen Installateur oder sonst was aufnehmen, soll es uns recht sein. Ich bitte um die Zustimmung, dass wir heute beschließen, fünf zusätzliche Lehrlinge, alles in die Wege zu leiten und die genauen Berufsbezeichnungen oder Lehrstellen können wir sicher im Ausschuss noch besprechen.

Vizebürgermeister Falb: Ich würde, wie gesagt, daher einen **Abänderungsantrag stellen**, dass wir grundsätzlich die fünf Lehrlinge aufnehmen. Ich sage dazu in Klammer, wir hätten uns das immer gewünscht, dass wir insgesamt mehr Nachwuchs, auch eigenen Angestellten-/Arbeiternachwuchs uns selber ausbilden können in eigenen. Ganz, ganz schwierig, weil ich war schon an zwei so Prozessen beteiligt. Es ist wirklich ganz schwierig auch jemanden zu finden. Wir würden zustimmen, wie gesagt mit der Maßgabe, dass über diese Berufsbilder im Ausschuss geredet wird und wir dann uns bemühen, Leute zu finden. Wir werden nicht aufnehmen können, wenn sich keine adäquaten Bewerbungen finden.

Vizebürgermeister Holzer: Dann würde ich von meiner Seite die, die die Klammer betrifft, zwei Verwaltungsassistenten-, zwei Elektriker- und einen Gärtnerlehrling rausstreichen. Über die Berufsgruppe wird im Ausschuss gesprochen und ich bitte um Zustimmung.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	16
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Gemeinderätin Kamath-Petters und Gemeinderätin Mujkanovic verlassen die Sitzung (23:29 Uhr).

- **Dringlichkeitsantrag von StR Scheele (SPÖ) -
Vertrag mit dem Theaterverein „Spieler“ über die Durchführung einer
Veranstaltungsreihe „Der Floh on tour“**

Stadtrat Scheele: Es betrifft einen Vertrag mit dem Theaterverein „Spieler“ über die Durchführung einer Veranstaltungsreihe „Der Floh on tour“. Es handelt sich um 12 Veranstaltungen. Insgesamt sind 60 Auftritte der einzelnen Personen á € 300,-- geplant. Die Stadtgemeinde Stockerau wird den Gesamtbetrag von € 18.000,-- an den Theaterverein „Spieler“ gegen Rechnungslegung (Honorarnote der Künstler in Kopie) überweisen. Die erste dieser 12 Veranstaltungen soll am 16.07. stattfinden.

Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	16
	SPÖ	9
	GRÜNE	4
	FPÖ	2

- **Dringlichkeitsantrag von Vizebgm. Falb (ÖVP) -
Vertrag mit dem Theaterverein „Spieler“ über die Durchführung von zwei
Aufführungen des Theaterstücks „Frühere Verhältnisse“**

Vizebürgermeister Falb: Wir haben ihn ohnehin auch zur Vorlesung gebracht. Selbe Vorgangsweise letztendlich, weil wir hatten da ursprünglich, deswegen mach auch ich den Antrag, an Dienstverhältnisse gedacht. Aber es ist auch hier die bessere Lösung. Danke an Frau Stadtamtsdirektorin, dass sie das in aller Kürze so hingebraht hat – Werkvertragslösung mit dem Theaterverein „Spieler“ mit zwei Aufführungen des Theaterstücks „Frühere Verhältnisse“. Gesamthonorar € 9.000,--.

Ich stelle den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass wir mit dem Theaterverein „Spieler“ den Werkvertrag abschließen.

Gemeinderätin Kamath-Petters nimmt an der Sitzung wieder teil (23:41 Uhr).

Gemeinderätin Gübler: Ich hätte gerne gewusst, da steht gegen freie Spenden. Wer erhält die freien Spenden?

Bürgermeisterin Völkl: Die Stadtgemeinde.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	16
	SPÖ	9
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Bürgermeisterin Völkl schließt die öffentliche Sitzung.

Im Anschluss findet die nicht öffentliche Sitzung statt.

Die Bürgermeisterin

Mag. (FH) Andrea Völkl

Für die ÖVP-Fraktion

Für die SPÖ-Fraktion

StR Dr. Christian Moser

2.Vizebgm. Othmar Holzer

Für die GRÜNEN-Fraktion

Für die FPÖ-Fraktion

StR DI Dietmar Pfeiler

StR Herbert Pohl

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder-Spreng